D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 62
Januar '75 DM 1,50

Jugendpolitisches Forum

Das hatte niemand erwartet: Die Bundesregierung und im Verein mit ihr die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe bekamen das große Muffensausen vor ihrem eigenen Jugendhilfetag in Hamburg. Folgendes war geschehen: Sozialarbeiter und Lehrer hatten es gewagt, sich mit betroffenen Jugendlichen zusammenzutun und gemeinsam jugendpolitische Positionen für diese Bundesveranstaltung auszuarbeiten. Mit ihnen wollten sie gemeinsam in Hamburg auftreten. Ihre Position war natürlich links und kritisch, während die Jugendpolitik der Bundesregierung an allen Ecken und Kanten zerschlissen war. Insbesondere die Arbeiterjugend stellt die meisten Arbeitslosen. Die Lehrlinge dienen als billige Hilfsarbeiter. Die Lehrlingsausbildung wurde nicht aus der Regie der privaten Betriebe befreit. Die Verweigerung von Lehrstellen, Lehrermangel, Raumnot und die Unterdrückung fortschrittlicher Unterrichtsinhalte und Lehrer behinderten massiv eine emanzipatorische und produktive Ausbildung. Die materiellen Verhältnisse der Jugendlichen wurden durch die Inflation immer schlechter, und die Jugendämter wurden mehr und mehr zu Kontrollorganen des Staates statt zu Stellen der Förderung jugendlicher Selbsttätigkeit. Doch viele Sozialarbeiter und immer mehr Jugendliche hatten die Faxen dicke. Sie wollten sich auf dem Jugendhilfetag nicht manipulieren lassen. Da fiel den Sozial-Liberalen nichts mehr ein. Sie sagten ihren eigenen Jugendhilfetag ab, um die Bankrotterklärung ihrer Jugendpolitik nicht öffentlich werden zu lassen.

Doch diese Rechnung ging nicht auf. Die Sozialistische Aktion und mehrere Jugendverbände hatten einfach vom 6. bis 8. Dezember 74 ihr eigenes Jugendpolitisches Forum in Frankfurt organisiert. Das Interesse war überwältigend. 2500 kamen. Das Forum mußte auf zwei Schulen verteilt werden, weil der Andrang alle Planungen aus den Nähten platzen ließ.

Wer sich hämisch gefreut hatte, das rote Chaos würde alles auseinandersprengen, sah sich getäuscht. „Volkskämpfe" in Lüneburg ließ man sich genausowenig aufschwatzen wie die dogmatische Weisheit des SDAJ, „ultralinke Sektierergruppen" zu sein. Die meisten Teilnehmer an diesem Jugendpolitischen Forum waren einfach da mit ihrem wie auch immer noch unscharf begriffenen Ziel, sich ihre Entfaltung weder von Fließbändern noch von Kapitalinteressen, aber auch nicht von Bürokraten und Dogmatikern beschneiden zu lassen. Sie wollten selbst für sich sprechen, ihre eigenen Handlungsstrategien selbst entwerfen .Von den Genossen Sozialarbeitern und Erziehern verlangten die Jugendlichen, solidarisch mit ihnen zu arbeiten und sich nicht als Kontrolleure der Jugend von den Behörden mißbrauchen zu lassen .So setzte das Jugendpolitische Forum ein erstes deutliches Signal für die Linke: Angesichts des Scheiterns der sozialliberalen Reformpolitik, der verstärkten Repression und der Verängstigung und Desorientierung vieler Linker und der allgemeinen politischen Rechtsentwicklung können sozialistische Perspektiven nur in solidarischer Diskussion entwickelt werden. Deshalb die Forderung auf dem Jugendpolitischen Forum: Zusammen lernen, zusammen leben, zusammen kämpfen.

In dieser Ausgabe:

Kommentare H. E. Brand: Gewerkschaften in Westeuropa 3 · DFG/IdK-Gruppe Frankfurt: Kriegsdienstgegner-Kongreß 5 · AG-Recht Tübingen: Politische Strafjustiz 7 · Dieter Brumm: Presserechtsrahmengesetz 7 · Michael Schwelien: Jugendpolitisches Forum 9 · Zur Lage in Süd-Vietnam 10 · **Theorie** Detlef Horster: Zur AK München 11 · **Klassen** Norbert Kostede: Arbeiterbewegung und Mittelklasse 13 · **International** Claus Leggewie: Kapitalismus und Linke in Frankreich 17 · Chile: Fest der Junta 22 · **Leserbrief** Zur Frauenbewegung 21 · **Bericht** Tagung „Öffentlicher Dienst" 4

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Informationen

Dresdner Bank: 1974 eins der besten Jahre

Nichts von Krisenstimmung kommt beim Lesen des letzten Aktionärsbriefs der Dresdner Bank auf. In den ersten 10 Monaten des Jahres nahm die Bilanzsumme um 2,6 Milliarden DM auf über 41 Milliarden zu. Der Profit entsprechend: Hatte man 1972 Zinsen und zinsähnliche Erträge in Höhe von 1,2 Milliarden zu verzeichnen, waren es bis Oktober 1974 bereits 2,77 Milliarden DM Profit, runde 120 Prozent mehr. Grund: Die Konzentration im Bankgewerbe, die Superzinsen der Banken und die scharfe Rationalisierung der Dresdner Bank, die binnen eines Jahres 1000 „Mitarbeiter einsparte".

Arbeits-Sicherheit

Als „deprimierend" hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl Heinz Jansen, eine erste Bilanz der von den Berufsgenossenschaften erlassenen Ausführungsbestimmungen zum neuen Arbeitssicherheitsgesetz bezeichnet. Den von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzten Berufsgenossenschaften sei vom Gesetzgeber übertragen worden, in Unfallverhütungsvorschriften unter anderem festzulegen, wieviel Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte in den Betrieben zu bestellen sind. Die Arbeitgeber versuchten seither ständig und mehr als einmal erfolgreich, im Rahmen der Berufsgenossenschaften das am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft getretene Gesetz zu unterlaufen. Jansen nennt dafür Beispiele:

- In der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft habe die Vertreterversammlung die Vorschläge der IG Metall abgelehnt und die Vorschläge der Arbeitgeber mit Hilfe der Stimmen einer Vertreterin des Christlichen Gewerkschaftsbundes, die zugleich Betriebsärztin ist, durchgeboxt.
- In der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft sei es erst nach langwierigen Verhandlungen zu einem Kompromiß gekommen, der nach Ansicht der IG Metall zwar noch immer unzureichend ist, jedoch die Mittelbetriebe besser berücksichtigt.
- In der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft stehe jetzt ein die IG Metall nicht zufriedenstellender Kompromißvorschlag zur Abstimmung. Sofern er angenommen werden sollte, würde in einigen Bereichen der jetzige Personalbestand der Sicherheitsabteilung nicht abgedeckt, da es sich nur um Mindestbedingungen handelt.
- In der Maschinenbau- und Kleineisenberufsgenossenschaft seien die Verhandlungen gescheitert, weil die Arbeitgeber nicht berücksichtigen wollten, daß in diesem Bereich die mit Abstand höchste Unfallhäufigkeit der Metallwirtschaft gegeben sei.

Griechenland, die NATO und die Amerikaner

Griechenland ist heute genauso ein NATO-Staat und ein amerikanisches Protektorat wie früher. Obwohl Griechenlands ständige Vertreter den NATO-Rat bekanntlich von der „Entscheidung" seiner Regierung, alle griechischen Streitkräfte aus der integrierten militärischen Organisation abzuziehen, informiert hat, wurde keiner der Schritte, die diesen Prozeß hätten effektiv machen können, auch wirklich unternommen. Außer der griechischen Absenz bei einer weniger wichtigen Marine-Übung wurden nur die griechischen Offiziere im gemeinsamen NATO-Kommando in Ifmiya in der Türkei abgezogen.

Vor allem wuchern die amerikanischen Basen in Griechenland wie nie zuvor. Sie bestehen aus fünf Stützpunkten auf dem griechischen Festland und zwei auf der Insel Kreta und umfassen gegenwärtig mehr als die in den vergangenen Jahren üblichen 10 000 Mann und ihre Familien.

Die 6. US-Flotte genießt noch immer die „Heimat-Hafen"-Begünstigungen für sechs Zerstörer in Elefsis. Die Schiffe haben dort ihre eigenen sehr gut ausgerüsteten Piers. Und auch der höchste CIA-Beamte in Griechenland ist so emsig wie früher tätig und zwar unter dem Deckmantel der Funktion des ersten Sekretärs der US-Botschaft in Athen.

Rechtsentwicklung in Argentinien

In Argentinien vollzieht sich eine Konsolidierung der äußersten peronistischen Rechten unter Führung der Präsidentin Isabel Martinez de Perón und ihres intimsten Beraters López Rega in der Regierung.

Mehr als das: Ein neues politisches System bildet sich heraus, das einem neuen wirtschaftlichen System der Eingliederung und Unterordnung im Rahmen des weltwirtschaftlichen Herrschaftsgefüges entspricht. Der Peronismus wird durch die gegenwärtige argentinische Regierung systematisch umfunktioniert zu einem Instrument der politischen Durchsetzung dieser neuen Form der imperialistischen Penetration. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, daß der Peronismus 1973 unter dem Slogan „Abhängigkeit oder nationale Befreiung" überwältigende Wahlsiege erlangte, daß die überwiegende Mehrheit der argentinischen Wählerschaft ihn als echte Reformalternative betrachtete, daß er jahrzehntelang von den ausländischen Wirtschaftsinteressen und ihren inländischen Vertretern als Todfeind bekämpft wurde, daß ein Großteil der argentinischen Linken ihn als wichtige Phase auf dem Weg zum Sozialismus betrachtete.

In Argentinien gehen drei Jahrzehnte reformistischer Illusion zu Ende und münden in einem neuen System, das sich von dem chilenischen und brasilianischen zwar in seiner politischen Artikulierung, nicht aber in seiner sozioökonomischen Funktion unterscheidet: Es geht darum, die lateinamerikanischen Gesellschaften in einen von den multinationalen Großkonzernen beherrschten Weltkapitalismus hineinzupassen. Die angeblich vom Peronismus repräsentierte „nationale" Bourgeoisie hat einmal mehr bewiesen, zu relevanten Konflikten mit den ausländischen Monopolen nicht bereit oder nicht fähig zu sein.

Die Entwicklung Argentiniens zu einer vom ausländischen Industriekapital beherrschten Volkswirtschaft ist nicht neu und läßt sich seit den 50er Jahren beobachten. In wirtschaftlicher Hinsicht ist der Wandel praktisch bereits vollzogen; aber seine Umsetzung auf der politischen Ebene rieb sich bisher stets mit den reformistischen Elementen der vorangegangenen Phase der Importsubstituierung. Es könnte sein, daß in der heutigen politischen Situation die Grundelemente einer politischen Konsolidierung zu finden sind.

Wie man sich in Italien wehrt

In Italien wenden Tausende jetzt eine neue Form des Protestes gegen Inflation und Preistreiberei an:

- nach einer drastischen Tariferhöhung zahlen 37 000 Familien in Turin nur noch die Hälfte der Lichtrechnung;
- in Turin und Mailand zahlen Tausende nur noch den halben Fahrpreis in den teurer gewordenen Bussen;
- vereinzelt kommt es schon vor, daß man in Supermärkten „die Rechnung selbst schätzt".

Dieser „zivile Ungehorsam", wie die italienischen Lohnabhängigen ihre großen Anklang findenden Aktionen nennen, ist eine neue Stufe im Kampf gegen Lohnraub und Preistreiberei. Kein Wunder, daß die alteingesessenen Parteien im Parlament diese Aktivitäten ablehnen und die Proteste durch „geordnete Spitzengespräche" hinter verschlossenen Türen ersetzen wollen.

Eine ziemlich lange Durststrecke

Die „freie Marktwirtschaft", einst zum Garanten wirtschaftlichen Wachstums hochstilisiert, befindet sich in der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Anzeichen für einen neuen Aufschwung sind nirgendwo in Sicht. Von Monat zu Monat verdüstern sich dagegen die Prognosen selbst bürgerlicher Wirtschaftler. Der CDU-Wirtschaftsexperte Müller-Herrmann sagte bereits „eine ziemlich lange Durststrecke" voraus (FR 8. 11. 1974). Diese Entwicklung ist jedoch nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. Erstmals in der Nachkriegszeit fiel 1974 in Japan, das an Wachstumsraten von 10 % gewöhnt war, das reale Bruttosozialprodukt um 3 %. In den USA war ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums um 1 % zu verzeichnen und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 6 %. In der BRD lag die Wachstumsrate bei einer in den letzten Monaten des Jahres 1974 deutlich rückläufigen Tendenz nur noch bei höchstens 1 %. Seit Jahren zeigen in allen kapitalistischen Industriestaaten die Unternehmergewinne und in ihrem Gefolge auch die Investitionen eine rückläufige Tendenz. Die jährlichen Zuwachsraten der Anlageinvestitionen in der BRD fielen z. B. von +23,9 % (1970) auf +12,2 % (1971), +7 % (1972), +5 % (1973), −0,8 % (1974); der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt ging in diesem Zeitraum von 26,4 % auf 22,7 % zurück (FR 4. 12. 74). Die Industrieproduktion ist rückläufig. Die Arbeitslosigkeit in der BRD droht erstmals seit den fünfziger Jahren wieder über die Millionengrenze zu steigen.

Die relativ lange Nachkriegsprosperitätsphase ist endgültig zu Ende. Die Anzeichen dafür waren bereits in den letzten Jahren zunehmend sichtbar. Doch noch wuchs die Weltwirtschaft insgesamt, wenn auch schwächere kapitalistische Länder wie Großbritannien und Italien bereits in die Krise hineingezogen wurden und der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, die sich beschleunigende weltweite Inflation und der Niedergang des amerikanischen Kapitalismus die nach dem 2. Weltkrieg errichtete internationale kapitalistische Wirtschaftsordnung tief erschütterten.

In den Jahren der nur von relativ schwachen Konjunktureinbrüchen gebremsten kapitalistischen Aufwärtsbewegung konnten große Teile der westeuropäischen Arbeiterklasse, wenn auch bescheidene materielle Verbesserungen durchsetzen. Die meisten Arbeiter identifizierten sich dennoch wahrscheinlich nicht oder nur begrenzt mit diesem System, in dem die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft weiterhin die Basis des Akkumulationsprozesses des Kapitals bildete, betrachtete es andererseits jedoch als eine relativ stabile Ordnung, die ihnen ein sich langsam verbesserndes Existenzminimum auch auf lange Sicht zu sichern schien. Relativ stark war dieser Identifikationsprozeß in der BRD, wesentlich weniger ausgeprägt dagegen in Ländern wie Frankreich und Italien mit einer ungebrochenen Tradition der Arbeiterbewegung.

Die kapitalistische Prosperität war die objektive Basis für das Wiedererstarken des Reformismus nach dem 2. Weltkrieg. Reformen am Kapitalismus schienen großen Teilen der Arbeiterklasse die realistische Alternative zu sein, die revolutionäre Lösung angesichts eines stabil erscheinenden, zu Zugeständnisse bereiten Kapitalismus überholt. Die Arbeiter befanden sich in einer relativ günstigen Ausgangsposition. Sie konnten ihre Forderungen in einer Situation stellen, in der sie angesichts der verbreiteten Knappheit an Arbeitskräften kaum um ihren Arbeitsplatz zu fürchten hatten. Andererseits aber reduzierte die Konzessionsfähigkeit des Kapitals, das in den Zeiten der Hochkonjunktur kaum etwas mehr fürchtete als die Lähmung profitabler Produktion durch Streiks, die Tendenz zu Arbeitskämpfen.

Diese Situation hat sich 1974 zutiefst geändert. Heute befindet sich die Arbeiterklasse nicht mehr in jener relativ starken Position, die sie allerdings nur unzureichend nutzte. Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Arbeitsintensivierung, Rationalisierung, die Folgen von Konkursen und Produktionseinschränkungen bedrohen sie heute ungleich stärker als noch vor einem Jahr: Die Möglichkeiten für Entlassene, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, verschlechtern sich von Woche zu Woche. Ende November 1974 standen in der BRD 800 000 Arbeitslosen nur noch 213 000 offene Stellen gegenüber.

Die Gewerkschaftsführungen haben sich dieser Situation schnell angepaßt. In fast allen westeuropäischen Ländern bekunden sie immer offener ihre Bereitschaft, den Kapitalismus durch ihre Forderungen nicht in zusätzliche Schwierigkeiten bringen zu wollen (Sozialpakt in England, die vielfältigen Absprachen mit Regierung und Unternehmern in der BRD, die Weigerung der dänischen Gewerkschaften, die großen Demonstrationen gegen Inflation und Arbeitslosigkeit voll zu unterstützen usw.). Die westdeutschen Gewerkschaften haben im Herbst 1974 in kürzester Zeit entsprechend den von Regierungsseite gesetzten Lohnleitlinien die Forderungen von über 15 % auf deutlich unter 10 % zurückgeschraubt: die Gewerkschaften werden — trotz momentan stagnierender oder leicht rückläufiger Inflationsrate — nicht einmal das Realeinkommen vieler Arbeiter sichern. Längst ist nicht mehr die Rede davon, den Arbeitern einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu erkämpfen. Man spricht sogar kaum noch davon, den Arbeitern einen gleichbleibenden Anteil sichern zu wollen, nachdem Kanzler Schmidt Anfang November 1974 die „Völker Westeuropas" aufrief, eine Senkung ihres Lebensstandards hinzunehmen, damit die Unternehmer wieder mehr investieren können (FR 4. 11. 74). Zwar kam aus Gewerkschaftskreisen hier und da ein lauer Protest. Offiziell ist man jedoch an der Spitze zu derartigen Zugeständnissen bereit, selbst wenn man das vielleicht weniger offen als ein Helmut Schmidt zuzugeben wagt und stattdessen weiterhin betont, wie wichtig eine „steigende Massenkaufkraft" zur Konjunkturbelebung sei. Damit verschließt man jedoch nur die Augen vor der Tatsache, daß zur Lösung der Krise nicht die Erhöhung der Löhne, sondern ihre weitere Senkung und die damit mögliche Steigerung der Unternehmergewinne beiträgt — eine Einsicht, die die Gewerkschaften in Wirklichkeit oft genug zeigen, wenn sie aus „Stabilitätserwägungen" heraus zu niedrigen Tarifabschlüssen bereit sind. Die Politik der Gewerkschaften sei es, wie Georg Neemann (DGB) am 16. 11. 74 gegenüber der „Frankfurter Rundschau" betonte, die zentrale Bedeutung staatlicher Förderung der Privatinvestitionen zu bejahen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften in ihren Forderungen „stets die konjunkturelle Situation und die Entwicklungsaussichten berücksichtigt" haben. Nicht weniger besorgt um die Aufrechterhaltung des Status quo zeigte sich das DGB-Organ „Welt der Arbeit" (15. 11. 74). Die Politik der Gewerkschaften, so hieß es dort, war immer „überaus vernünftig und realistisch. Mit den tariflichen Abschlüssen konnte die Wirtschaft langfristig operieren".

Ist die Politik der Gewerkschaftsführungen um „stabilitätsgerechtes" Verhalten bemüht, so stellt sich andererseits die Frage, wie sich die Arbeiter und Angestellten in der gegenwärtigen Situation verhalten. Folgen sie den von staatlicher und unternehmerischer Seite wie von ihren gewerkschaftlichen Führungen kommenden „Maßhalteappellen?" Sind sie bereit, das kapitalistische „Allgemeinwohl" über ihr „privates" Klasseninteresse zu stellen? Die ersten großen Abwehrkämpfe gegen den Versuch des Kapitals, die Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse auszutragen, sind bereits in Westeuropa geführt worden: der wochenlange Poststreik in Frankreich, die Kämpfe um die Arbeitsplatzsicherung bei FIAT—Italien, die Demonstrationen gegen Inflation und Massenarbeitslosigkeit in Dänemark usw.

Zu überwiegen aber scheint gegenwärtig noch die Angst vor einer ungewissen Zukunft und die Bereitschaft, den von Seiten der Unternehmer wie der Regierungen kommenden Versprechen Glauben zu schenken, Lohnzurückhaltung könne die Arbeitsplätze sichern. Besonders ausgeprägt ist dieses Verhalten zweifellos in der BRD, wo die Krise für Millionen von Arbeitern ein neues, bislang für undenkbar gehaltenes Phänomen ist. Die Gewerkschaften wie die SPD überlassen sie jedoch in diesem Moment der Unsicherheit und Angst sich selbst: das Ausmaß der Krise wird, so gut es geht, heruntergespielt und der Glaube suggeriert, mit dem Zaubermittel staatlicher Konjunkturprogramme werde man, sobald es notwendig sei, die Lage wieder schnell im Griff haben. Die ganze Hilflosigkeit gewerkschaftlicher Praxis wird deutlich, wenn die „Welt der Arbeit" auf ihrer Titelseite vom 15. 11. 74 fordert: „Die Regierung muß stärker gegensteuern" oder die IG Metall die Krise per Vorstandsanweisung aus ihren Publikationen hinweginterpretiert: Die Gewerkschaften scheinen entschlossen, einer der Krise zunehmend hilfloser und immobiler gegenüberstehenden SPD/FDP-Regierung die Treue bis zum Untergang halten zu wollen.

Noch bleibt die Hoffnung, der Staat könne, wenn er massiv durchgreife, die wirtschaftliche Abwärtsbewegung abstoppen. In der

Arbeitskonferenz „Öffentlicher Dienst" des „express"

Nachdem auf der letzten Redaktionskonferenz des „express" Ende März 1974 beschlossen worden war, künftig vor allem regionale und branchenspezifische Tagungen zu organisieren, um so eher zu einer konkreten politischen Zusammenarbeit der aktiven Kollegen und Genossen in den Betrieben beizutragen, fand am 30. 11. und 1. 12. 1974 in Frankfurt das erste Treffen für den Bereich des öffentlichen Dienstes statt. Etwa 50 Kolleginnen und Kollegen, überwiegend in der ÖTV, DPG und GdED organisiert, die entweder in diesen Bereichen arbeiten und dort als Gewerkschafter aktiv sind oder durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit dem öffentlichen Dienst verbunden sind, kamen zusammen, um die anstehenden Probleme ihrer Gewerkschaftsarbeit zu diskutieren.

In einem einleitenden Referat wurde der Versuch unternommen, aus den Veränderungen der kapitalistischen Verhältnisse in Westdeutschland einige Tendenzen in der Entwicklung des öffentlichen Dienstes zu bestimmen. Die aktuelle Wirtschaftskrise schlägt über die staatliche Finanzmisere auf die Staatstätigkeit insgesamt durch und führt zur verstärkten Rationalisierung (Produktivitätssteigerungen) und Ökonomisierung (Einsparungen) im öffentlichen Dienst, die vor allem auf dem Rücken der staatlichen Lohnarbeiter durchgesetzt werden. Rationalisierung und Automatisierung bringen jedoch nicht nur eine verstärkte Arbeitsbelastung mit sich, sondern verändern auch die innere Struktur der öffentlichen Verwaltung. Die mittlere Entscheidungsebene der traditionellen Hierarchie fällt zunehmend weg, wodurch sich die Gegensätze zwischen den leitenden und entscheidenden Tätigkeiten auf der einen und den ausführenden und kooperativen Arbeiten auf der anderen Seite verstärken. Diese Verschärfung der Klassengegensätze im öffentlichen Dienst bewirkt auf der unteren Ebene Angleichungstendenzen zwischen den einzelnen Beschäftigtengruppen, die sich teilweise schon in der laufenden Tarifrunde gezeigt haben, wo Arbeiter, Angestellte und Beamte gemeinsam in einigen Betrieben für Festbetragsforderungen eingetreten sind.

Bei den Beschäftigten haben diese Entwicklungen zu einem verstärkten Bewußtsein von der eigenen Lohnabhängigkeit geführt, das sich in einem aktiven Lohninteresse und der Betonung von Lohn- und Arbeitsplatzsicherheit niederschlägt. Sieht man einmal von Teilen des gehobenen und höheren Dienstes ab, dann gibt es kaum mehr Anzeichen für die weitverbreitete Vorstellung, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst orientierten sich vorwiegend an den Inhalten ihrer Arbeit und an Gemeinwohlvorstellungen. Das trotzdem vorhandene starke Interesse der öffentlich Beschäftigten an der Ausweitung der staatlichen Leistungen läßt sich auf ihr Interesse, die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern und den eigenen Arbeitsplatz zu sichern, zurückführen. Die Gewerkschaften, nicht der Staat oder die Parteien, werden dabei als Träger dieses Interesses gesehen.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand zunächst die Frage, wie die behauptete Lohnabhängigkeitsorientierung der staatlichen Lohnarbeiter von dem Umstand staatlich Bediensteter zu sein beeinflußt wird, und wie sich das Lohninteresse in der gegenwärtigen Tarifrunde konkret äußert. Kritisiert wurde, daß das Lohninteresse der öffentlich Bediensteten zwar eine vor dem Hintergrund gemeinsamer Lebensbedingungen mögliche Angleichung an das Bewußtsein der übrigen Lohnarbeiter darstellt, aber deshalb nicht umstandslos zum Ausgangspunkt einer sozialistischen Strategie gemacht werden dürfe, denn gerade in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Sozialarbeiter, Lehrer, Gesundheitswesen) habe die Orientierung an den Arbeitsinhalten zu einer gesellschaftskritischen Umpolung der Gemeinwohlvorstellungen geführt. Das Interesse an der Versorgung bestimmter Bevölkerungsgruppen mit Dienstleistungen hat in der Vergangenheit bei Teilen der staatlichen Lohnarbeiter eine Solidarisierung und Kooperation mit den Empfängern und Betroffenen staatlicher Maßnahmen gegen den Abbau und die Verschlechterung staatlicher Leistungen bewirkt (vgl. Streik der Steuerbeamten, Auseinandersetzungen um die Frankfurter Kindertagesstätten). Die Dominanz inhaltlicher Interessen kann zu einer politischen Kritik an den kapitalistischen Staatsfunktionen führen, die über die Beschränkung auf bloße Lohninteressen hinausgeht.

In der gegenwärtigen Situation wird die Allgemeinwohlideologie massiv von Staat und Massenmedien gegen die Lohninteressen der staatlich Bediensteten eingesetzt. Da sich die Gewerkschaften mit diesen Angriffen nicht inhaltlich auseinandersetzen, ist eine starke Verunsicherung der Kollegen die Folge. Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie versuchen, die Lohnabhängigen zudem auf eine gesamtwirtschaftlich begründete Lohnzurückhaltung zu verpflichten. Mit der staatlich durchgesetzten Einkommenspolitik wächst die Gefahr, daß sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von den anderen Arbeitern isolieren. Gegenstrategien von Sozialisten im Bereich des öffentlichen Dienstes können sich daher nicht auf Lohnforderungen beschränken, sondern müssen auch an den Arbeitsinhalten und der Kritik der Gemeinwohlorientierung bzw. -verpflichtung ansetzen. Indem für die staatlichen Lohnarbeiter und für die anderen Lohnabhängigen zunehmend deutlich wird, daß sie gerade nicht für das allgemeine Wohl arbeiten, also der Klassencharakter ihrer Tätigkeit sichtbar wird, können die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erst ein aktives Lohninteresse und inhaltliche Gegenstrategien entwickeln. Offensive Strategien, die auch die Betroffenen von staatlichen Ausgabenkürzungen mobilisieren, bieten zudem Politisierungschancen, um die es in den Tarifkämpfen geht.

Nach dieser allgemeineren Diskussion über gewerkschaftliche Strategien der staatlichen Lohnarbeiter drängten die Teilnehmer auf einen Erfahrungsaustausch über unmittelbar anstehende Probleme ihrer gewerkschaftlichen Praxis. Zunächst berichteten Gruppenvertreter und auch einzelne Kollegen über den Stand der gewerkschaftlichen Ansätze auf betrieblicher Ebene. Hierbei zeigte sich – sieht man einmal von den schon weiter fortgeschrittenen Ansätzen in Frankfurt und Westberlin ab –, daß die Schaffung von Vertrauensleutegremien, die an der Basis verankert sind, die vordringlichste Aufgabe darstellt. Die gegenwärtige satzungsmäßige Zusammensetzung der lokalen Gewerkschaftsvertretungen aus Delegierten verschiedener Ausschüsse (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Frauen, Techniker usw.) führt zur Aufsplitterung in verschiedene Interessengruppen und verhindert die ungebrochene Artikulation des Mitgliederwillens. Zwar werden auch in der ÖTV Konzepte zur Stärkung der Vertrauensleutearbeit entworfen, aber die Frankfurter Erfahrungen machen deutlich, daß auch durch starken Druck von der Basis Vertrauensleuteausschüsse gebildet werden können, die selbst ohne satzungsmäßige Verankerung und ohne Antragsrechte in den Kreisvertretungen politisch äußerst wirksam sein können. Sie bilden eine wichtige Vorbedingung für die Herstellung innergewerkschaftlicher Öffentlichkeit, die gegenwärtig wichtigstes Ziel sozialistischer Betriebsarbeit im öffentlichen Dienst ist. Erst neue Formen innergewerkschaftlicher Öffentlichkeit ermöglichen die Zusammenfassung und Organisierung der individuellen Unzufriedenheit der Kollegen und lassen damit den Widerspruch zwischen gewerkschaftsoffiziösen und Mitgliederforderungen hervortreten. Durch eine Intensivierung der Vertrauensleutearbeit könnten auch die Mitgliederversammlungen nach jahrelanger gewerkschaftlicher Demobilisierung wieder zu Basisorganen werden.

Wie notwendig zudem die Verstärkung der Vertrauensleutearbeit über die unmittelbare betriebliche Verankerung hinaus gegenwärtig ist, zeigten auch die Berichte über die anstehende Tarifrunde. Nur wo es aktive Mitgliederversammlungen gegeben hatte, kamen meist hohe Festbetragsforderungen oder hohe Sockelbeträge zustande, denn von den Gewerkschaftsfunktionären gab es trotz eines gegenteiligen Beschlusses auf dem letzten Gewerkschaftstag der ÖTV keine Vorbereitung auf die Tarifrunde. Zudem hatten die meisten Gewerkschaftsmitglieder vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise nur geringes Interesse an der Tarifrunde, da auch im öffentlichen Dienst die Diskussion über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und sichere Arbeitsplätze im Vordergrund stand. Deshalb kommt es in der aktuellen Situation darauf an, Analysen der wirtschaftlichen Lage zu liefern, die gegen die Argumente von Regierung, Gewerkschaften und bürgerlicher Öffentlichkeit stechen.

Um sich wechselseitig in der laufenden Tarifrunde aktiv zu unterstützen, beschlossen die anwesenden Gruppen, sich umgehend die im Tarifkampf eingebrachten Forderungen, Materialien und Begründungen zuzuschicken. Ein neues Treffen soll möglichst bald nach Abschluß der Tarifrunde angesetzt werden, um die Erfahrungen und Einschätzungen auszutauschen und zu überprüfen. Weitere Themen dieser Tagung werden sein:

- die Konkretisierung inhaltlich orientierter Strategien gegen die Auswirkungen von Rationalisierungen und Einsparungen,
- die weitere Klärung des Verhältnisses von institutioneller Gewerkschaftsarbeit und Basisorganisierung,
- das Verhältnis von SPD, Verwaltung und gewerkschaftlicher Organisierung im öffentlichen Dienst und
- die Perspektiven der Dienstrechtsreform.

ROLAND ROTH

Politische Strafjustiz

Ein kurzer Überblick über die zu erwartenden Gesetzesänderungen im Bereich der Strafjustiz soll zeigen, wie der Staat auf die kommenden Auseinandersetzungen reagiert. Ziel dieser Änderungen ist die Garantie vor allem, auch politische Verfahren möglichst schnell und geräuschlos abzuwickeln.

Daß durch diese Änderungen rechtsstaatliche Positionen des Beschuldigten unangetastet bleiben sollen, wird zwar oft behauptet, tatsächlich aber werden Verfahrensgrundsätze, die bei ihrer Einführung (1964) als rechtsstaatliche Errungenschaften gepriesen wurden, über Bord geworfen.

Im Interesse des Beschuldigten sollen im ersten Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts (das bei Erscheinen dieses Kommentars möglicherweise schon in Kraft ist) Maßnahmen zur Beschleunigung und Straffung des Strafverfahrens eingeführt werden. Abschaffung der gerichtlichen Voruntersuchung und der staatsanwaltlichen Schlußanhörung und des Schlußgehörs sowie die Neuordnung der Kompetenzen im Vorverfahren zugunsten der Staatsanwaltschaft sind die wesentlichen Änderungen.

Das Vorverfahren sollte in den Fällen schwerer Delikte einem Untersuchungsrichter die Möglichkeit einer Überprüfung der staatanwaltlichen Ermittlungen vor Eröffnung des Hauptverfahrens geben. Die totale Streichung dieser Bestimmungen verhindert eine Kontrolle der Ermittlungen oder in gewissen Fällen zumindest den Zwang der Gründlichkeit, der von einer drohenden Voruntersuchung ausgeht.

Schlußanhörung und Schlußgehör gaben dem Beschuldigten bisher die Möglichkeit, zum Abschluß der Ermittlungen informiert zu werden mit der Gelegenheit der Stellungnahme, Kontrolle und Anforderung neuer Beweise. Auch hier führt das Wegfallen dieser Rechte zu einer nicht unwesentlichen Einschränkung der Rechte des Beschuldigten: Eine frühzeitige Verteidigung wird erschwert, unnötige Anklagen werden erleichtert und die Gefahr von Fehlurteilen vergrößert.

Der entscheidende Teil des Gesetzes betrifft aber die Aussagepflicht vor dem Staatsanwalt. Bisher konnten Zeugen, Sachverständige und Beschuldigte nicht veranlaßt werden, vor der Staatsanwaltschaft zu erscheinen. Mit Zwangsgeld bis zu 1000 DM (richterliche Überprüfung der Entscheidung ist möglich) können Zeugen und Sachverständige, mit Vorführung der Beschuldigten, zum Erscheinen vor dem Staatsanwalt gezwungen werden. Die Ermittlungsbehörde kann damit (im Ergebnis als ausführendes Organ die Polizei) ohne große Behinderung durch gerichtliche Vorprüfung weitgehend selbständig den Gang des Verfahrens, die Zeugenauswahl und -folge und die Konfrontation mit dem Beschuldigten vornehmen. Voreingenommenheit und die Gefahr der Verwertung dieser Ergebnisse im Prozeß sind die Folge (letzteres ist im Grunde rechtlich nicht möglich, wird aber über zugelassene Umwege ständig praktiziert). Die Durchsicht privater Papiere bei Durchsuchungen, bisher dem Richter vorbehalten, geht ebenfalls voll in die Hände der Staatsanwaltschaft über. Eingriffe in die verfassungsrechtlich geschützte Privatsphäre können damit nicht mehr verhindert werden. Durch diese Gesetzesänderung wird die Stellung des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren wesentlich verschlechtert. Seine Möglichkeiten, in das Verfahren einzugreifen, werden erheblich verringert. Vor allem aber kann der Staatsanwalt noch selbstherrlicher als bisher über den Ermittlungsgegenstand und das Verfahren verfügen.

In einem weiteren Gesetzesentwurf plant die Bundesregierung, einen Verteidiger u. a. bei hinreichendem Teilnahmeverdacht ausschließen zu können. Ein solcher Verdacht wird sich, da die Justiz es vor allem in politischen Verfahren nicht mit Einzelpersonen, sondern mit politischen Organisationen zu tun hat, leicht konstruieren lassen. Dazu ist nur – wie schon des öfteren praktiziert – deren Kriminalisierung erforderlich. Da die beschuldigten Mitglieder der kriminalisierten Organisation sich von Anwälten verteidigen lassen wollen, die ihre politische Position zumindest respektieren, läßt sich eine Unterstützungshandlung leicht behaupten. Damit ist der Anwalt der Teilnahme hinreichend verdächtig geworden: so reichte es 1926 aus, daß ein Verteidiger eine KPD-Veranstaltung besucht hatte (weitere Beispiele bei H. Hannover, Kritische Justiz 1974, Seite 135 ff.). Bezogen auf die Anwälte der Baader-Meinhof-Gruppe würde dies bedeuten, daß z. B. der Besuch eines Anwalts bei einem nicht in Haft sitzenden Mitglied für den Ausschluß ausreichen könnte.

Weiter ist vorgesehen, das Recht des Beschuldigten auf freien schriftlichen und mündlichen Verkehr mit seinem Anwalt erheblich einzuschränken. Damit wird ein Recht, das so erst 1964 gesetzlich garantiert wurde, aufgrund der veränderten politischen Situation in seiner Grundsubstanz angegriffen. Durch diese Änderungen wird eine wirkungsvolle Verteidigung in politischen Prozessen vollends unmöglich gemacht.

In einem Gesetzentwurf des Bundesrats sind weitere Einschränkungen vorgesehen: Der Vorsitzende eines Strafgerichts soll nicht nur den Verteidigern das Wort abschneiden können, wenn sie Erklärungen abgeben, die nach seiner Meinung nicht mit dem konkreten Verfahren zusammenhängen. Er kann auch – ohne wie bisher die anderen Richter befragen zu müssen – schnell gegen einzelne Zuhörer im Gerichtssaal verschärft vorgehen (z. B. Verhängen einer Ordnungsstrafe bis zu DM 2000,–; bisher waren nur DM 1000,– zulässig). Die letzte Garantie für die Öffentlichkeit in Hauptverhandlungen soll abgeschafft werden: der Vorsitzende braucht den Ausschließungsbeschluß nicht mehr wie bisher vor der Öffentlichkeit zu verkünden.

Die Bundesregierung hat diesem Entwurf nicht nur in den Grundsätzen zugestimmt. Sie will im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch zusätzliche Vorschläge machen, um so die „Bekämpfung der Sabotage von Gerichtsverhandlungen" zu verstärken.

Grundlage all dieser Gesetze und Entwürfe ist es, eine Praxis, die sich jeweils zumindest in Ansätzen schon (an rechtsstaatlichen Prinzipien vorbei –) entwickelt hat, nachträglich voll zu legalisieren. Die hierdurch mit neuem Selbstbewußtsein auftretenden Justizorgane werden diese Regelungen voll ausschöpfen und eine noch mehr an ihren eigenen politischen Bedürfnissen orientierte Praxis entwickeln. Ein neues Gesetz wird dann nicht auf sich warten lassen.

ARBEITSGRUPPE RECHT, TÜBINGEN

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

zeitschrift
zu theorie und praxis
der entwicklungspolitik

themen:

SOWJETUNION und DRITTE WELT

Analysen - Materialien - Kritik
Interviews - Selbstdarstellungen

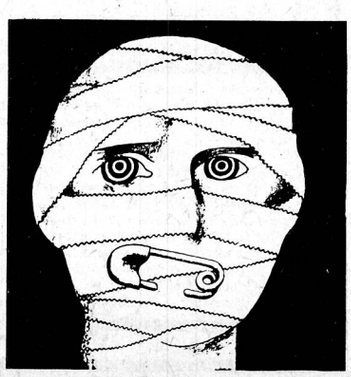
Dreifach-Heft (84 S.) 5.-DM

Abonnement 4 Einzel- und 1 Doppelheft im Jahr: 11,-DM; Einzelh. 2,-DM; Doppelh. 3,-DM

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
c/o Erfried Adam 2 Hamburg 19 Postfach 2846

Ein Gesetz, das keiner (mehr) will

In der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik gibt es zwei gegensätzliche Auffassungen von Pressefreiheit, in denen sich die Widersprüche dieser Gesellschaft spiegeln, Die Besitzer der publizistischen Produktionsmittel benutzen sie als die Freiheit, ungehindert vom Staat Druckpressen zu betreiben (so der konservative Jurist Ernst Forsthoff in einem Gutachten für Axel Caesar Springer); für den Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ist sogar „die privatrechtliche Struktur des Pressewesens vom Grundgesetz vorausgesetzt". Und einer, der es wissen muß, „Spiegel"-Verleger Rudolf Augstein, erklärte vor fünf Jahren: „Das kapitalistische Pressesystem beruht auf dem unveräußerlichen Grundrecht jedes Kaufmannes, dumme Käufer aufzusuchen und noch dümmer zu machen".



Solchen profitorientierten Interessen hatte Karl Marx schon 1842 als Redakteur der „Rheinischen Zeitung" entgegengehalten: „Die Preßfreiheit zu einer Klasse der Gewerbefreiheit machen, ist sie verteidigen, indem man sie vor der Verteidigung totschlägt". Auf seinen Spuren stellte ein keineswegs marxistischer „Arbeitskreis Pressefreiheit", dem unter anderen auch der heutige Bundesinnenminister Werner Maihofer angehörte, in einer 1970 veröffentlichten Dokumentation fest: „Die , gesellschaftliche Funktion' der Presse steht im Gegensatz zu ihrer privatwirtschaftlichen Organisation. Die privatwirtschaftliche Organisation schließt die Möglichkeit ein, daß diejenigen, die über erhebliche Publikationsmittel verfügen, ihre subjektive Meinung in Wort, Schrift und Bild weiter und intensiver verbreiten können als die, die nicht über diese Mittel verfügen."

Die Gewerbefreiheit der Verleger hat inzwischen bereits zu einer fortschreitenden Veränderung der Informationsmöglichkeiten geführt. In den letzten 20 Jahren wurden mehr als ein Drittel aller selbständigen Zeitungsredaktionen geschlossen; so gibt es im gesamten Saarland nur noch eine Zeitung. Und wie die letzten Konzentrationsprozesse um die „Stuttgarter Zeitung" oder die weitgehende „Kooperation" zwischen der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" und der „Westfälischen Rundschau" zeigen, ist diese Entwicklung noch längst nicht zuende. Zugleich haben die Verleger damit ihr eigenes Argument widerlegt, die äußere Vielfalt des Marktes könne durch eine innere Mannigfältigkeit in den einzelnen Redaktionen aufgewogen werden. Im Springer-Imperium gibt es zensurähnliche Festlegungen gegen entspannungsfreundliche Ostpolitik, gegen Mitbestimmung, gegen die Beschäftigung von Sozialisten und Kommunisten in öffentlichen Ämtern, gegen die Demokratisierung der Schulen und Hochschulen und gegen die gewerkschaftliche Organisation von Schriftstellern und Journalisten. Ein Viertel der Gesamtauflage aller Tageszeitungen in der Bundesrepublik und Westberlin erscheint aber bereits in diesem Verlag; in West-

berlin sogar 75,5 Prozent und in Hamburg 71 Prozent. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Tageszeitungen mit ähnlich einseitig festgelegten politischen Positionen: freiwillige Springerzeitungen, wie Dutschke das genannt hat.

Ein Meinungsmonopol hat sich auch auf dem Zeitschriftenmarkt herausgebildet: mehr als die Hälfte der Gesamtauflage aller Publikums-Zeitschriften erscheint in den Verlagen Bauer, Burda und Springer. Im Herbst 1972 kämpfte diese Gruppe in einer Art konzertierter Aktion sowohl redaktionell als auch im Anzeigenteil oder in einer Mischung aus beidem für einen Wahlsieg der CDU/CSU. Die konservative Ausrichtung dieses publizistischen Kartells hat sich seither nicht geändert.

Die Entwicklung der kapitalistischen Presse seit 1945 hat damit zweierlei bewiesen: den sogenannten „freien Wettbewerb" gibt es nicht einmal mehr unter den Besitzern der Produktionsmittel — geschweige denn zwischen ihnen und den auf ihre Informationen angewiesenen Lohnabhängigen. Und: die Informationsfreiheit, die Artikel 5 des Grundgesetzes sichern sollte, ist auf dem Pressesektor nicht mehr gegeben. Zu den Manipulationen, mit denen die publizistischen Konzerne ihren Bestand absichern wollen, gehört dabei auch der Versuch, in der Öffentlichkeit ein für ihre Zwecke zurechtgefälschtes Bild der Verfassung zu verbreiten. Nach diesem Bild garantiert das Grundgesetz vor allem das Privateigentum; schon Mitbestimmungsforderungen werden vom Verlegerverband „verfassungswidrig" genannt. Daß diese Verfassung in Wahrheit nicht nur „zum Wohle der Allgemeinheit" die gesetzlich geregelte „Enteignung" (Art. 14), sondern sondern sogar die „Vergesellschaftung" von „Produktionsmitteln" vorsieht, wenn sie durch Gesetz erfolgt (Art. 15), wird in diesem Teil der Presse der Öffentlichkeit verschwiegen. So soll selbst noch das verfassungsmäßige Instrumentarium aus dem Bewußtsein gedrängt werden, das der gezielten politischen Meinungsmanipulation gefährlich werden könnte.

Dabei ist weit und breit kein Gesetzgeber zu sehen, der zur Sicherung des Grundrechts der Informationsfreiheit dieses Kartell oder Teile davon durch Gesetz enteignen und zum Beispiel in Stiftungen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliche Anstalten überführen würde. Beim gegenwärtigen Zustand der SPD würde im Gegenteil auch die Erreichung der absoluten Mehrheit im Bundestag nicht verhindern, da das in dieser Hinsicht schon erfahrene Parteimanagement auch noch den Rest der parteieigenen Zeitungen an bürgerliche Verlage verkauft. Pressefreiheit als Informations- und nicht als Gewerbefreiheit rückt damit in immer weitere Ferne.

Vor diesem Hintergrund muß der Entwurf zu einem Presserechtsrahmengesetz gesehen werden, den das Innenministerium vor kurzem vorgelegt hat. Zweimal, 1969 und 1972, hatte Willy Brandt den Plan zu einem solchen Gesetz in seiner Regierungserklärung verkündet. Wenn schon Enteignungen in einer Koalition mit der industriefreundlichen FDP nicht zur Debatte standen, sollte wenigstens so etwas wie „innere Pressefreiheit" durch die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Verleger und Redakteuren geschaffen werden. Das schien auch deshalb notwendig zu sein, weil Verhandlungen zu einer derartigen „Kompetenzabgrenzung" zwischen dem Zeitungsverlegerverband und den Journalistenorganisationen an der starren Haltung der Verleger gescheitert waren und weil darüber hinaus bis 1972 nur in sieben Zeitungen und zwei Zeitschriften lokale „Redaktionsstatute" mit sehr unterschiedlichen Mitbestimmungsrechten vereinbart werden konnten. Die Rechte aus diesen Statuten waren nämlich faktisch nicht einklagbar.

Damit gewinnt die Doppelstrategie der Verleger Konturen: Auf der einen Seite wird die Verfassung zur bloßen Garantie privatwirtschaftlicher Verhältnisse umgefälscht, die angeblich allein in der Lage sein sollen, die Pressefreiheit vor staatlichen Eingriffen zu bewahren. Andererseits sind sie durchaus zu Verhandlungen bereit — jedenfalls solange ihr Partner ihnen erlaubt, solche Verhandlungen folgenlos zu verschleppen. Ernsthaft bedroht wurde dies Vorgehen nur von Journalisten, die den Kampf gleichzeitig am Arbeitsplatz und über die Mobilisierung der Gewerkschaft zu führen versuchten. Aber sobald sich herausstellte, daß der Rückhalt in den Redaktionen gering und die Angst des Hauptvorstands der IG Druck und Papier vor einer unruhigen Basis größer war als die Angst vor dem fortschreitenden Verfall der Meinungsfreiheit, konnte die Front begradigt werden: 1971/72 traf eine bundesweite Kündigungswelle gezielt solche Journalisten, die für Mitbestimmung eingetreten waren.

Die Hilflosigkeit der SPD/FDP-Koalition und der Führungsspitze der IG Druck und Papier angesichts dieser Strategie zeigte sich schon bei der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972. Die drastische Beschränkung der ohnehin nicht sehr großen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats nach der „Tendenzschutz"-Klausel wurde nur geringfügig gemildert; noch immer scheute sich der rechte SPD-Flügel (besonders in Hamburg und Berlin) vor einer ernsthaften Konfrontation mit Springer. Und weil die Verhandlungen mit den bürgerlichen Verlegern stagnierten, schlossen voriges Jahr Gewerkschafts- und Parteivorstand wenigstens für die „Westfälische Rundschau", eine der verbliebenen SPD-Zeitungen, zwei Muster-Tarifverträge ab, in denen es nun allerdings mehr um Mitsprache- als um Mitbestimmungsrechte ging. Inzwischen, nach einem „Kooperations"-Vertrag mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" in Essen, hängen diese Verträge wieder in der Luft. Dafür wurden ähnliche Abmachungen bei der SPD-eigenen „Hamburger Morgenpost" unterzeichnet.

Einer derart konfusen Strategie entspricht auch die Vorlage des Gesetzentwurfs für ein PRRG. In der Begründung dieses 97-Seiten-Papiers heißt es zwar verheißungsvoll „Verlegern und Redakteuren steht die Pressefreiheit gemeinsam zu" (davon, daß sie auch den Lesern zusteht, ist keine Rede), aber schon eine Seite später folgt der schöne Satz: das Gesetz „darf hierbei die in Artikel 14 GG verankerte gewerbliche und wirtschaftliche Dispositionsfreiheit des Verlegers nicht verletzen". Der Verleger kann deshalb allein die Grundsätze für die publizistische Haltung festlegen (§ 10), er kann sie auch allein ändern (§ 11); der Verleger hat darüberhinaus die „Richtlinienkompetenz" bei neu auftretenden „Fragen von grundsätzlicher Bedeutung" (§ 12) und kann sogar einzelne Veröffentlichungen unterbinden, „wenn sie zu voraussehbaren erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen für den Verlag oder den Verleger (!) führen" (§ 13).

Bei der Berufung des Chefredakteurs hat die Redakteursvertretung ein Anhörungsrecht (§ 14); widerspricht sie seiner Abberufung, muß der Verleger ihn bis zum Abschluß des Rechtsstreits weiterbeschäftigen — es sei denn, daß ihm dies „nicht zugemutet werden kann" (§ 15). In „wirtschaftlichen Angelegenheiten des Verlages" gibt es ein Anhörungsrecht „soweit dadurch nicht die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Verlags gefährdet werden" (§ 17). Selbst das Anhörungsrecht rangiert also hinter der Sicherstellung des Profits. In den Fällen der §§ 11, 12, 14 bleibt den Redakteuren nach einem Widerspruch gegen die Maßnahme des Verlegers bloß eine Sanktionsmöglichkeit: sie dürfen kündigen und erhalten ein halbes Jahr lang weiter ihr Gehalt. Angesichts zahlreicher arbeitsloser Journalisten auf dem „Markt" ist das für den Verleger wohl keine Belastung. Die Autoren schätzen ihr Werk ganz richtig ein, wenn sie sagen, daß es „das optimale Funktionieren der privatwirtschaftlich strukturierten Presse" sichern solle. Daß mit dem Zugeständnis der Richtlinienkompetenz an den Verleger allerdings auch das Argument vom innerredaktionellen Pluralismus ad absurdum geführt wird, scheint ihnen entgangen zu sein.

Der Gesetzentwurf beweist, daß die Strategie der Verleger Erfolg hatte. Ihre massive, das Grundgesetz verfälschende Agitation hat die Koalitionsautoren bereits eingeschüchtert; ihre Verschleppungstaktik hat bewirkt, daß das Gesetz nicht etwa in einer Hochkonjunktur und nach gewonnener Wahl, sondern in der gegenwärtigen Rezession und vor schwierigen Landtagswahlen beraten werden muß. Die Unternehmer (1972 hätten sie das Gesetz vermutlich noch ohne viel Widerspruch hingenommen) sehen ihre Chance, den Entwurf noch weiter zu verwässern (Rudolf Augstein: „Ein perfektes Instrument der Selbstknebelung", „ein Bankert von schlechten Eltern", „diesen Quatsch haben minderbemittelte Verbandsfunktionäre ausgeheckt").

Und die Gewerkschaft? Zwar erklärte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, L. Mahlein, den Gesetzentwurf für „unbefriedigend", denn trotz des heuchlerischen Protestes der Verleger ist klar, daß die da ihre Position voll durchgesetzt haben". Aber zugleich beschwichtigte er die Mitglieder, die schon Kampfmaßnahmen gegen die weitere Konzentration auf dem Pressesek-

PROBLEME DES KLASSEN-KAMPFS ★ **16**

DM 7,00

Gerhard Armanski
Staatliche Lohnarbeiter im Kapitalismus
Thorsten Graf/Mimi Steglitz
Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft
W. Schoeller/W. Semmler/J. Hoffmann/E. Altvater
Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (II)
Bodo v. Greiff/Hanne Herkommer
Die Abbildtheorie und „Das Argument"
Bedingungen sozialistischer Solidarität

Probleme des Klassenkampfs erscheint mit jährlich ca. 750 Seiten Umfang, die in der Regel in zwei Einfach- und zwei Doppelheften geliefert werden. Preis des Einfachheftes DM 7,00, des Doppelheftes DM 10,00. Abonnements sind nur direkt vom Verlag beziehbar. Abo-Preis für 6 Einfachhefte (bzw. 2 Einfach- und 2 Doppelhefte) ist DM 31,00 inklusive Versandkosten. Luftpostabonnement (nur außerhalb Mitteleuropas): DM 36,00. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 31,00 bzw. DM 36,00 beim Verlag eingegangen ist. Dabei ist anzugeben, ab welchem Heft die Zusendung gewünscht wird, wobei frühestmöglicher Abo-Beginn das zuletzt erschienene Heft ist. Evtl. frühere Hefte werden zum Normalpreis auf Rechnung portofrei zugesandt, sofern sie nicht gerade vergriffen sind. — Sonderhefte sind im Abo nicht enthalten, sondern werden auf Bestellung jeweils nach Erscheinen portofrei zugesandt. Sonderhefte kosten nach Umfang und Auflagenhöhe unterschiedlich viel. Bezahlung des Abos durch Überweisung an Politladen GmbH, Erlangen, Konto 3234-850 beim Postscheckamt Nürnberg oder Konto 1190 bei der Raiffeisenkasse Effeltrich/Oberfranken. — Auslandsüberweisungen bitte ausschließlich per Post!

POLITLADEN 852 ERLANGEN POSTFACH 2849

die staatlichen Konjunkturprogramme die Entwicklung innerhalb weniger Monate außerordentlich positiv beeinflußt. In Wirklichkeit fing damals die internationale Hochkonjunktur die nationale Krise auf. Heute befindet sich jedoch die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft am Beginn ihrer schwersten Krise seit den dreißiger Jahren. Aber noch steht die Erfahrung aus, daß staatliche Gegensteuerungsversuche die sich nach klassischem Vorbild bahnbrechende zyklische Krise des Kapitals nicht entscheidend beeinflussen können.

Zentrales Ziel der Konjunkturpolitik der SPD/FDP-Regierung ist es, die Profitabilität kapitalistischer Produktion wiederherzustellen. Staatliche Investitionsprämien sollen die Investitionstätigkeit der Unternehmer anreizen. Nur die relativ „gesunden", auch ohne staatliche Investitionszulagen zu Neuanlagen bereiten Unternehmen werden im allgemeinen daraus einen Nutzen ziehen; für die anderen Unternehmen aber sind Investitionsprämien keine Lösung, solange der Kreislauf von Produktion und Zirkulation im gegenwärtigen Ausmaß unterbrochen ist und für sie keine Möglichkeit besteht, die Produktion trotz aller Investitionsvergünstigungen auch abzusetzen. Für die Beschäftigungslage aber könnten derartige Ankurbelungsmaßnahmen sogar zusätzliche negative Auswirkungen haben — sie könnten, wie die „Frankfurter Rundschau" am 7. 12. 74 schrieb, „den unerwünschten Erfolg haben, daß noch mehr Arbeitskräfte wegrationalisiert werden".

Hier ist nicht der Platz, die verschiedenen staatlichen Konjunkturprogramme einer detaillierten Kritik zu unterwerfen. In Wirklichkeit dürften selbst viele, wenn nicht die meisten Arbeiter bereits wenig Illusionen über die Wirksamkeit wie auch über die Zielrichtung staatlicher Konjunkturprogramme haben, in denen die Subventionierung der Privatunternehmer absolute Priorität hat. Daß die Arbeiterklasse bislang dennoch relativ passiv auf die Krise reagiert, dürfte ihre Hauptursache darin haben, daß sich ihr gegenwärtig kein wirklicher Ausweg anbietet. So hofft die Mehrzahl der von Arbeitslosigkeit und Lohneinbußen bedrohten Beschäftigten weiterhin auf einen individuellen Ausweg. Nur dort, wo jene Hoffnung — z. B. bei Konkursen — plötzlich für ganze Belegschaften zerbricht, kommt es vereinzelt zu ersten massiven Protestaktionen (z. B. bei der DVA in Stuttgart).

Die Enttäuschung über die unerfüllten Reformversprechen der SPD und der Gewerkschaften treibt viele Arbeiter angesichts des Fehlens einer sozialistischen Alternative als realer politischer Kraft vorerst wieder in die Arme der CDU/CSU, die mit dem Wiederaufschwung nach dem 2. Weltkrieg identifiziert wird. Aber heute hat auch die CDU/CSU den Arbeitern keine Konzession des Kapitals mehr anzubieten, mag hend, ein neues „Wirtschaftswunder" unter ihrer Regierung versprechen. Sollte sie nach den nächsten Bundestagswahlen, wenn nicht schon früher, die Regierung wieder übernehmen, so gibt es für sie keine andere Priorität als die Wiederherstellung profitabler Verwertungsbedingungen für das Kapital. Wenn F. J. Strauß bereits gegen ein oder zwei Dutzend Anarchisten das „Kriegsrecht" fordert, weiß man, welche Mittel er in einer Situation von Massenstreiks und größeren sozialen Unruhen einsetzen wird, um die „freiheitlich-demokratische Grundordnung zu retten".

„Automatisch" wird sich die Arbeiterklasse nicht nach links wenden. Das zeigte sich bereits in der großen Krise der dreißiger Jahre: weder die SPD noch die KPD vermochten im entscheidenden Augenblick die Massen gegen den Faschismus zu mobilisieren; die von beiden Parteien jahrelang betriebene Politik hatte die Arbeiterklasse demoralisiert und desorientiert; stattdessen gelang es einem Hitler, den desorientierten Anti-Kapitalismus der Arbeiterklasse und breiter Teile der deklassierten Mittelschichten über einen Pseudo-Sozialismus in den Dienst der imperialistischen Expansionsziele der deutschen Bourgeoisie zu stellen. Verharrt die heute ungleich schwächere Linke weiterhin überwiegend in ihrer gegenwärtigen Passivität und Resignation, entwickelt sie — von einigen Ausnahmen abgesehen — keine andere Perspektive, als die Fehler der Vergangenheit nur auf einer niedrigeren Stufe zu wiederholen, läßt sie sich weiterhin fast widerstandslos zurückdrängen wie in den letzten Monaten, könnte das politische Resultat der gegenwärtigen Krise nicht weniger verhängnisvoll sein als in den dreißiger Jahren.

H. E. BRAND

Kriegsdienstverweigerer und Antimilitarismus

Auf einem konstituierenden Bundeskongreß vereinigten sich am 24. 11. 74 in der Bonner Beethovenhalle die Deutsche Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IDK) und der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) zur Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK). Mit dieser Fusion ist bei einer Mitgliederzahl von ca. 20 000 eine der größten Friedensorganisationen in Europa entstanden. Schon im vorhinein wurde der Kongreß in der Verbandszeitschrift der DFG-IDK als „historisches Ereignis", als „geschichtlicher Höhepunkt" der deutschen bürgerlich-pazifistischen verschiedenen Artikeln in den Verbandsorganen wurde also schon im Vorfeld des konstituierenden Bundeskongresses der DFG-VK versucht, die Politik des Verbandes festzulegen auf eine bürgerlich-pazifistische Orientierung in der Tradition der alten Deutschen Friedensgesellschaft. Diese suchte von ihrer Gründung 1892 bis in die 20er Jahre hinein nach Modellen zur Überwindung der „zwischenstaatlichen Anarchie" durch das Eintreten für friedliche Konfliktlösungen durch Verhandlungen und Verträge zwischen den Staaten, durch überstaatliche Rechtsordnungen und eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Ausdruck einer solchen Präjudizierung der Politik des neuen Verbandes war auch das Motto des konstituierenden Bundeskongresses: durch Gewaltverzicht und Abrüstung zum Frieden.

Ausgeblendet bleibt bei diesem geschichtslosen Anknüpfen an Traditionen der herkömmlichen Friedensbewegung die sozialistische, speziell die linkssozialistische Komponente der Friedensbewegung. Dies bezieht sich sowohl auf den proletarischen Antimilitarismus der zweiten und der dritten Internationale wie auf die sozialistischen Tendenzen in der alten Deutschen Friedensgesellschaft selbst. Schon in den 20er Jahren hatten starke Teile in der Deutschen Friedensgesellschaft versucht, die Erfahrungen mit den Versuchen einer diplomatischen Friedenssicherung und die Erfahrung ihres Scheiterns aufzuarbeiten, und dabei die Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen einer zwischenstaatlichen Friedensordnung gestellt. Soziale Gerechtigkeit, der Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeutungssysteme, die Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus wurde für sie die zentrale Aufgabe der Friedensbewegung.

Die Frage, in welchem Verhältnis die Versuche einer zwischenstaatlichen Friedenssicherung durch Verhandlungen und Verträge zu den innerstaatlichen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen stehen, ist auch für die heutige Friedensbewegung noch nicht gelöst. So ist auch der von der kritischen Friedensforschung entwickelte Begriff der strukturellen, d. h. in den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verwurzelten, Gewalt bisher nur recht oberflächlich in der Friedensbewegung rezipiert worden. Die Frage, ob eine antagonistische, auf Ausbeutung und Unterdrückung gestützte Gesellschaft den Zustand der organisierten zwischenstaatlichen Friedlosigkeit überwinden kann, ohne zugleich ihre eigenen Grundlagen umzuwälzen, wird nach wie vor nicht radikal genug gestellt.

Zu dieser Diskussion leistete der Gründungskongreß der DFG-VK leider keinen Beitrag. Dieses Unvermögen des Kongresses spiegelt einige strukturelle Probleme der heutigen organisierten Friedensbewegung wider. Das unreflektierte Anknüpfen an die Traditionen der Friedensbewegung ist Ausdruck einer Geschichtslosigkeit, die ihre Ursachen hat in der Zerschlagung der proletarischen wie der bürgerlichen Friedensbewegung durch den deutschen Faschismus und die dadurch hervorgerufene Notwendigkeit eines totalen Neubeginns nach dem 2. Weltkrieg. In dem Maße, in dem sich die Restauration des Kapitalismus in der BRD als politisches Programm durchsetzte und auch die Gewerkschaftsbewegung wie die Sozialdemokratie sich dem System anpaßten, wurde auch die Friedensbewegung in die Defensive gedrängt und verstand sich zunehmend als quasi gewerkschaftliche Interessenvertretung von Kriegsdienstverweigerern. Die zunehmende Politisierung der Jugend durch die Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung seit der Mitte der 60er Jahre erfaßte zwar auch die KDV-Bewegung und drückte sich in der steigenden Anzahl der Kriegsdienstverweigerer wie in der organisatorischen und politischen Stärkung der organisierten Friedensbewegung aus. Dennoch war diese bisher nicht in der Lage, einen eigenständigen Beitrag für die sozialistische Bewegung zu entwickeln. Die Arbeit der über 150 Gruppen der beiden jetzt fusionierten Verbände blieb weitgehend auf die Beratung von Kriegsdienstverweigerern beschränkt und erschöpfte sich in Dienstleistungen für Kriegsdienstverweigerer, deren primäre Motivation es war, ihre Anerkennung in den staatlichen Prüfungsinstanzen zu erlangen. Im übrigen beschränkte sich die politische Arbeit der Verbände auf die Teilnahme an regionalen Aktivitäten von Vietnam- oder Chile-Komitees.

Diese Einengung auf Dienstleistungsfunktionen für KDVer sowie die mangelnde politische Perspektive der Friedensbewegung führte dazu, daß für die Kriegsdienstverweigerer, die die Beratung der Verbände durchliefen, die Notwendigkeit einer Organisierung in der Friedensbewegung nicht einsichtig wurde, daß aber auch eine Identifizierung der Mitglieder und Aktiven der Verbände mit der Arbeit der Friedensbewegung langfristig nicht herstellbar war. Noch heute krankt die Arbeit der Verbände daran, daß die Fluktuation bei den Mitgliedern wie bei den Aktiven der Verbände enorm hoch ist. Eine kontinuierliche Arbeit und Diskussion innerhalb der Verbände wie auf den Bundeskongressen ist damit bisher kaum möglich gewesen. Diese Fluktuation ist wohl auch dafür verantwortlich zu machen, daß die Mitgliederzahl der Verbände in den letzten Jahren tendenziell stagnierte und nur ca. zwei Drittel der Jahresrate von Kriegsdienstverweigerern umfaßt. Die Entwicklung der Verbände verlief trotz einer erheblichen politischen wie organisatorischen Stärkung auch nicht nur annähernd proportional der Entwicklung der KDV-Bewegung seit 1967 insgesamt. Die

DFG-VK wird sich selbstkritisch mit dieser Situation und ihren Ursachen auseinandersetzen und Konsequenzen entwickeln müssen.
Das wichtigste Ereignis des Kongresses war die Verabschiedung des mit überwältigender Mehrheit angenommenen Programms der DFG-VK. Dieses Programm wurde im Vorfeld des Kongresses auf zwei bundesweiten Seminaren intensiv unter breiter Beteiligung der Basis diskutiert und stellt einen Kompromiß der verschiedenen in der DFG-VK vertretenen politischen Strömungen dar. Entsprechend dem inneren Bündnischarakter der Organisation setzt das Programm kein einheitliches analytisches Konzept voraus. Die einzelnen Forderungen stellen einen Minimalkonsens dar, auf den sich die verschiedenen Strömungen innerhalb des Verbandes von unterschiedlichen analytischen und politischen Positionen aus verständigen konnten. Eine systematische Ableitung von Rüstung und Militarismus als Ausdruck des kapitalistischen Systems wird nicht durchgängig vorgenommen. Insofern bleibt das Programm in vielen Punkten zu sehr den Erscheinungsformen von Rüstung und Militarismus verhaftet. Dennoch enthält es durchaus Elemente, die eine Basis für eine sozialistische Politik innerhalb des Verbandes abgeben. So enthält das Programm die Aussage, daß eine Poiltik der friedlichen Koexistenz nicht den Verzicht auf innergesellschaftliche Auseinandersetzungen und die internatiocnale Solidarität mit sozialen Befreiungsbewegungen bedeuten darf; die Rüstungskontrolldiplomatie der militärischen Großmächte UdSSR und USA wird durchaus kritisch gewürdigt, indem herausgestellt wird, daß diese Verhandlungen bisher nur zu einer Kanalisierung des Wettrüstens geführt haben. Das Programm formuliert konkrete Forderungen an diese Verhandlungen, die erfüllt werden müssen, damit aus ihnen tatsächlich Abrüstungsverhandlungen werden. Die Aufhebung der bestehenden Weltwirtschaftsstrukturen und Handelsbeziehungen wird als notwendige Bedingung für die Beseitigung imperialistischer Abhängigkeitsverhältnisse gesehen. Kritisiert wird auch die von der NATO und der EG forcierte Politik, durch die Förderung der europäischen Rüstungskooperation und -integration das Entstehen eines transnationalen europäischen Kapitalismus zu unterstützen.
Die Aufgabe des Verbandes wird es zunächst sein, das Programm zu konkretisieren und daraus ein kurz- und mittelfristig orientiertes Aktionsprogramm abzuleiten. Im Laufe dieses Diskussionsprozesses müßten einige wichtige Fragen thematisiert und – möglichst – geklärt werden. Dazu gehört vor allem die Frage, ob die DFG-VK auf eine bürgerlich-pazifistische Position im Vorfeld politischer Parteien (SPD, DKP) festgelegt werden soll, oder ob sie sich als Teil der sozialistischen Bewegung definieren kann. Die Notwendigkeit antimilitaristischer Arbeit für Sozialisten wird angesichts des anhaltenden existenzgefährdenden Wettrüstens und der herausragenden Stellung des Militärs bei der Niederschlagung sozialistischer Bewegungen deutlich. Die Konsequenz kann nur heißen, daß die antimilitaristische Bewegung als lebensnotwendiges Arbeitsfeld für Sozialisten begriffen und so der politische Klärungsprozeß in der DFG/VK vorangetrieben wird.
Dazu müssen zwischenstaatliche Konflikte und die eng beschränkten Möglichkeiten der Konferenzdiplomatie analysiert und auf innergesellschaftliche kapitalistisch Herrschaftsstrukturen zurückgeführt werden. Dazu gilt es in weiter- und neu zu entwickelnden Aktionsformen den Zusammenhang zwischen Rüstung und Wirtschaft sowie innergesellschaftlicher struktureller Gewalt und außenpolitischen Auseinandersetzungen aufzuzeigen. Weiterhin muß vor allem auch das Verhältnis von Kriegsdienstverweigerung und Arbeit in der Armee neu überdacht werden.
Die Perspektive und Zukunft einer antimilitaristischen Bewegung hängen entscheidend davon ab, inweit vor allem Linkssozialisten ihre Wichtigkeit erkennen und sie nicht als isolierten Teil einer linken Bewegung sehen. Die vorhandenen Möglichkeiten sollten genutzt werden.

DFG-IDK FRANKFURT

Westberliner Buchladen Kollektive (WBK)

keine privaten profite

Buchladenkollektiv GmbH
1 Westberlin 12
Savignyplatz 5
tel. (0311) 313 99 83

Commune GmbH
1 Westberlin 45
Unter den Eichen 84c
tel. (0311) 832 83 15

Das Politische Buch
1 Westberlin 15
Lietzenburger Str. 99
tel. (0311) 883 25 53

unterstützung des antiimperialistischen kampfes

Heinz-Joachim Heydorn gestorben

Als diese Ausgabe von „links“ in Druck gehen sollte, erfuhren wir, daß am 15. Dezember 1974 Heinz-Joachim Heydorn im Alter von 58 Jahren gestorben ist.
Die Linke in der Bundesrepublik hat einen Genossen verloren, dem sie mehr verdankt, als vielen heute bewußt ist. Heydorn gehörte zu den Sozialistisen, die nach 1945 die Kontinuität der Sozialistischen Bewegung verkörperten und die sich gerade auch deswegen oft zwischen den Fronten der in sich zerrissenen Linken sahen.
Über den bedeutenden Einfluß des Genossen Heydorn auf die Entwicklung der Linken in der BRD wird man sprechen, wenn diese Linke einmal ein Bewußtsein ihrer eigenen Geschichte entwickelt. Heydorn, der im Widerstand gegen den Faschismus seine ihn prägenden politischen Erfahrungen gemacht hatte, war Delegierter auf dem Gründungsparteitag der SPD 1946 und wurde ebenfalls 1946 auf der Gründungsversammlung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) zum Vorsitzenden gewählt. Mit Kritik und Widerstand verfolgte er den Weg der SPD zum Godesberger Programm. In den sich verschärfenden politischen Konflikten, denen Sozialisten in der SPD seit 1959 ausgesetzt waren, stand Heydorn kompromißlos auf der Seite der Linken. Als Mitglied des Parteirats versuchte er noch den Bruch der SPD mit dem SDS zu verhindern. Er zog 1961 mit denjenigen, die nicht bereit waren, sich der Unvereinbarkeitserklärung des Parteivorstandes der SPD zu unterwerfen, durch seinen Austritt aus der SPD die Konsequenzen. Gemeinsam mit anderen Hochschullehrern, Gewerkschaftern, Jugendleitern von Arbeiterjugendorganisationen, aktiven Jungsozialisten und SDS-Mitgliedern, unter ihnen Wolfgang Abendroth, Ossip Flechtheim, Heinrich Düker, Fritz Lamm, Helga Einsele, Erdmuthe Falkenberg, Arno Klönne, Jürgen Seifert, Heinz Brakemeier, Heiner Halberstadt und Klaus Vack, gründete er die „Sozialistische Förderergesellschaft“ des SDS. Aus dieser Förderergesellschaft ist später der „Sozialistische Bund“ hervorgegangen, der in der finstersten Zeit des Kalten Krieges die Existens des SDS gesichert und den Versuch unternommen hat, theoretische und praktische Voraussetzungen für eine neue sozialistische Linke in der BRD zu schaffen.
Heydorn hat in dieser Zeit auch in allen bedeutenden politischen Kampagnen der Linken eine große Rolle gespielt. Er war in der Bewegung gegen die Atombewaffnung, im Ostermarsch und in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze nicht nur Unterzeichner von Aufrufen. Wie auch später bei den Demonstrationen der Studentenbewegung war Heydorn ein Mann, der für seine Überzeugung auch in der Öffentlichkeit eintrat. Bei vielen Demonstrationen der Frankfurter Studenten gehörte er zu den wenigen Hochschullehrern, die auch dann noch zur Solidarität im Handeln bereit waren, als Organisationen und Gruppen untereinander diese Solidarität längst aufgekündigt hatten. Sein politischer Mut war die Konsequenz politischer Erfahrungen und einer Radikalität des Denkens, die sich mit der Radikalität der Sprache nicht begnügen konnte.
Heydorn hat selbst den Konflikt mit Freunden nicht gemieden, wenn für ihn Prinzipien des Sozialismus in Frage gestellt waren. Einen Sozialismus, der aus welchen Gründen auch immer, die humanistische Ethik in sich selbst erstickt, konnte es für ihn nicht geben. So hat er in einer Zeit, als es vielen Linken schwergefallen war, für die Existenz der Juden in Israel einzutreten, offen Partei ergriffen. Heydorn zog sich auch nicht ins Zwielicht zurück, als in der CSSR ein revolutionärer Prozeß gewaltsam unterdrückt wurde. In Konflikten an der Universität gab es für ihn kein Taktieren. Heydorn war eher bereit, sich Selbtvorwürfen auszusetzen, als kompromitierende und korrumpierende Formen der inneruniversitären Auseinandersetzungen zu tolerieren.
Die großen Hoffnungen, die viele von uns in den letzten Jahren in die Stärkung der sozialistischen Bewegung gesetzt hatten, sind einer Ernüchterung gewichen, von der es nicht mehr weit zur Resignation ist. Heinz-Joachim Heydorn, dem es fremd war, seine politischen Emotionen hinter Analysen zu verbergen, hat unter der politischen Entwicklung der jüngsten Zeit gelitten. Der Trauer um diesen Genossen wird Nachdenken folgen müssen.

EDGAR WEICK

tor angekündigt hatten. Wie ein Kaninchen aus dem Hut zog er die mit der SPD vereinbarten Mitbestimmungs-Tarifverträge und gab bekannt, die würden jetzt zentral verhandelt. Man darf vermuten, wie die Verleger darüber denken – besonders, nachdem die Bundesregierung ihren Gesetzwurf schon wieder zu straffender Bearbeitung zurückgezogen hat und die Androhung von Kampfmaßnahmen in der Mitbestimmungsfrage bislang bloße Rhetorik geblieben ist. Überdies veröffentlichte ein anderer Funktionär im Druck-und-Papier-Vorstand soeben die neue Stromlinie der Gewerkschaftsstrategie: „Der Kampf um die Pressefreiheit ist ergebnislos geblieben. Die IG Druck und Papier wird sich überlegen müssen, ob sie unter diesen Aspekten weiterhin um „Pressefreiheit" kämpfen soll und kann." Die Verleger wissen das zu würdigen. In der neuesten Nummer der „Zeitung", eines zum Kampf gegen die Mitbestimmung gegründeten Organs, heißt es in dem Kommentar eines Chefredakteurs: „Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß die 34 Paragraphen eines Entwurfs zum Presserechtsrahmengesetz vom Bundestag nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden."

DIETER BRUMM

Jugendpolitisches Forum

Zum Jugendpolitischen Forum vom 6.–8. 12. 1974 kamen über 2500 kritische Sozialarbeiter, Lehrer, Erzieher und engagierte Jugendliche aus allen Teilen der BRD und Westberlin, sowie aus Frankreich, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz.

Jugendarbeitslosigkeit, Familienkonflikte und der Kampf der Jugendlichen um selbstverwaltete Jugendzentren standen im Mittelpunkt der Diskussionen in 3 Arbeitsgruppen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle und Funktion der Sozialarbeit, das Verhältnis der Sozialarbeiter zu den Jugendlichen und ihre Organisationsperspektive diskutiert.

Das politische Bündnis, das dieses Forum nach der Absage des 5. Deutschen Jugendhilfetages (siehe „links" Nr. 57) vorbereitet hatte, dort gemeinsame Positionen und Forderungen vertrat, sprengte die Grenzen der in den letzten Jahren in der Jugendarbeit eingefahrenen Bündnisse.

Obwohl die Initiative für das Jugendpolitische Forum von dem Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend, den Deutschen Jungdemokraten, der Naturfreundejugend Hessen und der Sozialistischen Aktion (letztere repräsentiert durch lokale „Arbeitskreise Kritischer Sozialarbeiter", der Redaktion Erziehung und Klassenkampf, sowie der Redaktion des Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro) getragen und von den Frankfurter Jungsozialisten regional und einer Reihe weiterer Organisationen (u. a. Stadtjugendring Darmstadt, Landesjugendringe Bremen und Hessen, SJD Die Falken/Bezirksvorstand Hannover, ASten verschiedener Fachhochschulen für Sozialarbeit) unterstützt wurde, kamen vor dem Forum immer wieder Gerüchte auf, die dieses in bestimmte Schablonen pressen wollten.

So hielt die SPD Frankfurt das Forum zeitweilig für ein Tarnunternehmen von „K-Gruppen". Dies wurde später revidiert. Die Studentenorganisation der „KPD" – KSV – dagegen fand in der Zeitschrift „Dem Volke Dienen", es handle sich um einen „Zusammenschluß auf der Grundlage antikommunistischer Unvereinbarkeitsbeschlüsse". Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) wiederum meinte gar, die Initiative befände sich in der Hand „ultralinker Sektierergruppen".

Nichts von alledem – die Initiative blieb politisch autonom und erreichte einen Erfahrungsaustausch unter Sozialarbeitern, -pädagogen, Lehrern, Studenten und Jugendlichen. Dies wurde vor allem durch die Anwesenheit von Teilnehmern aus einer Vielzahl von Gruppen und Organisationen (u. a. Evangelische und katholische Jugend, Jungsozialisten, SJD Die Falken, Naturfreunde, Kommunistischer Jugendverband, Sozialistische Arbeiterjugend, Mitglieder der Gewerkschaften ÖTV und GEW und Vertreter von Jugendzentren aus über 60 Städten) eindrucksvoll dokumentiert. Sie alle kamen, obwohl die Vorstände der meisten Jugendverbände (u. a. Gewerkschaftsjugend, SJD Die Falken, SDAJ, Jusos) sich vom Jugendpolitischen Forum distanzierten und eine Teilnahme abgelehnt hatten. Die alle Erwartungen übertreffende Teilnehmerzahl brachte zwar erhebliche organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten mit sich, die jedoch in solidarischer Zusammenarbeit bewältigt wurden.

Trotz unterschiedlicher politischer Positionen wurde insgesamt – insbesondere in den Arbeitsgruppen – sachlich engagiert und konstruktiv diskutiert. In den Eröffnungsplena stand das Scheitern der reformistischen Jugendpolitik der Bundesregierung im Vordergrund: Das Scheitern der offiziellen Jugendpolitik sei denn auch die entscheidende Ursache dafür, daß die öffentliche Diskussion über die Reform des Jugendhilferechts abgebrochen und weitere Diskussionen (z. B. „Perspektiven zum Bundesjugendplan") hinter verschlossenen Türen fortgeführt werden.

Zugleich sollen damit die Jugendlichen und die Sozialarbeiter an der Basis, deren Loyalität sich der Staat nicht mehr sicher sein kann, entscheidender Artikulationsmöglichkeiten beraubt werden.

Ferner wurde betont, daß die Arbeiterjugendlichen Mißtrauen gegenüber Sozialarbeitern haben, die ihnen in der Regel als disziplinierende Vertreter des Jugendamtes gegenübertreten.

Die daraus auch auf dem Forum sich ergebenden Verständigungsschwierigkeiten konnten ansatzweise dadurch überwunden werden, daß sich die teilnehmenden Pädagogen bereit zeigten, aus dem Kampf der Arbeiterjugendlichen und ihren Organisationsansätzen zu lernen und ihn zu unterstützen. Die Jugendlichen lehnen jegliche Einmischung von Pädagogen in ihre Angelegenheiten ab, wenn diese nicht von ihnen ausdrücklich gefordert wird. Sie haben die Versuche verschiedener K-Gruppen zurückgewiesen, aus dem Problem des widersprüchlichen Verhältnisses Jugendliche–Sozialarbeiter auf dem Forum im Sinne einer Polarisierung ‚Kapital zu schlagen'.

Die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen wurden in drei Teilplenen zu den Arbeitsschwerpunkten zusammengefaßt und mündeten in Resolutionen, die auf dem Abschlußplenum verabschiedet wurden. Angesichts der Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit, von der vor allem Jugendliche und unausgebildete Arbeiter betroffen sind, wurde dazu aufgefordert, lokale und überregionale Aktionen der Gewerkschaftsjugend gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung zu unterstützen. Weiterhin sprachen sich die Teilnehmer des Jugendpolitischen Forums dafür aus, örtliche Kampagnen zu initiieren und zu unterstützen, bei denen deutlich gemacht werden soll, „daß die aktuelle Situation einen Bankrott der nach kapitalistischen Maximen betriebenen Berufsausbildung in Unternehmerhand darstellt und eine Ausbildung im Interesse und unter Kontrolle der Arbeiter und ihrer Organisationen durchgesetzt werden muß".

Mit Entschiedenheit wehrten sich die Teilnehmer des Jugendpolitischen Forums gegen den Entwurf der Bundesregierung für ein neues Jugendhilfegesetz. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution wird diese ‚Reform-Karikatur' abgelehnt: „Wenn dieser Entwurf auch nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll, besitzt er als Ausdruck staatlicher Jugendpolitik und im Hinblick auf seine Anwendung auf Länderebene doch politische Bedeutung." Dieser Gesetzentwurf „sieht Maßnahmen vor, die allesamt auf die bürokratische Bevormundung der Jugendlichen hinauslaufen". Selbständigen Initiativen von Jugendlichen soll die Förderung verweigert werden. Ein solches Gesetz behindert die Entfaltung der Selbständigkeit der Jugendlichen und zielt darauf ab, die Sozialarbeiter, Lehrer und Erzieher stärker als bisher an vorgegebene Erziehungsmuster zu binden und zur Reglementierung von Jugendlichen einzusetzen. Insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten werden aufgefordert, „gegen dieses Gesetz, das direkt die Interessen ihrer Kinder verletzt, aufzutreten".

Jugendarbeitslosigkeit und das geltende Jugendhilferecht, aber auch die Freizeit- und Familiensituation sowie die Zusammenhänge der verschiedenen Lebens- und Existenzbereiche wurden in vielen der Arbeitsgruppen sehr genau diskutiert. Auch in Bezug auf die zu entwickelnden Aktionsformen wurden zum Teil sehr klare und verständliche Alternativen zu dem derzeitig scheinbar vorherrschenden Anpassungskurs entwickelt.

Andererseits wurde dem Bericht eines Lüneburgers, der aus der Sicht des KSV/KJV die Empörung einer älteren Dame gleich zu „Volkskämpfen" hochstilisieren wollte, wenig Glauben geschenkt. „... und als dann die Bullen die Faschisten schützten und die Kämpfe unter Anleitung des KSV/KJV zunahmen ..." Zwischenruf: „Wie sahen denn die Kämpfe aus? Ich bin seit Jahren in Lüneburg in der Gewerkschaft und hab davon nichts gemerkt!" – „... ja, da hat eine ältere Frau, als sie sah, wie die Bullen die Menschen aus der Bevölkerung verhaftet haben, gesagt, ‚das ist ja wie früher'. Und dann haben sich die Menschen in den Komitees unter Anleitung des KSV/KJV organisiert."

Die Versuche der Mitglieder des KSV/KJV, die Teilnehmer des Jugendpolitischen Forums auf plakative „für – gegen" Forderungen festzulegen, und anfängliche Spaltungsmanöver wurden dennoch von der überwiegenden Mehrheit, insbesondere von den anwesenden Jugendlichen, in deren Namen diese Gruppen zu sprechen vorgaben, abgelehnt.

Auch auf der Abschlußveranstaltung war den Resolutionen des KSV/KJV kein Erfolg beschieden. Sie sollten per Abstimmung – bei dann ständig abnehmender Teilnehmerzahl – das nachholen, was vorher nicht argumentativ durchsetzbar war. Da es sicher nicht die Mitglieder dieser Organisationen waren, die nun zunehmend gingen, und die Resolutionsvorschläge, die sämtlich von einer ellenlangen „tour de misère" bruchlos zum Sozialismus als tagespolitische Forderung übergingen, trotzdem nur verschwindend kleine Minderheiten fanden, zeigt, wie gering die Basis der „Volkskämpfler" auf dem Jugendpolitischen Forum war.

Im Gegensatz zu den „ultimativen" Forderungen dieser Gruppen standen eher unmittelbare Probleme einer gewerkschaftlich orientierten Praxis für eine gemeinsame Interessendurchsetzung von Sozialarbeitern und Jugendlichen im Mittelpunkt der Diskussion. Diese Praxis, die sich für freie, selbstverwaltete Jugendzentren und eine gewerkschaftliche Orientierung der Sozialarbeit einsetzen will, soll verstärkt in regionalen Arbeitskreisen durchgeführt werden.

In weiteren Resolutionen wurde entschieden die Absicht der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) kritisiert, im Frühjahr 1975 einen geschlossenen „Delegierten-

tag“ anstelle des abgesetzten 5. Deutschen Jugendhilfetages (siehe Info Sozialarbeit Nr. 6 u. 7) durchzuführen. Die Landesjugendringe und die Jugendverbände wurden aufgefordert, sich nicht an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Die Stärke der Linken und die Wirksamkeit ihres Kampfes erweist sich nicht durch abstrakte Bekenntnisse, „an der Seite der Arbeiterklasse zu kämpfen“ und auch nicht in der Durchführung solcher überregionaler Veranstaltungen, wenn auch nicht zu übersehen ist, daß dieses politisch offen und weit strukturierte Forum in der derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Situation für viele eine Ermutigung war, die begonnene Arbeit am Ort fortzusetzen.

Die Stärke der Linken und die Wirksamkeit ihres Kampfes ist abhängig von ihrer Fähigkeit, ihre Organisationskonzepte radikal zu überdenken, die innergewerkschaftliche Mitarbeit zu forcieren und die Interessen und Bedürfnisse — hier der Arbeiterjugendlichen sowie der Sozialarbeiter und Erzieher — zum Ausgangspunkt ihrer Politik zu machen.

MICHAEL SCHWELIN

Vietnamesischer Kommentar zur Lage im Süden

Den folgenden Kommentar haben wir mit leichten Kürzungen der August-Nummer des Vietnam Couriers entnommen. Die Zeitschrift wird in Hanoi gedruckt und von dort auch versandt. Wenn auch ein Impressum fehlt, so kann doch davon ausgegangen werden, daß der Vietnam Courier die Gesichtspunkte der Befreiungsfront in Südvietnam wiedergibt.

Vor zwanzig Jahren wurde das Genfer Abkommen unterzeichnet. Am 21. Juli 1954 erklärte Eisenhower im Widerspruch zu dem Statement, das sein Vertreter tags zuvor abgegeben hatte: „Die Vereinigten Staaten haben in den Entscheidungen der Konferenz nicht selbst Partei ergriffen und sind somit auch nicht an diese Entscheidungen gebunden.“

Es scheint, daß wir jetzt Zeugen eines ähnlichen Prozesses wie dem des Jahres 1954 werden. Diesmal hatten die Vereinigten Staaten das Pariser Abkommen und die Vereinbarungen der internationalen Vietnam-Konferenz von 1973 zu unterzeichnen. Sie haben sich damit verpflichtet, „die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie 1954 im Genfer Vietnam-Abkommen anerkannt wurden“ (Art. 1 des Pariser Abkommens) und „das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung“ (Art. 9) zu respektieren. Trotzdem gibt Kissinger vor, — indem er die Verträge nach seiner persönlichen Interpretation auslegt — darin eine neue politische und rechtliche Basis zu sehen, auf deren Grundlage er seine Versprechungen gegenüber der Nguyen Van Thieu-Clique, die von der US-Administration als „die einzig legitime Regierung Südvietnams“ angesehen wird, zu erfüllen.

Ähnlich wie 1954 hat Washington die unterzeichneten Abkommen schwerwiegend verletzt. Die massive Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial, die Stationierung von Zehntausenden von Militärberatern, um die Marionetten-Armee auszubilden und in Angriffen auf das Volk und die patriotischen Kräfte zu befehligen, sind die gleiche Art von Verletzungen wie die nach der Genfer Konferenz. Doch die Geschichte wiederholt sich nicht!

1954 unterstellte das Abkommen Südvietnam unter zeitlich begrenzte französische Verwaltung. Diese Situation nutzten die Amerikaner aus, ihre Hand auf Südvietnam zu legen. Das Pariser Abkommen von 1973 jedoch anerkennt für Südvietnam zwei Verwaltungen, zwei Armeen und zwei Kontrollzonen. . .

Während der letzten achtzehn Monate hat Nguyen Van Thieu mit amerikanischer Rückendeckung wiederholt seine Truppen eingesetzt. Wie Diem will auch Thieu einen „unilateralen Krieg“ führen. Dazu die Anweisung des PLAF-Oberkommandos (People's Liberation Armed Forces) vom 15. Okt. 73: diese Angriffe werden mit den angemessenen Mitteln und Kräften regelmäßig zurückgeschlagen werden, um den Feind zur Einhaltung des Abkommens zu zwingen.

Saigons „flag-planting“ Plan (d. h. Saigons Versuch, durch militärische Aktionen seinen Kontrollbereich auszudehnen. Anmerk. des Übers.), über den es zeitweise gelungen war, in befreite Gebiete einzudringen, hat endgültig versagt. Nahezu alle beschlagnahmten Gebiete sind wieder von der PLAF zurückerobert.

Thieus Armee ist größer und besser ausgerüstet als die Diems. Aber der Wert einer Armee kann weder an ihrer Zahl noch an ihrer Ausstattung gemessen werden. 175 000 Soldaten der Truppen Saigons sind in den ersten Monaten des Jahres 1974 außer Gefecht gesetzt oder aufgerieben worden. Die Operation gegen Ben Kat, das größte Unternehmen seit dem 27. Jan .73, bei der drei reguläre Armee-Divisionen und mit Amerikanern bemannte F-5E-Bomber eingesetzt wurden, brachte ihnen schwere Verluste: Vom 16. Mai bis zum 15. Juli wurden 8000 Soldaten ausgeschaltet, 182 Tanks und Panzerwagen zerstört und 34 Kampfflieger abgeschossen. Weit bedeutender ist die Zahl der Deserteure: 60 000 Soldaten im ersten Halbjahr 1974. Ein Offizier der 5. Infanterie-Division klagt hierüber: „Für uns ist es am allerschwierigsten, die Soldaten psychologisch auf die Fortführung der Kämpfe auszurichten“ (Newsweek, v. 13. 5. 74).

Die gegenwärtige Situation unterscheidet sich von der im Jahre

Bild: dpa

1954 auch dadurch, daß das Abkommen von 1973 eine dritte politische Kraft anerkennt, die bei der Lösung der politischen Probleme noch eine bedeutende Rolle spielen wird. Trotz Thieus Versuchen, sie zu ersticken, war diese dritte Kraft in der Lage, sich bemerkbar zu machen und in den Zonen Einfluß zu gewinnen, die unter Saigons Kontrolle stehen. Je härter Thieus Repressionen auf die städtische Bevölkerung wirkten, um so stärker reagierte sie. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne gegen Korruption, die von 301 katholischen Priestern angeführt wurde und in der gesamten Bevölkerung Unterstützung fand.

Im Vergleich zu 1954 haben die revolutionären Bewegungen in Laos und Kambodscha große Fortschritte gemacht. Mit der Errichtung des National Political Council of Coalition und der Provisorischen Regierung der Nationalen Union, sind die patriotischen Kräfte in Laos eine der beiden Machtfaktoren im Land geworden. Die jüngste Entscheidung der Provisorischen Regierung, die „Nationalversammlung“ in Vientiane aufzulösen, bezeichnet einen neuen Rückschlag für die pro-amerikanischen Ultra-Rechten. In Kambodscha machen die befreiten Gebiete mittlerweile 90 % des Territoriums aus.

Thailand, von dem die USA glauben, es könnte als starke Basis zur Stationierung von US-Streitkräften hinter der Mekong-Linie dienen, ist seit 1973 ebenfalls durch Volksbewegungen stark erschüttert worden. Die Demonstrationen in Bangkok am amerikanischen Unabhängigkeitstag 1974 zeigen den anti-amerikanischen Charakter dieser Bewegung.

Ein wesentlicher Faktor, der bei einem Vergleich zwischen der gegenwärtigen Situation und der von 1954 berücksichtigt werden muß, ist die Existenz eines sozialistischen Nordvietnams. Stärker als je zuvor ist die Demokratische Republik Nordvietnam siegreich aus dem amerikanischen Luftkrieg hervorgegangen. Sie hat ihren Plan für den ökonomischen Wiederaufbau und für Entwicklung in den ersten 6 Monaten 1974 erfüllt. Sie bleibt nach wie vor die „große Basis“ für den Kampf im Süden. . . .

Ohne das imperialistische Potential der USA zu unterschätzen und die Schwierigkeiten, die sie uns bereiten können, die größten Gefahren für unseren Freiheitskampf sind Ereignisse in der Vergangenheit gewesen: die schwere Zeit von 1954—1959, als unsere Genossen im Süden ohne Waffen Diem und seiner Zwangsmaschinerie gegenüber standen; die Periode von 1965—1968, als eine halbe Million GI's von Johnson auf den Kriegsschauplatz von Südvietnam traten und die amerikanischen See- und Luftstreitkräfte den Norden zu zerschlagen versuchten; und schließlich die Jahre von 1970—1974, als Nixons Vietnamisierungspolitik ihren Höhepunkt erreichte, mit ihren gnadenlosen Pazifizierungsoperationen und ihren Kampagnen gegen Kambodscha und Laos.

Der Kampf ist noch immer hart, aber die Bedingungen sind viel besser als vor 20 Jahren.

VIETNAM COURIER
August 1974

Aktion für Vietnam

Die „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ führt eine Unterschriftensammlung in der Bundesrepublik durch.

Darin werden drei Forderungen an die Bundesregierung erhoben:

- Diplomatische Anerkennnung der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnams.
- Bemühungen um die Freilassung der über 200 000 politischen Gefangenen des Thieu-Regimes.
- Einwirken auf die USA und Saigon, das Pariser Vietnam-Abkommen korrekt einzuhalten.

Die Unterschriftenaktion, die vorerst bis zum 27. Januar, dem Jahrestag der Unterzeichnung des Pariser Abkommens läuft, soll einige zehntausend Unterschriften bringen.

Unterschriftenlisten können angefordert werden: IIVS, 6 Frankfurt, Eichwaldstraße 32.

Zur Programmatischen Erklärung der AK München

Detlef Horster

Mitte Oktober stellte sich eine linke Gruppe mit ihrer Programmatischen Erklärung (PE) der breiteren Öffentlichkeit vor. Sie ist kein Spaltungsprodukt oder die Neugründung einer Marxistisch-Leninistischen „K-Gruppe". Im Gegensatz zu diesen Gruppen ist die AK-Fraktion, München, ernster zu nehmen. Darum soll auch dieser Artikel einige erste Kritikpunkte aufzeigen und keineswegs die weitere Auseinandersetzung und Beschäftigung mit der AK ersetzen.

Die PE geht davon aus, daß die erkannte, nicht die unmittelbar erscheinende gesellschaftliche Bewegung die Grundlage von Politik sein müsse. Da aber durch den kapitalistischen Produktionsprozeß die Produktion von der Wissenschaft getrennt sei, sei es zunächst nur dem bürgerlichen Intellektuellen tendenziell möglich, die Marxsche Einsicht der Differenz von Wesen und Erscheinung auch nachzuvollziehen. Der Proletarier habe nur den Ausschnitt des Ganzen und auch nur die unmittelbare Erscheinung vor sich. Ihm sei es zwar möglich, Widersprüche zu erkennen, aber nicht den Grundwiderspruch. Was ihm die Einsicht verwehre, sei das durch die kapitalistischen Verhältnisse erzeugte mystifizierte Bewußtsein. Um aber begriffene revolutionäre Praxis machen zu können, um den Kapitalismus nicht irgendwie, sondern bestimmt negieren zu können, müssen die Proletarier, die im objektiven Gegensatz zum Kapital stehen, das Wissen dieses Gegensatzes erwerben. Das Wissen um diesen Gegensatz, die revolutionäre Theorie überhaupt, entstehe aber getrennt vom Subjekt der Aufhebung des Kapitalverhältnisses, dem Proletariat. „Aus der abgelösten Existenz des wissenschaftlichen Sozialismus folgt die Notwendigkeit, seine Vermittlung an das Proletariat zu leisten. Wer als kommunistischer Intellektueller, und das heißt immer, mit dem Wissen über den Kapitalismus ausgestattet, die Vermittlung seiner Einsichten an das Proletariat vollziehen will, ist nicht herablassender ‚Pädagoge', er zieht nur die Konsequenzen aus seinen Einsichten. Daß dies kein Gängeln des Proletariats bedeutet, geht daraus hervor, daß die Arbeiter in solchem Versuch als Subjekte unterstellt sind, die der Einsicht in ihre objektive Lage – und das nennt Engels ‚Klassenbewußtsein' – fähig sind, und daß sie es sind, die sich Wissen aneignen."

Der „Hauptinhalt kommunistischer Politik" sei im Augenblick allerdings noch, die allgemeinen Formen des Bewußtseins zu analysieren, um Ansatzpunkte für die Vermittlung der Einsichten beim Proletariat zu finden. Erst dann sei es möglich, eine kommunistische Partei aufzubauen: „Das, was die Mitglieder zusammenschließt, ist das gemeinsame Wissen über den Kapitalismus und der daraus resultierende Wille, die in jenem selbst angelegte Aufhebbarkeit zu verwirklichen. Gründet sich so die Identität der Organisation auf ein gemeinsames Wissen, so folgt, daß jedes Mitglied über die Kenntnisse verfügen muß, die die Grundlage des Handelns der Organisation darstellen. ... Mitglied der kommunistischen Organisation zu sein, ist Ergebnis einer Einsicht, die in einem mühsamen Prozeß der Bewußtwerdung gewonnen wurde. Keine kommunistische Organisation kann als Massenorganisation sein. Sie ist eine Kaderorganisation oder keine kommunistische Organisation!"

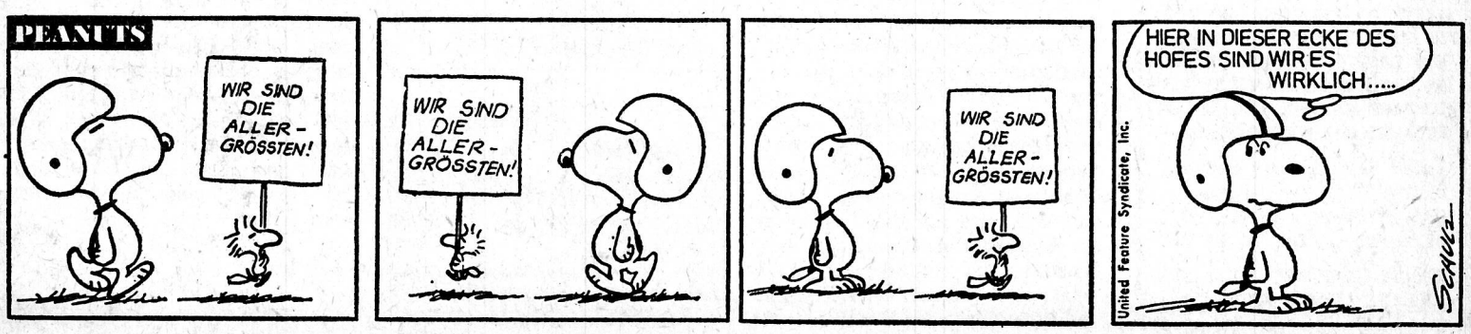
Folgerung aus all dem: Im Augenblick müsse die Agitation an den Hochschulen intensiv betrieben werden, um mehr und mehr bürgerliche Intellektuelle für den wissenschaftlichen Sozialismus zu gewinnen. Die Agitation setzt an den Wissenschaftsinhalten und an den Formen der Ausbildung an. Die kommunistischen Intellektuellen müssen zunächst die Untersuchung der Oberfläche das Kapitals fortsetzen und die allgemeinen Bewußtseinsformen ermitteln.

Gegen die in der PE vertretenen Auffassungen, daß es eine Differenz zwischen Wesen und Erscheinung gibt, daß die Erscheinungen nur begriffen werden können, wenn man auch das allgemeine Wesen kennt, daß die Negation des Kapitalverhältnisses eine bestimmte sein müsse und dieses Ziel nur erreicht werden könne, wenn auch die Praxis, die man betreibt, eine begriffene ist, gegen all dies hat kein Marxist etwas einzuwenden. Im Gegenteil: Bei dem, was sich bei uns im Augenblick alles als kommunistische Politik ausgibt, was alles so im Sinne einer marxistischen Praxis gebastelt wird, war es mal an der Zeit, auf die Borniertheit der unmittelbaren Sinnlichkeit hinzuweisen. Die Schlußfolgerungen, die nach Meinung der AK notwendig aus diesen Erkenntnissen folgen sollen, sind allerdings falsch. Der wesentliche Problempunkt ist auf den ersten Blick wohl der, daß aus der notwendigen Trennung von Wissenschaft und Produktion auch folge, daß der Intellektuelle die Vermittlung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus an das Proletariat zu leisten habe; daß die revolutionäre Theorie getrennt vom Proletariat entstehe. Darum müsse man nach Auffassung der AK hingehen und dem Arbeiter „seine eigene Bestimmung (seine Stellung im Kapitalismus) wissenschaftlich erklären". Sie sagen weiter: „Wenn die wirkliche gesellschaftliche Bewegung die Grundlage von Politik ist, dann als erkannte, nicht in der Weise, wie sie der unmittelbaren Erfahrung erscheint." Ja, was heißt denn das? Erst einmal muß hier gefragt werden, wie denn Sein und Bewußtsein bei den Münchnern zusammenhängt. Wenn sie schon von Marx gelernt haben, daß das mystifizierte Bewußtsein konstitutives Moment der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist, und ebenso die Produktionsverhältnisse das Bewußtsein erzeugen, sollten sie sich auch gleichzeitig fragen, ob denn überhaupt ein Bewußtsein, auch das richtige, unabhängig vom Sein entstehen könne. Ob denn nicht erst die erfahrenen und verstärkt sich zeigenden Widersprüche des Kapitalismus die Bewußtwerdung beeinflussen. Die Münchner trennen das eine von dem anderen. Das Klassenbewußtsein ist nicht das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Beides entsteht getrennt voneinander: Die revolutionäre Theorie entstehe getrennt vom Proletariat, heißt es auf Seite 9 in der PE. Das sozialistische Bewußtsein – und damit unterscheidet sich die AK keinen Deut mehr von Lenin und Kautsky – müsse mit dem Klassenkampf vermittelt werden, von außen hineingetragen werden. Noch schlimmer: Sieht man sich noch einmal das obige Zitat an, so wird man feststellen, daß sie in der Tat Erfahrung mit sinnlicher Wahrnehmung verwechseln. Obwohl die Münchner gerade das große Hegel-Studium hinter sich haben, fällt ihnen nicht auf, daß sie mit ihrem Erfahrungsbegriff noch hinter Hegel zurückfallen, bei dem Erfahrung Bewußtwerdung und gleichzeitige Veränderung ist.

Die Münchner machen sich glatt vor, daß das richtige Bewußtsein des Proletariats das Produkt des richtigen Bewußtseins von Intellektuellen sei. Aber ein Bewußtsein aus einem anderen ableiten, nennt man immer noch idealistisch, wie man das auch drehen und wenden mag.

Wenn die AK behauptet, daß der wissenschaftliche Sozialismus oder die Einsicht in die objektive Lage des Proletariats außerhalb des Proletariats, außerhalb der realen Bewegung entstehe, so ist das an keiner Stelle „abgeleitet". Und gerade das ist ihr Anspruch: Im Editorial postulieren sie „alle theoretischen und praktischen Schritte der Organisation abzuleiten."

Solcher Theorie-Dogmatismus hatte in der Geschichte immer zur Folge, daß die Theorie sich von der Erfahrung ablöste und ver-



politische briefe

Preis: o,7o D.. Doppelnr. 1,--D.. bo: lo Ausdern 7,5o D..

Korrespondenz für den Aufbau einer marxistischen Linken in der SPD

Aus dem Inhalt Nr.8/9 -Nov.74

1. Arbeiterjugendtag der SJD-Die Falken
2. Kanzler Schmidt auf dem SPD-Parteitag
3. [illegible]-Urabstimmung in Berlin:Niederlage eingeplant
4. Italien:Zwischen Fanfanie und "Historischem Kompromiß"
5. Reformismus oder konsequenter Sozialismus: zur Strategiediskussion der Jusos
6. Stellungnahme zum "Geheimdossier" des
7. "Kaderstrategien zur Unterwanderung der Jungsozialisten"-Geheimdossier des LV Bad.-Württ. der Jusos

Redaktionsanschrift: M.Friedrich
1 Berlin 21 Putlitzstr. 14
Postscheck Bln/ 378 353-104

INDONESIEN

KORRESPONDENZ

Mit der INDONESIENKORRESPONDENZ will der Arbeitskreis Indonesien Köln versuchen das Indonesienbild einer bürgerlichen Presse zu durchbrechen, in dem von "paradiesischer Schönheit, Ruhe und Harmonie" oder "Stabilität" und "günstigem Investitionsklima" die Rede ist.

Wir bringen vierteljährlich:
- Nachrichten über Widerstand und Opposition in Indonesien
- Berichte über die wirtschaftliche und kulturelle Überfremdung Indonesiens
- Berichte zu Minderheitenprobleme
- Berichte und Anregungen über Indonesienaktivitäten im Ausland
- Analysen zur politischen Situation
- Materialien zur Klassenanalyse

Preise: Einzelnummer (zuzügl.Porto):2,-DM
Jahresabonnement: Institutionen : 18,40 DM
Einzelpersonen: 10,40 DM
Sammelbestellung pro Ex.(ab 10 Ex., zuzügl.Porto) : 1,50 DM

Vertrieb: AK Indonesien
5 Köln1,Weissenburgstr.55 c/o Göbels
PschKto 256664-506,Köln Auf Namen Hans Wilhelm

Schwarze

Protokolle

NR.124: FEMINISMUS*DRITTE WELT* GRAFIKEN*KSV-VERBOT
NR.8:STRUKTURLOSE GRUPPEN NEW LEFT IN USA*AKTUELLES
NR.9:KRITIK DES MILITANTENTUMS*SELBSTDARSTELLUNG DER REDAKTION * LESERBRIEFE *

Jedes Heft hat 72 Seiten, kostet 3.50 (+1.-Porto). Red.:P.Ober,1 Berlin 30, Welserstr.3 Tel.24 22 06.

NR.10: ÜBER DIE DDR * ERSCHEINT ANFANG 1975.

selbständigte, daß sich die Herrschaft des Allgemeinen über das Besondere durchsetzte. Aber auch bei ihren theoretischen Studien müßten sie gemerkt haben, daß das gerade nicht Bestandteil der Marxschen Theorie ist, daß es dort gerade kein hierarchisches Verhältnis zwischen Allgemeinem und Besonderem gibt. Zwar ist die Kenntnis der allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitals Voraussetzung für die Realanalyse und daraus folgende sozialistische Politik. Man soll sich aber doch nicht selbst was in die Tasche lügen, was gar nicht drin ist und meinen, daß man allein aus Kenntnis des Kapitals im Allgemeinen und den Formen der Oberfläche alles richtig erklären und einschätzen könne. Der Gedanke, man könne aus dem wissenschaftlichen Sozialismus als reiner Theorie alles mit Notwendigkeit ableiten, wurde in der Geschichte der Arbeiterbewegung auf groteske Weise widerlegt. Als man sich auf dem 14. Kongreß der RKP nicht einigen konnte, stand Tomsky auf und sagte: „Für die Arbeiterklasse, die von ihrer Partei geführt wird, kann es nur einen einzigen Maßstab geben: den Mehrheitswillen der Leninistischen Partei." Dann wurde über die Wahrheit abgestimmt. Auch Rakosi sollte nicht vergessen werden, der behauptete, die Wirklichkeit sei eben konterrevolutionär, wenn sie nicht mit seiner Theorie übereinstimmen wolle.

Fragen sollten sich die Münchner auch, ob denn die Arbeiter aufnahmebereit sind für den Versuch der Aufklärung und das Einsichtigmachen der Notwendigkeit des Sozialismus. Ich sehe nämlich die AK eines Tages – ähnlich wie die Peanuts – vor dem Proletariat stehen und mit dem Fuß aufstampfend schreien: „Du hörst nicht zu!"

In Anlehnung an Lenin, auf den die Münchner sich ja berufen, hat Negt formuliert, was ich hier zustimmend zitiere: „Die richtige theoretische Einsicht, daß eine Institution oder Organisation (wie z. B. das Parlament, Gewerkschaften, Parteien) geschichtlich überholt ist, besagt wenig darüber, daß sie auch für die praktische Erfahrung der Massen überholt ist. Solange den Massen reformistische Lösungen ihrer Probleme als Möglichkeit erscheinen, werden sie diese den mit Risiken behafteten revolutionären Lösungen vorziehen. Sie müssen selber erkennen, daß mit dem Reformismus das größere Risiko verbunden ist (z. B. Kerenskis Kriegspolitik) – erst dann entscheiden sie sich für die revolutionäre Alternative. Proletarische Partei ist nicht die, die sich so nennt, sondern die, die diese Zusammenhänge erkennt und danach handelt."

Auch müßte die AK aufgrund ihrer Oberflächenanalyse festgestellt haben, daß nicht nur das Proletariat ein mystifiziertes Bewußtsein hat, sondern auch der bürgerliche Intellektuelle, dessen Wissenschaft das Kritikobjekt der Marxchen Kritik der politischen Ökonomie war. Gerade sie haben schon oft in der Geschichte ihre Wissenschaft in aller Ruhe weiterbetrieben, während es sich im Proletariat regte. Es ist also nicht so unmittelbar einsehbar, warum gerade der Wissenschaftler, der nicht nur wie der Proletarier vom Schein getäuscht wird, sondern ihm auch noch wissenschaftliche Gestalt verleiht, eher Einsichten gewinnen soll als der Arbeiter. Aufgrund der Erfahrungen der Studentenbewegung sind die Münchner der Auffassung, daß der bürgerliche Wissenschaftler notwendigerweise in der Lage sei, die Falschheit der bürgerlichen Welt zu sehen und zur Einsicht der marxistischen Wissenschaft komme, um sie dann weiterzuentwickeln. Daß die Beschäftigung mit der marxistischen Wissenschaft in der Tat in der Zeit der Studentenbewegung von Intellektuellen ausging, ist nicht zu bestreiten. Aber war das immer so? In der Geschichte der Arbeiterbewegung war es im Gegenteil so, daß Theorie vor allem in der Partei und in Parteischulen betrieben wurde; daß Theorie immer auch mit praktischen Konsequenzen der Partei verbunden war (mit aller Einschränkung und Kritik an den Gedanken, die da entwickelt wurden und an der Praxis, die man trieb; aber das ist ein anderes Paar Schuh).

Daß diese Tatsache aber nicht wahrgenommen wird, liegt an dem gebrochenen Verhältnis, das die AK zur Geschichte der Arbeiterbewegung hat: Nach ihrer Ansicht müsse man grundsätzlich mal darüber reden, welchen Stellenwert denn das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt habe. Viele K-Gruppen gingen hin, verallgemeinerten die Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, um sie auf die heutige Zeit anzuwenden. Dies ist in der Tat der Grundfehler der K-Gruppen, der mit ständig wachsender Ausdauer schon jahrelang gemacht wird, ohne natürlich auch nur einen blassen Schimmer davon zu haben, was mit Verallgemeinerung bei Marx gemeint ist. – Aber die Kritik der Münchner an den K-Gruppen fällt auf sie selbst zurück, denn sie stützen sich lediglich auf die Erfahrungen aus der Studentenbewegung, und sie tun das, was sie den K-Gruppen vorwerfen, sie verallgemeinern allein diese Erfahrungen eines Zeitabschnitts. Eine weitere Ursache für die genannten Fehlschlüsse ist der Begriff von Wissenschaft, der der Argumentation zugrunde liegt. Im Gegensatz zu ihrem Verhältnis zum Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung ist das Verhältnis der Münchner zur Naturwissenschaft ein ungebrochenes. Diese Wissenschaft wird erst dann mangelhaft, wenn sie sich in den Dienst des Kapitalverwertungsprozesses stellen läßt. Bis zu dem Zeitpunkt ist an der unbeschränkten Richtigkeit naturwissenschaftlicher Ergebnisse nicht zu zweifeln (vgl. in der Nr. 1 der Hochschulzeitung der AK für die BRD und Westberlin vom 5. November den Artikel über die Naturwissenschaften). Wen wundert bei dieser Einschätzung der Naturwissenschaften dann noch der Glaube an die zentrale Stellung des Wissenschaftlers?

Im Rahmen einer allgemeinen Einschätzung von Hochschulpolitik und Hochschulgruppen werden wir uns hier noch eingehender mit der AK München auseinandersetzen. Allerdings wird eine umfassende Kritik ihrer Vorstellungen erst möglich, wenn über die Vermittlungstätigkeit, die die Intellektuellen nach dem Postulat der AK zu leisten hätten, konkretere Aussagen gemacht würden. Es kann allerdings auch möglich sein, daß diese Forderung nicht gehört wird, denn die Münchner stellen sich mit Marx das Motto, man solle die Leute ruhig reden lassen und seiner Wege gehen. Kann man sich diese luxuriöse Einstellung angesichts der Lage der Linken und der Gesamtsituation in der BRD noch leisten?

Arbeiterbewegung und Mittelklasse im modernen Kapitalismus

Zweiter Teil und Schluß

Norbert Kostede

Herausbildung der Generalstruktur

Der erste Teil dieses Aufsatzes schloß mit der These, daß Marx über die Analyse des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und der sich in dieser Form entfaltenden industriellen Produktivkräfte zur klassentheoretischen Konsequenz gelangte, daß das Proletariat einen in der Tendenz immer kleineren Teil der Gesamtbevölkerung ausmacht, während die unproduktive Mittelklasse einen in der Tendenz immer größeren Teil der Gesamtbevölkerung darstellt. Diese Entwicklung der Klassenstruktur kann im vorliegenden Rahmen allein grob skizziert werden (siehe dazu „Probleme des Klassenkampfs" Nr. 13).

Die Herausbildung der Arbeiterklasse im historischen Verlauf des Akkumulationsprozesses ist zunächst nichts als ein Reflex der immensen Anhäufung der Wert- und Gebrauchswertmassen dieses Prozesses. Wie die voranschreitende Akkumulation dem Wachstum der Arbeiterklasse einen permanenten Stachel versetzt, so setzt sie dem Wachstum dieser Klasse doch zugleich eine Schranke, insofern die sich im Prozeß der Kapitalakkumulation verwirklichende Steigerung der industriellen Produktivkräfte menschliche Arbeitskraft ersetzt und damit einem ungehemmten Wachstum der Arbeiterklasse entgegentritt. Auch wenn die beschleunigte Akkumulation von Kapital die tendenzielle Vermehrung des Proletariats bewirkt und gewährleistet, so liegt es in der Natur des Kapitals begründet, daß das Proletariat in weitaus geringerem Maß zunimmt als das Gesamtkapital. — Ebenso gilt für die Herausbildung der Bourgeoisklasse, daß ihr im historischen Gang erfolgendes Wachstum nicht unmittelbar Reflex des anwachsenden kapitalistischen Reichtums sein kann, daß diese Klasse — verursacht und vermittelt durch spezifische ökonomische Prozesse, etwa Konzentrations- und Zentralisationsprozesse und durch die Zerstörung kleiner Kapitale in der Krise — in geringerem Umfang als der von ihr personifizierte Reichtum wächst.

Setzen nun aber die inneren Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation einem ungehemmten und ausufernden Wachstum dieser beiden antagonistischen Hauptklassen ständig erneute Schranken, so bietet die Akkumulation auf diese Weise und auf der Basis eines anschwellenden kapitalistischen Surplus eine Voraussetzung für die gewaltige Ausdehnung der unproduktiven Sektoren der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, für die Ausdehnung der unproduktiven Mittelklasse. Die Herausbildung der unproduktiven Mittelklasse nun ist keinesfalls dominierenden politischen Notwendigkeiten verdankt, wie ja u. a. die Autoren von Lotta Continua behauptet hatten, sondern bringt durchaus ökonomische Notwendigkeiten zum Ausdruck:

Mit der Ausdehnung des kommerziellen Prozesses und dem sich erweiternden Einbezug des Staates in den unmittelbaren Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals wurden Massen von unproduktiven Arbeitern notwendig, die unmittelbar in den ökonomischen Prozeß involviert sind und als kommerzielle und staatliche Lohnarbeiter die Zirkulationsbedingungen des Kapitals, die öffentlich- allgemeinen Rahmenbedingungen der Produktion etc. erfüllen helfen. Selbst wenn wir denjenigen Teil der unproduktiven Mittelschichten betrachten, der die politisch-repressiven und ideologischen Herrschaftsinstanzen der bürgerlichen Gesellschaft personifiziert und dessen gesellschaftliche Existenz scheinbar einzig politischen Notwendigkeiten verschuldet ist, so liegt das Wachstum dieser Schichten nicht ausschließlich in den politischen und ideologischen Formen des Klassenkampfes begründet, sondern die dominant politische Notwendigkeit dieser Gesellschaftsschichten verbirgt zugleich eine geheime ökonomische Notwendigkeit. Dies insofern, als insbesondere diese Schichten die in der Widersprüchlichkeit des Akkumulationsprozesses angelegte Funktion des unproduktiven Konsums erfüllen und die Überproduktionstendenzen des Kapitals ausgleichen helfen.

Generalstruktur und historische Realität

Fassen wir zusammen. Wenn bereits Marx von der relativen Abnahme des Proletariats und der relativen Ausdehnung der Mittelklasse als einer sich im historischen Prozeß durchsetzenden Tendenz sprechen konnte, so ist diese Prognose weder blanke Spekulation noch baut sie allein auf den historischen Besonderheiten der Marxschen Epoche auf, sondern sie wurde möglich über die Analyse der inneren Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Akkumulation, welche die allgemeinen Strukturen des modernen Klassengefüges immer deutlicher hervortreten lassen. Der bislang unternommene Versuch, die zentralen, dominant ökonomisch bedingten Strukturen des modernen Klassengefüges und ihre innere Dynamik zu skizzieren, ist nichts als ein erster — wenn auch richtungsweisender — Schritt auf dem Weg hin zu den komplexen Klassenverhältnissen und vielfältigen Widerspruchsformen im Prozeß des historischen Klassenkampfes. Auch wenn er bereits ein „gutes Stück Wirklichkeit" zum Ausdruck bringt, so stellt der Begriff der „Generalstruktur", wie wir ihn zu gewinnen versuchten, keineswegs den Begriff der historischen Realität herrschender Klassenverhältnisse selbst dar: wenn von der Bourgeoisie, von der unproduktiven Mittelklasse und von der produktiven Arbeiterklasse die Rede war als den charakteristischen Klassen der voranschreitenden Produktionsweise, so können diese Begriffe nicht unmittelbar die Strukturen der wirklichen historischen Klassenkämpfe erfassen.

Es war schon immer Kennzeichen einer eher vulgär-marxistischen Klassentheorie, die Entwicklung eines differenzierten Ensembles von Begriffen zur Analyse der historischen Klassenrealität auf eine fixe und starre Schablone zu verkürzen, in welche der lebendige Prozeß der wirklichen Klassenkämpfe hineingepreßt wird. Nehmen wir den Begriff der unproduktiven Mittelklasse und betrachten, in welch schematischer Weise auch in der heutigen Diskussion mit diesem Begriff verfahren wird (siehe z. B. Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Analyse der Klassenstruktur der BDR I/II, Westberlin 1973/74). Die Rentnerschichten aus der Arbeiterklasse werden mit dem Ende ihrer produktiven Einverleibung in den Verwertungsprozeß des Kapitals nun der unproduktiven Mittelklasse „zugerechnet"... Die Arbeiterkolonnen bei der Müllabfuhr, bei der Post, bei der Bahn etc. werden, da ihre Arbeit von unproduktiver Formbestimmtheit ist, zur Mittelklasse „gezählt"... Hier werden in der Tat die aus der Analyse der ökonomischen Formbestimmungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses abgeleiteten Klassenbegriffe unmittelbar den realen Klassenverhältnissen aufgepreßt, wodurch der Begriff der Mittelklasse seinen eigentlichen Sinn verliert, worauf noch zu kommen sein wird. Man könnte dieses schematische Verfahren zur Absurdität zuspitzen und zeigen, daß ein und derselbe Arbeiter produktive und unproduktive Arbeit zugleich verrichten kann (insofern z. B. sein Arbeitsprodukt reproduktive als auch unreproduktive Verwendung erfahren kann), der arme Mann also bis zum Hals im Proletariat, mit dem Kopf aber bereits in der Mittelklasse steckt.

Kurzum, wenn wir von einer das herrschende Klassengefüge zunehmend charakterisierenden „Generalstruktur" sprechen, so ist diese Generalstruktur folglich nicht als simple Schablone, sondern als gesellschaftliche Tendenz der Klassenstrukturierung zu begreifen, als eine Tendenz, die sich in den differenzierten Strukturen der historischen Klassenkämpfe in allein vermittelter Weise durchsetzt. Der Begriff dieser Generalstruktur erspart uns nicht die weiteren Schritte hin auf dem Weg zur Analyse der realen Klassenverhältnisse, vielmehr stellt diese Generalstruktur die Basis dar, von der aus die differenziertesten Herrschaftsformen der wirklichen Klassenverhältnisse zu entschleiern sind, etwa die soziale Besonderung der intellektuellen Arbeitsfunktionen, der Widerspruch von Kopfarbeit und Handarbeit, oder die hierarchischen Befehls- und Leitungsstrukturen kapitalistischer Betriebe und bürokratischer Apparate etc. Und erst auf diesem Weg wird die materialistische Klassenanalyse an begrifflichem Reichtum gewinnen, der uns die realen Strukturen und den wirklichen Verlauf der Klassenkämpfe erkennen läßt und uns in die Lage versetzt, bewußt in diesen Kampf einzugreifen. Wenngleich in den allgemeinen Strukturen des modernen Klassengefüges angelegt, sind Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung einzig durch den Einbezug der realen und historisch-besonderen Klassenverhältnisse zu entwickeln.

Wenn folglich im ersten Teil dieses Aufsatzes davon die Rede war, daß mit dem sich im Voranschreiten der bürgerlichen Gesellschaft verwirklichenden Wachstum der unproduktiven Mittelschichten „das" Bündnis der Arbeiterbewegung mit „der" Mittelklasse von immer entscheidenderer Bedeutung für die radikale Umwälzung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse werde, so zielte diese lax formulierte These allein auf eine „erste Verständigung" ab. In einem weiteren Schritt, in einer Skizze der inneren Strukturen der Mittelklasse, soll sie nun präzisiert werden.

Innere Struktur der Mittelklasse

Gegen den Marxschen Begriff der Mittelklasse wird nicht selten vorgetragen, daß der offensichtlich heterogene Charakter der hier gemeinten Gesellschaftsschichten den

Begriff der „Klasse“ verbiete. Ein von diesen Gesellschaftsschichten eigenständig und einheitlich in die historische Perspektive der Klassenkämpfe eingebrachtes Klasseninteresse gäbe es nicht. Nun, auch wenn insbesondere die Mittelschichten durch einen recht heterogenen Charakter geprägt sind, so müssen wir doch zunächst festhalten, daß keine soziale Klasse und keine soziale Schicht auf einer derart homogenen gesellschaftlichen Lage und Perspektive gründet, welche die Bildung unmittelbar gleichförmiger Interessen ermöglicht: wie etwa das industrielle Proletariat zu allen Zeiten qualifizierte und unqualifizierte, leitende und ausführende Arbeiterschichten mit jeweils spezifischen Kampfartikulationen in sich vereinigte, so manifestiert auch die Geschichte der Bourgeoisie oder die Geschichte der bürgerlichen Intelligenz, daß sich soziale Klassen und Schichten keineswegs per se als einheitliche und geschlossene Blöcke im wirklichen Klassenkampf gegenübertreten.

Bild: Rose

Dennoch bleibt der heterogene Charakter der in ihr vereinigten Gesellschaftsschichten Spezifikum der Mittelklasse: Umfaßt sie zum einen die mit dem Voranschreiten der Kapitalakkumulation an Umfang und gesellschaftlicher Bedeutung verlierenden traditionellen Schichten des Kleinbürgertums, die selbständigen Handwerker, Händler, Ärzte etc. – wobei hier außer acht gelassen wird, daß diese Schichten nicht insgesamt unter den strengen Begriff der unproduktiven (!) Mittelklasse fallen –, so umfaßt die Mittelklasse zum anderen die Lohnarbeiter der privaten Dienstleistungssektoren, die kaufmännischen Funktionäre des Kapitals sowie die Lohnarbeiter in den staatlichen Apparaten. Wir können uns in diesem Rahmen auf die immer gewichtigeren Schichten der kommerziellen und staatlichen Lohnarbeiter konzentrieren, die Lohnarbeiter in den Handels- und Bankkapitalien, in den kommerziellen Abteilungen des industriellen Kapitals, die Lohnarbeiter im öffentlichen Sozial- und Gesundheitswesen, im bürgerlichen Bildungsbetrieb, in den unzähligen bürokratischen Verwaltungsapparaten etc. Denn in der Entwicklung insbesondere dieser unproduktiven Mittelschichten wird sich – entgegen den Hoffnungen so mancher bürgerlicher Mittelschichten-Theorie – bewahrheiten, daß die moderne Mittelklasse immer weniger als Stütze der überkommenen bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse taugt.

Die spezifische Form, in der diese unproduktiven Mittelschichten in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einverleibt sind, konstituiert eine gemeinsame ökonomische Basis. Wie zum einen der für ihre Arbeitskraft auszulegende Lohn sich im wesentlichen aus dem kapitalistischen Surplus speist, also zu den „toten Kosten“ des Gesamtkapitals zählt, so stellt sich zum anderen die aus diesen Schichten herausgepreßte Mehrarbeit nicht als unmittelbare Quelle des kapitalistischen Reichtums dar, sondern hilft allein die toten Kosten in der Reproduktion des Gesamtkapitals zu senken. Zwar folgt aus dieser ersten ökonomischen Gemeinsamkeit keine unmittelbar gemeinsame objektive gesellschaftliche Lage und Entwicklungsperspektive – insbesondere bleibt hier zu beachten, daß die kommerziellen Lohnarbeiter direkt dem (kommerziellen oder industriellen) Kapital unterworfen sind, während die staatlichen Lohnarbeiter der herrschenden Klasse nur vermittelt über deren politische Funktionäre in den Spitzen der staatlichen Instanzen und Apparate gegenüberstehen –, doch bauen auf dieser Gemeinsamkeit der unproduktiven Arbeit spezifische soziale Klassenbeziehungen und Klassenverhältnisse auf, welche die unproduktiven Mittelschichten vom industriellen Proletariat abheben und spezifische Differenzen und Widersprüche zwischen ihnen zur Ausprägung bringen. Wir können freilich in diesem Rahmen nicht die vielfältigen Differenzen etwa bezogen auf die notwendig unterschiedlichen politischen und ideologischen Artikulationsformen oder bezogen auf die unterschiedlichen klassenspezifischen Sozialisationsprozesse im einzelnen verfolgen. Zum hier verfolgten Zweck genügt es, einige zentrale Differenzen zu umreißen:

Die immer gewichtigere Masse der unproduktiven Lohnarbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bedeutet, daß immer weitere Bereiche dieser Mittelschichten den Verwertungszwängen des Kapitals ausgesetzt werden. Nicht allein die industriellen, auch die kommerziellen und staatlichen Lohnarbeiter haben gegen die Senkung ihrer Reallöhne, gegen drohende Freisetzung und Arbeitslosigkeit zu kämpfen etc. Doch gilt für die Masse der unproduktiven Lohnarbeiter, daß sie dem zyklischen Gang des Akkumulationsprozesses in geringerem Maß ausgesetzt sind als das industrielle Proletariat, das im unmittelbaren Zentrum des Verwertungsprozesses steht. Insbesondere die Lohnarbeiter beim Staat werden durch ihren meist unkündbaren Status (etwa als Beamter) von den gravierendsten Folgen der Krise des Kapitals entspringenden sozialen Elends abgeschirmt.

Gleiches gilt für die Tendenz der Dequalifikation, der auch die unproduktive Arbeit ausgesetzt ist. Zwar verursachen die zur Senkung der toten Kosten der Kapitalreproduktion erforderlichen technologischen und arbeitsmethodischen Umwälzungen der kommerziellen und Dienstleistungsprozesse ständige Tendenzen zur Dequalifikation der unproduktiven Arbeiten, doch trotz dieser sich in der historischen Entwicklung dieser Arbeitsprozesse durchsetzenden Tendenzen verkörpert die staatliche und kommerzielle Lohnarbeit eine durchschnittlich weit höhere Qualifikation im Vergleich zu der des industriellen Proletariats. Auch wenn die produktiv arbeitende technische Intelligenz – die in ihren Spitzen eher die sozialen Merkmale der Mittelklasse trägt – zunehmend an Umfang gewinnt, so stellt doch die überwiegende Masse der Intelligenz einen Teil der unproduktiven Mittelklasse dar! Hier dürfen wir nicht allein an die eigentlichen Kopfarbeiter und „geistigen Produzenten“ denken, an die Lehrer, Ärzte, höheren Beamten, Wissenschaftler, Prokuristen, Organisations- und Verkaufsleiter etc., sondern müssen ebenso die niederen intellektuellen Arbeiten in den bürokratischen Verwaltungsapparaten und kaufmännischen Kontoren berücksichtigen.

Führen wir schließlich die Gegensätze und Widersprüche an, die sich zwischen dem industriellen Proletariat und denjenigen Bereichen der unproduktiven Mittel-

Nov.: Roland Barthes: „Diderot, Brecht, Eisenstein“ und „Der dritte Sinn“
Dez.: Eisenstein: „Program of Teaching“ Fassbinders „Effi Briest“
Jan.: Delmer Daves über Hollywood

Filmkritik

An den Verlag Filmkritik BRD-8 München 2, Kreittmayrstraße 3
Ich bestelle Heft ☐ zum Preis von DM 4,50/öS 32/sfr 5,20 ☐ kostenloses älteres Probeheft ☐ 1 Jahresabo für DM 45,60/öS 320/sfr 52,— (Studenten DM 40,20/öS 285/sfr 46,20 bei Nachweis) und Porto
NAME ANSCHRIFT

schichten einstellen, aus welchen sich die destruktiven und repressiven Instanzen des bürgerlichen Staats personell rekrutieren: Justiz, Militär, Polizei etc. Wie parzelliert und arbeitsteilig auch immer diese unproduktiven Lohnarbeiter in die bürokratische bis militärische Maschinerie zur Reglementierung der gesellschaftlichen Antagonismen und Unterdrückung der sozialen Revolten eingespannt sein können, wie sehr sie auch selbst die ökonomischen und politischen Zwänge dieser Gesellschaft „am eigenen Leib" erfahren können, so bleibt die Lebensperspektive, die soziale Lage und das gesellschaftliche Bewußtsein dieser Schichten doch stets an die repressiven Funktionen des bürgerlichen Staates gebunden.

Diese große Skizze von Differenzen und Widersprüchen zwischen der produktiven Arbeiterklasse und den unproduktiven Mittelschichten genügt für den hier verfolgten Zweck, nämlich transparent zu machen, in welchem Zwiespalt die kommerzielle und staatliche Lohnarbeit befangen ist. Zum einen bewirkt die zunehmende Unterwerfung der unproduktiven Arbeitssphäre unter die Gesetzmäßigkeiten der Lohnarbeit – zunehmende Auspressung von Mehrarbeit, Tendenz zur Dequalifikation der Arbeit, zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeitsinhalt etc. – eine in der Tendenz immer ausgeprägtere Annäherung von unproduktiven Gesellschaftsschichten an die soziale Lage und gesellschaftliche Perspektive des Proletariats. Diese die gesamte unproduktive Mittelklasse ergreifende „proletarisierende" Tendenz hat die Struktur der wirklichen historischen Klassenkämpfe bereits derart geprägt, daß breite Schichten der kommerziellen und staatlichen Lohnarbeit, daß die unteren Ränge der in sich polarisierten unproduktiven Gesellschaftsschichten zum integralen Bestandteil der Arbeiterbewegung werden konnten.

Und an dieser Stelle kann einem häufig vorgebrachten Argument entgegnet werden, das auch die Autoren von Lotta Continua in ihrer Kritik am Begriff der Mittelklasse implizieren, daß nämlich die Theorie der modernen Mittelklasse die Thesen der bürgerlichen Soziologie bestätige, in denen die Herausbildung der Mittelschichten als Beweis für die schwindende Bedeutung der gesellschaftlichen Widersprüche von Lohnarbeit und Kapital interpretiert wird. Indem die materialistische Klassenanalyse in der Lage ist, die notwendige Unterwerfung der unproduktiven Arbeitssphäre unter die Gesetzmäßigkeiten der Lohnarbeit und die notwendige Polarisierung innerhalb der Mittelklasse nicht allein zu beschreiben, sondern als historische Perspektive aufzuweisen, unterscheidet sie sich von den affirmativen Zügen jeglicher bürgerlicher Mittelschichten-Theorie.

Es wäre aber fatal, wenn man die Kehrseite jenes die staatliche und kommerzielle Lohnarbeit charakterisierenden Zwiespalts aus dem Auge verliert. Aus der Unterwerfung der unproduktiven Arbeitssphäre unter die Gesetzmäßigkeiten der Lohnarbeit folgt keinesfalls eine in der historischen Perspektive sich bruchlos und vollkommen durchsetzende Integration der Mittelschichten in den Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung. Die sich in diesen Schichten konzentrierenden Sonderinteressen, gesellschaftlichen Privilegien und Borniertheiten, insbesondere geknüpft an die soziale Besonderung der intellektuellen Arbeit und an die Existenz der staatlich-bürokratischen Strukturen der herrschenden Gesellschaft, werden jeden Versuch einer simplen „Vereinheitlichung" dieser Gesellschaftsschichten mit dem historischen Kampf der Arbeiterbewegung scheitern lassen. Und hier wären wir an dem Punkt angelangt, der uns den eigentlichen Sinn des

Rotbuch Verlag:

Rotbuch 119: Alberts/Klinger Ludwig/Peter Mit IBM in die Zukunft

Berichte und Analysen über die »Fortschritte« des Kapitalismus.

IBM, der technisch und sozialtechnisch am weitesten fortgeschrittene Konzern, gilt als Paradebeispiel für »menschlichen Kapitalismus«. Das Buch widerlegt diese Legende und weist in die Zukunft: An IBM kann man schon heute die Probleme studieren, die in den nächsten Jahren auf die abhängig Arbeitenden zukommen werden.
112 Seiten. DM 6.– (im Abo: 5.–)

Rotbuch 120: Aras Ören Der kurze Traum aus Kagithane

Ein Poem.

Kagithane, Elendsviertel in Istanbul, ist Zwischenstation für viele Turken auf ihrer Suche nach Arbeit. Aus Kagithane bringen sie ihren Traum von einem besseren Leben mit nach Deutschland. Örens neues Poem handelt von der Kurze dieses Traums, von der Wirklichkeit.
96 Seiten. DM 6.–

Rotbuch 121: Glyn/Sutcliffe Die Profitklemme

Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Englands.

Wie kommt es zum drastischen Fall der Profitrate? Wird der Kapitalismus dadurch in seiner Existenz bedroht? Was tun Kapital und Regierung dagegen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den Kampf der Arbeiter und Gewerkschaften, nicht nur in Großbritannien?
192 Seiten. DM 8.– (im Abo: 7.–)

Rotbuch 122: Karl Otto Mühl Rheinpromenade/ Rosenmontag

Zwei Stücke aus dem Westen.

Momentaufnahmen bundesdeutscher Durchschnittswirklichkeit. Rheinpromenade: ein Rentner und ein junges Mädchen, Kartoffelschälerin, machen den Versuch, menschlich zu sein – eine ungeheure Provokation für die genormte Kleinbürgerwelt. Rosenmontag spielt in einer Fabrik und stellt vor allem die emotionale Seite, z. B. Erotik und Ängste der Männer und Frauen am Arbeitsplatz dar.
112 Seiten. DM 8.–

Rotbuch 124: Bahman Nirumand (Hg.) Feuer unterm Pfauenthron

Verbotene Geschichten aus dem persischen Widerstand.

Wie sieht der Lebenslauf eines Jubelpersers aus? Wie reagieren Arbeiter nach ihrem ersten Streik, wenn ihr Delegierter von der Geheimpolizei abtransportiert wird? Wie wird ein totgesagter General lebendig und wieder tot? Texte, die solche Fragen stellen, sind in Persien populär und deshalb verboten. Ihre Autoren werden verfolgt. Dies Buch stellt zum ersten Mal progressive Literatur des Iran und des Nahen Ostens vor.
96 Seiten. DM 6.–

Rotbuch 126: Heiner Müller Geschichten aus der Produktion 2

Der zweite Band der »Geschichten aus der Produktion« handelt von der Produktion von Menschlichkeit im Klassenkampf. Der Band enthält die drei Stücke »Traktor«, »Prometheus«, »Zement« und außerdem eine »Liebesgeschichte«, das Gedicht »Bilder bedeuten alles im Anfang« und Kommentare zum »Traktor«-Fragment. – »Wer wissen will, was in der DDR besser ist als bei uns und was schlechter und warum, muß Müller lesen.« (Der Spiegel)
136 Seiten. DM 8.–

Rotbuch 128: Pellizzi, Mali+Werner Bernie der Milliardenflipper

Ein tragischer Comix aus der Hochfinanz.

In diesem Buch wird Bernhard Cornfeld gefeiert, einer der unvergeßlichen Helden der westlichen Welt. Sein Lebenswerk war der IOS-Schwindel, mit dessen Hilfe Bernie, der aus der Blüte des amerikanischen Mittelstandes stammt, dem Mittelstand aller Länder das Geld aus der Nase zog. – Ein Lehrstück über die Mechanismen des internationalen Kapitalmarkts, ein Märchen vom Aufstieg des kleinen Mannes und seinem unvermeidlichen Reinfall, eine Moritat, deren Spuren bis ins Weiße Haus reichen.
96 Comic-Seiten. DM 8.–

Roter Kalender 1975 für Lehrlinge und Schüler

Taschenkalender mit Adressen, historischen und aktuellen Daten, Ferienterminen, vielen Comics und Fotos, linkslistiger Literatur, Berichten und Artikeln über Schnaps und Schtons, Bundeswehr und Lehrlingsausbildung, Kumis und NC, Häuserkampf, LIP, Chile, Nixons Ende, Jugendzentren, Beruferaten ohne Robert Lembke und vielen Sachen mehr. Hält ein ganzes Jahr durch. Kostet 3 Mark.

Das kleine Rotbuch anfordern! Sie erhalten es **kostenlos!** 64 Seiten mit Texten zu und aus den Rotbüchern/Kursbüchern, Fotos, Comics, Informationen über den Verlag und unsere kollektive Arbeit sowie ein vollständiges Bücherverzeichnis.

Rotbuch Verlag
Berlin 31
Jenaer Straße 9

Es lesen mehr Leute PARDON, als Sie denken.

**Jeden Monat sind es immerhin 1,33 Millionen.
Dabei haben wir uns längst daran gewöhnt, daß man uns immer noch als Fachzeitschrift für Satire-Experten mißversteht.
Manchmal fragen wir uns natürlich,
welche Mißverständnisse zu dieser Fehleinschätzung führen.**

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß die hohe Politik eine viel zu ernste Sache ist, um mit Satire irgend etwas zu tun zu haben.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß jeder Spaß überflüssig ist, weil nur die Arbeit im Schweiße des Angesichts die wahre Lebenserfüllung bietet.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß viele PARDON-Leser unter 30 sind und man ihnen deshalb auf keinen Fall trauen darf.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß man seinen Cholesterin-Gehalt lieber hoch hält, indem man PARDON ganz bewußt nicht liest.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß unser Geld viel zu wertvoll ist, um sich dafür PARDON zu kaufen.

Vielleicht liegt es aber auch daran, daß viele Leute noch nicht mitbekommen haben, was unsere Leser schon lange wissen: daß PARDON im letzten Jahr eine ganz neue Form bekommen hat.

**Riskieren Sie den Abschied von liebgewonnenen Vorstellungen:
Lassen Sie sich ein Probeheft des neuen PARDON zuschicken.**

NEU pardon

Der Spaß, den jeder braucht.

178 Wollen Sie ein
kostenloses Probeheft?

☐ **Ja,** schicken Sie mir ein Probeheft. Ich will es mir mal ansehen.

☐ **Nein,** behalten Sie Ihr Blatt. Ich lasse mir von Ihnen doch nicht meine Vorurteile vermiesen.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Einschicken an
PARDON, 6 Frankfurt 1, Oederweg 157

Marxschen Begriffs der Mittelklasse verstehen läßt.

Faschismus oder Sozialismus

Die Geschichte und innere Struktur der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht gerade arm an gesellschaftlichen Antagonismen. Auch wenn der in der spezifischen Form des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses konstituierte zentrale Gesellschaftsantagonismus, auch wenn der über „Sozialismus oder Barbarei" letztlich entscheidende Kampf von Lohnarbeit und Kapital die reale Struktur und Bewegung der Klassenkämpfe dominiert, so entwickeln sich doch aus der Basis dieses die bürgerliche Gesellschaft prägenden Widerspruchs die verschiedenartigsten Herrschafts- und Knechtschaftsformen: die Herrschaft der Kopfarbeit über die Handarbeit; die sich in die politische Form des Staates verselbständigende Herrschaft des Kapitals über die gegen seine Despotie revoltierenden Klassen und Schichten: die Herrschaft der Stadt über das Land; die Unterdrückung der Frau in der patriarchalischen Gesellschaft; die gesellschaftliche Diskriminierung der in den Produktionsprozessen verschlissenen älteren Arbeitsgenerationen; die rassistischen Progrome gegen nationale Minderheiten ... eine Reihe, die kein Ende nehmen will.

Und so kann dieses vor Herrschaft triefende Gefüge der bürgerlichen Gesellschaft nicht durch eine naive Polarität und Gegenüberstellung von herrschender und beherrschter Klasse charakterisiert werden. Wie sich zum einen dieser Herrschaftscharakter bis hinein in die psychischen Instanzen aller Klassenindividuen verfestigt, so rangieren zum anderen innerhalb dieses Klassengefüges spezifische soziale Gruppen und Schichten, deren Lage und Bewußtsein sich zwiespältig zwischen den Polen von Herrschaft und Knechtschaft ausformen. Wie auch sie unter den sublimen und manifesten Zwängen des kapitalistischen Regimes leiden und gegen dieses Regime aufbegehren, so bleiben sie doch zugleich auf vielfältige Art an den Herrschaftscharakter dieser Gesellschaft gebunden, sind Nutznießer und Teilhaber dieses Regimes, herrschen und werden beherrscht.

In der Analyse dieser gesellschaftlichen Zwiespältigkeit erhält der Marxsche Begriff der Mittelklasse seine eigentliche und besondere Bedeutung. In dem Begriff der unproduktiven Mittelklasse erhalten wir einen Ausgangspunkt, einen „kategorialen Schlüssel", der uns erschließen läßt, welche der sich in den historischen Klassenkämpfen zur Mittelklasse ausformenden Gesellschaftsschichten an den Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung anzubinden sind, auch wenn sie auf die unterschiedlichste Art und Weise an die Existenz und Aufrechterhaltung bestimmter Herrschaftsformen gekettet bleiben. Und wir sahen, wie die inneren Gesetzmäßigkeiten der modernen Produktionsweise selbst immer günstigere Voraussetzungen schaffen, diese Bindung zu verfestigen.

Doch machen wir uns keine Illusionen. Die Partizipation breiter unproduktiver Schichten an der Ausübung der intellektuellen, bürokratischen und repressiven Formen der Kapitalherrschaft, ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der bornierten sozialen Besonderung der intellektuellen Arbeit, ihre Verstrickung in die Fortexistenz der staatlichen bürokratisch-repressiven Strukturen werden immer wieder Anknüpfungspunkte nicht allein für reformistische, sondern auch für faschistische Bewegungen bleiben. Auch wenn dem Faschismus in der Umwälzung des herrschenden Klassengefüges seine traditionellen sozialen Basen verlorengehen, auch wenn er seine verschlissenen Gewänder abzulegen gezwungen ist, aus der Welt ist er beileibe nicht, und keine Frage, er wird schon alle Hebel in Bewegung setzen und darauf drängen, daß die moderne Mittelklasse den „chilenischen Weg" einschlägt.

Keine noch so ausgetüftelte Strategie der „Vereinheitlichung des Proletariats im allgemeinen" (Lotta Continua) wird den gesellschaftlichen Zwiespalt, in dem die moderne Mittelklasse befangen ist, hinwegzaubern. können. Die Aufgabe der metropolitanen Linken muß vielmehr darin bestehen, an den verbindenden Interessen von Proletariat und Mittelklasse anzusetzen, muß darin bestehen, jenen durch das Kapital selbst in Gang gesetzten Prozeß der „Vereinheitlichung" ideologisch, organisatorisch und politisch zu beschleunigen, muß schließlich darin bestehen, in den revolutionären Knotenpunkten des historischen Prozesses historisch-spezifische Bündnisformen zu entwickeln, welche die Mittelklasse und ihre politische Repräsentanz auf die Seite der Arbeiterbewegung hinüberziehen. Allein dies wird davor bewahren, daß die moderne Mittelklasse zum sozialen Träger der gesellschaftlichen Reaktion verkommt.

Nachbemerkung: Im ersten Teil dieses Aufsatzes sind zwei sinnentstellende Druckfehler unterlaufen. Der richtige Zwischentitel auf S. 12 muß lauten: „Polarisierung und Mitttelklasse". Der richtige Satz im letzten Abschnitt auf S. 13 muß lauten: „Ganz recht, nur ist dieser Prozeß nicht im Sinne der Autoren als simple Parallele von wachsender Produktivkraft und wachsender Arbeiterklasse zu verstehen, vielmehr kommt es für das Verständnis des Wachstums der Arbeiterklasse darauf an, die spezifische Form zu analysieren, welche die immense Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte mit der sich etablierenden bürgerlichen Gesellschaft annahm, die Form der Akkumulation von Kapital." —

■

trizitätshersteller, Rhône-Poulenc die Nr. 6 der europäischen Chemie und Michelin Nr. 2 der europäischen Reifenproduktion. Im internationalen Vergleich spielen die französischen Direktinvestitionen freilich noch eine eher bescheidene Rolle: sie konzentrieren sich auf den primären Sektor in den arabischen Ländern, im Pazifik und im Mittelmeerbecken sowie auf den Massenkonsumgütersektor (Textil, Nahrungsmittel). Regionale Investitionsschwerpunkte sind Afrika (40 vH.), EWG-Länder (20 vH.) und die Provinz Quebec in Kanada. Auf der anderen Seite wurde 1973 bereits ein Viertel des Umsatzes und ein Fünftel der Investitionen durch ausländisches, d. h. vor allem amerikanisch-kanadisches und britisches Kapital getätigt. Die spektakulärsten Transaktionen waren 1974 die Übernahme von Roussel-Uclaf durch Hoechst, der Großgerberei Le Tanneur durch den britischen Konzern Barrow-Hepburn und des Kosmetikkonzerns L'Oréal durch den Giganten Nestlé.

Es handelt sich dabei nicht um irgendwelche Bankrotteure: ausländisches Kapital engagiert sich gerade bei den größten Konzernen in den am meisten konzentrierten Branchen mit hoher Rentabilität und strategischer Bedeutung. Etwa eine Million Beschäftigte arbeiten derzeit im internationalen Sektor, der sich seit der Liberalisierung des Investitionsverhaltens unter Pompidou beständig erweitert. Diese Internationalisierung steht in Verbindung mit kapitalistischer Regionalpolitik, d. h. der Verlagerung strategischer Branchen aus dem klassischen Industriegürtel (Nord, Région Parisienne, Lorraine) in „strukturschwache" Gebiete, deren wesentlicher Inhalt eine Dequalifizierung der Arbeitskraft ist: alte und neue Formen der „travail simple", d. h. wenig qualifizierter und repetitiver Arbeitsweisen, vermehren sich prozentual. Dieser Tatbestand äußert sich in der Zunahme der sog. „spezialisierten Arbeiter", d. h. der am niedrigsten qualifizierten und am schlechtesten bezahlten Lohnarbeiter.

Die Internationalisierung zielt ab auf die Herstellung eines neuen Klassenzusammenhanges, einer sozialen „osmose" von ausländischer und „nationaler Bourgeoisie" mitsamt der dazugehörigen Technostruktur. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik begünstigt diese Entwicklung; fragt man also nach den Chancen einer Restrukturation des französischen Kapitalismus, dann muß man sagen, daß die Krise nicht auf einen automatischen Zusammenbruch hinausläuft, sondern auf eine die Klassenantagonismen verstärkende Weise (im delikaten Sinne dieser anglo-amerikanischen Wortbildung zu verstehen!) „gemanagt" werden soll: Konzentration auf höherer, internationaler Ebene, Ankurbelnug kapitalintensiver Produktion, solange die Kaufkraft für Massenkonsumgüter bleibt, Arbeitsintensivierung und Umstrukturierung der Beschäftigung, d. h., zunehmende Arbeitslosigkeit.

Krise und Klassenkampf

„Die Krise" ist damit auch ein elementarer Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, auf den die Linke antworten muß. Die Regierung verfolgt eine Politik des „carotte et bâton" (etwa: Zuckerbrot und Peitsche). Einerseits verstärkt sie die Sozialstaatsillusionen durch liberale Reformen (Abtreibung, konstitutionelle Demokratisierung) und Reformversprechen sowie durch partielle Verbesserung der Lebenssituation der Arbeiter (im Juni 1974 die Anhebung der Mindestlöhne und der Altersversorgungen, im November die angekündigte Garantie der Fortzahlung im Falle von Arbeitslosigkeit), andererseits verschärft sie den Klassenkampf von oben durch massive Angriffe auf die Kampfkraft und Streikbereitschaft der Arbeiter, wie etwa bei dem gescheiterten Poststreik im Oktober und November 1974. Dieser Streik ging aus von der neuen sozialen Kategorie der „Zeitarbeiter" in den Postverteilungsstellen bzw. in anderen miserabel bezahlten und ausgestatteten Diensten der Post. Die Arbeit wurde Ende November wieder aufgenommen, ohne daß die Forderungen der Streikenden annähernd erfüllt worden waren und ohne daß es eine gewisse Verbreiterung der Streikbewegung in anderen Bereichen des staatlichen und vor allem des privaten Sektors gegeben hätte. Die Regierung, die sich der klassischen Methode des Hinhaltens und des massiven Einsatzes der Staatsgewalt, der „kalten" Zerschlagung von Streiks bediente, hat hier einen ersten, wichtigen Erfolg erzielt. Eine Generalstreikbewegung steht derzeit nicht auf der Tagesordnung; das bedeutet nicht, daß Arbeitskonflikte für den Winter und das Frühjahr gänzlich storniert wären. Sie werden vielmehr punktuell mit großer Härte geführt werden, sei es unter dem Vorzeichen „konventioneller", defensiven Charakter annehmender Forderungen (Stop der Inflation, Lohnforderungen in Richtung auf eine Mindestlohnerhöhung auf ca. 1700 Francs, gegen Entlassungen), sei es mehr im Stil von Lip mit langanhaltenden Fabrikbesetzungen. Hier weitergehende Voraussagen zu machen, ist überaus schwierig.

Zugleich versucht die Regierung, die Arbeiterbewegung auf dem Umweg über das Patronat, die Unternehmer unter Druck zu setzen. Fourcade und Sérisé planen eine Konjunktursteuer, d. h. die Abschöpfung überdurchschnittlicher Profite und deren Reduktion auf eine Durchschnittsprofitrate. Dadurch setzt sich folgender Mechanismus in Gang: um ihren Wertzuwachs unter der offiziell festgesetzten Marke zu halten, sind die Lohnsumme zu reduzieren, wenn sie nicht auf überdurchschnittliche Gewinne verzichten wollen. Damit sind Lohnerhöhungen nur möglich durch Einschränkungen der Profitmasse. Dieses ambivalente Mittel ist allerdings bisher in der Schublade geblieben. Energisch betrieben wird dagegen der Versuch, die gewerkschaftliche Autonomie und Kampfkraft abzubauen: a) durch die Inpflichtnahme in national wirksamen Abkommen und hinhaltende sozialpolitische Versprechen, b) durch die Stärkung des rechten Gewerkschaftsflügels (Force Ouvrière und CFTC), indem dessen spalterische Vorstellungen verhandelt und akzeptiert werden (s. Poststreik) und c) durch die Zulassung „gelber" Gewerkschaften wie der CFT.

Die Konzeption der Volksfront-Linken

Einige mit großem Aufwand betriebene, inhaltlich jedoch kaum weiterführende Kongresse im Herbst 1974 deuten auf eine Restrukturierung der gesamten Linken, damit aber auch auf die Pointierung grundsätzlicher Sozialismusmodelle hin. Ohne in Schwarz-Weiß-Malerei übergehen zu wollen, kann man von der Verdeutlichung einer Alternative innerhalb der Linken sprechen: auf der einen Seite Reformismus und defensive Konzeptionen, auf der anderen ein quantitativ minoritärer revolutionärer Pol mit radikalen, „utopischen" Transformationsvorstellungen. Dazu einige Erläuterungen: die Perspektiven der Volksfrontparteien sind ganz auf eine politische „Machtergreifung" ausgerichtet, d. h. auf die parlamentarische Übernahme der Regierungsgewalt auf der Basis des gemeinsamen Regierungsprogrammes. Dem zugrunde liegt eine simple Umverteilungstheorie, d. h. die Kapitalakkumulation soll auf traditionelle Weise weitergeführt werden, wobei demokratische Reformen dafür sorgen sollen, daß die „Handvoll feudaler Großbourgeois" enteignet und der Massenkonsum gefördert wird. In Wirklichkeit wird hier kein anderes, sondern nur ein verbessertes Produktionsmodell konzipiert, das unter den gegenwärtigen Bedingungen notwendig zu autoritären Lösungen führen muß (2). Darin, daß die Volksfront-Linke so simplistisch die Kapitalakkumulation in demokratischer Form weiterführen will, ohne auf die von ihr aufgeworfenen Strukturprobleme eine Antwort zu wissen und die Form der kapitalistischen Arbeitsteilung selbst in Frage zu stellen, liegt auch die tiefere Ursache des Vertrauensschwundes, von dem oben die Rede war. Giscard wird sich schließlich doch als der bessere Kapitalist erweisen... Der expliziteste Verzicht auf ein sozialistisches Projekt überhaupt findet sich in den Dokumenten der KPF zu deren 21. Parteikongreß. Die kommunistischen Vorstellungen orientieren sich auf die demokratische

Cajo Brendel

Autonome Klassenkämpfe in England 1945—1972

Cajo Brendel, sich auf authentische Streik- und Kampferfahrungen stützend, schildert in seinem Text den Kampf der britischen Arbeiter gegen die Unternehmer, gegen die Labourpartei, gegen den Staat und die Gewerkschaften. Indem er den historischen Hintergrund der Klassenauseinandersetzungen im heutigen England miteinbezieht, schafft er die Möglichkeit, nicht nur gegenwartsfixiert, sondern mit dem notwendigen geschichtlichen Hintergrund die aktuellen Kämpfe der britischen Arbeiterklasse zu begreifen. Streiks, Kampfmethoden, Forderungen und Ziele dieser Kämpfe werden bis in die Jetztzeit dargestellt, wobei als Hauptmerkmal immer die Überlegung und auch die vorgefundenen Tatsachen dominieren, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein kann.

130 S., 6,— DM, ISBN 3-87956-037-4

Anton Pannekoek

Neubestimmung des Marxismus Diskussion über Arbeiterräte

EINLEITUNG CAJO BRENDEL

140 S., 6,— DM, ISBN 3-87956-033-1

Pannekoek kämpfte zeit seines Lebens gegen eine dogmatische und orthodoxe Auslegung des Marxismus. Die hier veröffentlichten Texte machen Pannekoeks kritische Ansätze in einem größeren Zusammenhang wieder zugänglich. Er schreibt u. a.: „Wissenschaftliche Theorien entspringen nicht dem reinen, abstrakten, leidenschaftslosen Denken im Menschenkopf. Sie dienen der Praxis, sie sind dazu bestimmt, den Weg der Menschen in ihren praktischen Lebensaufgaben zu erhellen."

Aus dem Inhalt:
Einleitung Cajo Brendel
Anton Pannekoek
Der Marxismus als Tat
Marxismus und Idealismus
Liberaler und imperialistischer Marxismus
Der historische Materialismus
Was ist Sozialismus
Über Arbeiterräte
Sozialdemokratie und Kommunismus
Umwälzungen im Zukunftsstaat
Ideal und Wissenschaft
Am Tage nach der Revolution
Die sozialistische Produktion
Der geistige und politische Überbau

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44 - Postfach 106
Morusstraße 28, Telefon 6 86 32 58

Partizipation im bürgerlichen Staat hin; sie bewegen sich offen im Rahmen bürgerlicher Ordnung. Dabei beschränkt sich die KP auf die Rolle eines Juniorpartners in einem „historischen Kompromiß" à la française. Nur so ist die derzeitige Sammlungsbewegung im Blick auf die Gaullisten sowie die Betonung des nationalen Charakters der Partei zu verstehen. Die in sich schon revisionsbedürftige, weil die oben dargestellten Internationalisierungstendenzen ignorierende Nationalisierungsstrategie

Mitterand (1. v. l.) und Rocard (2. v. l.) auf den „Generalständen des Sozialismus"

(bezogen auf einige wenige „Monopole") ist signifikant für die reformistische Beschränkung der KP: sie bleibt begrenzt auf die erwähnte Redistribution der Gewinne, läßt aber die Organisation der Produktion als solche unangetastet.

Ambivalente Sammlungsbewegung der Sozialisten

Wegen dieses reformistischen Charakters des Regierungsprogrammes muß die KP notwendigerweise an seinen Bündnispartner PS verlieren. So wie die KP eine Sammlungsstrategie nach rechts zur Errichtung einer „nationalen Front" praktiziert, versucht die PS eine stärkere Verankerung in der Arbeiterklasse, d. h. eine Sammlung nach links auf Kosten der KP. Die Sozialisten scheinen, wie die jüngsten Teilwahlen belegen, damit erfolgreicher zu sein. Bisher sind nur 3 vH. der PS-Mitglieder Arbeiter; die stärkere Verankerung versucht Mitterand über den Hebel der CFDT-Gewerkschaft, einem heterogenen Sammelbecken der „nicht-kommunistischen Linken", und über die Vereinnahmung der PSU, der seit 1960 bestehenden Partei der extremen Linken. Hierzu sollten die „assises du socialisme" (Generalstände des Sozialismus) im Oktober 74 dienen, die – ähnlich wie der PS-Parteitag in Epinay 1971 zur Resurrektion der Sozialisten – diesmal zur Verbreiterung auf eine „Partei der Sozialisten" führen sollte. Auch bei dieser „ökumenischen Bewegung" ist Vorsicht geboten: daß die Arbeiterselbstverwaltung (autogestion) zum zentralen Bestandteil der sozialistischen Strategie werden soll, bedeutet eine Aushöhlung des Konzepts in Richtung auf eine simple Parlamentarisierung und Dezentralisierung aller „Lebensbereiche", nicht aber die Promotion eines revolutionären Projekts auf politischer Ebene. Die Texte der „Assises" bleiben ohne Konsequenz, sie sind in keiner Kampfpraxis verankert; die Zusammenkunft blieb eine „opération d'en haut", eine Übereinkunft von Partei- und Gewerkschaftsapparaten, sie war nicht Ausdruck einer Klassenbewegung. Hinzu kommt, daß Mitterand noch sehr viel stärker als die KP auf eine Partizipation an der Macht, etwa als Ministerpräsident unter Giscard, baut. Hier liegt der Inhalt der Auseinandersetzungen im Volksfrontbündnis, die doch mehr zu sein scheinen als taktische Querelen: die Kommunisten befürchten zu Recht, daß die Partei Mitterands sich auf ihre Kosten als „dritte Kraft" etablieren wird. Das Volksfrontbündnis hätte dann ausschließlich zur Stärkung seiner sozialdemokratischen Komponente geführt.

Die Neue Linke und die Selbstverwaltung

Die PS übt eine unterschiedliche Anziehungskraft auf die Vertreter der nichtkommunistischen Linken aus: die PSU hat sich über dieser Frage gespalten. Seine ehemalige Spitze, Michel Rocard und Robert Chapuis, hat sich nach der überraschenden Niederlage im Vorfeld der „Assises" auch offiziell der PS zugeordnet, während die neue Führungsspitze unter Michel Mousel, Victor Leduc, Andre Barjonet und Charles Piaget (Lip!) die Eigenständigkeit der PSU erhalten will. Doch handelt es sich hier nicht um bloße Parteiübertritte: die PSU erscheint wieder einmal (und wieder mal in einem Moment großer Konfusion) als Avantgarde eines Restrukturierungsprozesses der Neuen Linken um das Projekt der Arbeiterselbstverwaltung (freilich von der Basis her). Diese Neue Linke hat sich von den Kinderkrankheiten und vom Schematismus des Linksradikalismus befreit, ohne die reduzierten Perspektiven der Volksfront zu teilen bzw. dieser als Alibi zu dienen. Die Zahl ihrer Anhänger darf nicht überschätzt, aber eben auch nicht unterschätzt werden: sie rekrutieren sich aus den Teilen von CFDT und PSU, die von Anfang an gegen die „Assises" eingestellt waren, ferner aus Teilen des versprengten Gauchismus (Maoisten, Trotzkisten, Basisgruppen wie „cahiers de mai"). Die Perspektiven dieser Restrukturation gegenüber dem Reformismus sind noch vage; sie werden sich verdeutlichen anhand der Diskussionen über die Autogestion und die Aufhebung der Arbeitsteilung (3). Diese Diskussionen verweisen auf die über die Eroberung des Staatsapparates und ein linkes Krisenmanagement hinausgehenden Dimensionen des Projekts der Neuen Linken. Es geht aus, formuliert und bestärkt populäre Initiativen und Aktionen der Arbeiter im Produktions- und Reproduktionsbereich, die auf deren Reorganisation hinauslaufen. Die Diskussion um die Arbeiterselbstverwaltung eröffnet (selbst noch unter den Vorzeichen der „Assises") die Perspektiven eines Sozialismus-Modells, das sich der Logik der kapitalistischen Klassengesellschaft entzieht: „changer la vie" (das Leben ändern) statt „vivre mieux" (besser leben). Sie gebietet ferner die Revision jeder Zwei-Etappen-Vorstellung: zuerst den bürgerlichen Staat „erobern" zu müssen, um ihn dann (irgendwann) absterben zu lassen, wonach also dieser Staat in Form einer „erweiterten" oder „fortgeschrittenen Demokratie" auf wundersame Weise auf das ganze Volk ausgedehnt werden kann. Damit ist bereits angedeutet, daß „Autogestion" mehr bedeutet als eine auf die Betriebsangehörigen ausgedehnte „andere" Leitung der Betriebe, der Schulen und Universitäten, der Verwaltungsbehörden etc., womit deren Funktionsweise und Struktur selbst noch nicht transformiert ist. Die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Vertrauensverlust in die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus hat die Diskussion über radikale Alternativen wieder in Gang gebracht. „Autogestion" ist auf einem noch ganz allgemeinen und unbestimmten level – und als Gegenkonzept zur sozialdemokratischen Mitbestimmung sowie zur kommunistischen „Betriebsdemokratie" – der Kernaspekt eines sozialistischen Projektes, mit dem das alte Marxsche (und nicht etwa anarchistische) Thema der Association der Produzenten wieder gegenüber autoritären Übergangsgesellschaften und zentralistischen sozialistischen Staatsapparaten in sein Recht gesetzt wird.

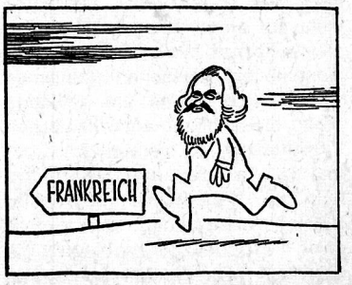
Arbeiterselbstverwaltung kann andererseits schon vom Ansatz her nicht den Fortbestand der bisherigen Ausbeutung bedeuten, sondern sie ist Resultat einer Überwindung der kapitalistischen Arbeitsteilung und der Aufhebung der Lohnarbeit. Die Konkretion dieser Utopie schält sich einerseits in den neuen Kampferfahrungen der französischen Arbeiter seit 1968, andererseits in den Restriktionen der ökonomischen Krise selbst heraus. Beide ermöglichen die Revision des Verhältnisses von freier und Arbeitszeit, von produktiver und nichtproduktiver Arbeit, die sich etwa in den „qualitativen" Forderungen nach Enthierarchisierung der Betriebsstruktur und „Humanisierung" der Arbeitsorganisation verbirgt. Hand in Hand damit geht – und dies ist ein besonderes Kennzeichen der französischen Diskussion – die Entmystifizierung der Technik und die Forderung nach Entmonopolisierung der Wissenschaften usw. Arbeiterselbstverwaltung ist damit Antizipation einer anderen und nicht das Management einer überholten Gesellschaft; wenn auch noch Fernziel, so ist sie doch klarer und notwendiger Bestandteil eines sozialistischen Projektes, das nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden darf, soll es im Moment der Krise irgendeine Überzeugungskraft haben. Ökonomische Krisen sind bekanntlich Scheidewege: entweder zur Restrukturierung des Kapitalismus oder zu einem revolutionären Bruch. Arbeiterselbstverwaltung wäre damit in Frankreich die Parole eines offensiven Sozialismus.

Anmerkungen:

(1) Die folgenden Zahlen nach INSEE, „Nouvel Observateur", „Le Monde" und „Economie et politique".

(2) André Gorz hat dies bereits anläßlich der beiden Wahlkampagnen der Volksfrontparteien verdeutlicht: „Selbst wenn die großen Vermögen, die großen Einkommen und die Superprofite sofort mit höheren Steuern belegt werden, bleibt die Masse der allgemeinen Konsumgüter auf ihrem bisherigen Stand . . . Die so eingebrachten Summen können nicht ganz umverteilt werden: die französische Volkswirtschaft ist ganz einfach strukturell nicht in der Lage, die rasch angestiegene populäre Nachfrage nach Massenkonsumgütern zu befriedigen." (Nouvel Observateur, Nr. 493, S. 45); vgl. auch Heft Nr. 318 der „Temps Modernes" zur Kritik der parlamentarischen Strategie der Linken.

(3) Dazu vor allem das vieldiskutierte Buch von Claude Berger: Marx, L'association, L'Anti-Lénine, Paris 1974, sowie von André Gorz (ed.): Critique de la division du travail, Paris 1973.

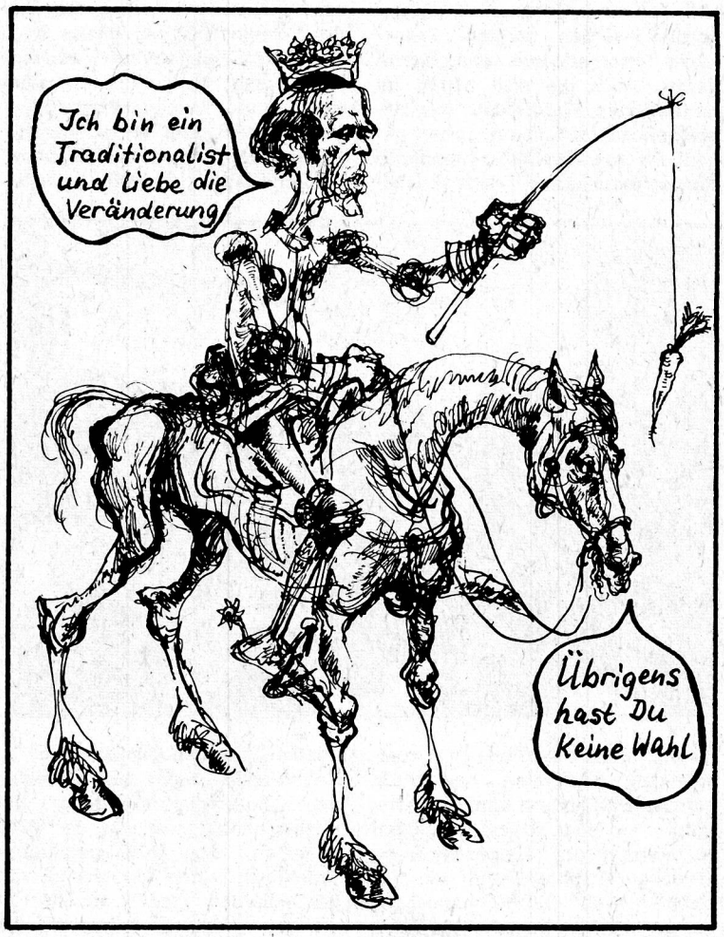


Kapitalismus und Linke in Frankreich

Claus Leggewie

Halb hoffend, halb bangend formulierte Marx in seiner „Ersten Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg" vom 23. Juli 1870, beim Blick über die französische Grenze auf die Kämpfe der Arbeiter und damaligen Kommunarden: „Die Stimme der französischen Arbeiter ist zurückgehallt aus Deutschland." Er formulierte damit das Prinzip der internationalen Solidarität zu einem Moment, als die Internationalität der Klassenkämpfe der Internationalisierung der Mehrwertproduktion noch voranging. Dies hat sich heute eher umgekehrt. Der „Rückhall" ist heute nicht gerade laut und wird auch auf Seiten der Linken allzu oft von nationaler Borniertheit übertönt: in einem gerade in Paris laufenden Dokumentarfilm der englischen Journalistin G. Lawaetz über den Mai 1968 befindet der Generalsekretär der kommunistischen CGT-Gewerkschaft, Georges Seguy, der „Patriotismus" sei nun einmal ein sehr wesentliches Moment der französischen Arbeiterklasse, die für den Internationalismus einer Studentenbewegung nicht sehr viel Verständnis aufbringen könne. Um so bedeutsamer ist es, Ausmaß und Perspektive der Krise des französischen Kapitalismus sowie Reaktionsweisen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen darauf auch diesseits der Grenzen kennenzulernen.

„Die Krise" – von ihr hat gegenwärtig eine Analyse der französischen Linken auszugehen. Hierbei fällt sogleich auf, wie wenig man sich in Frankreich bisher außerhalb der Kommunistischen Partei (KPF) um ökonomische Zusammenhänge, d. h. um eine genaue Analyse der Akkumulationsbedingungen und Krisenmomente des französischen Kapitalismus bemüht hat. Dies ist um so erstaunlicher, als sich die Linke in den Wahlkämpfen von 1973 und 1974, d. h. im Moment abflauender Prosperität, als Alternative auch auf wirtschaftspolitischem Sektor profilieren und an Glaubwürdigkeit gewinnen konnte. Vor allem der als liberal eingestufte Chef der Sozialistischen Partei (PS), François Mitterrand, der von einem renommierten brain-trust angesehener Wirtschaftswissenschaftler wie Christian Goux und Jean Matouk sowie möglichen ministrablen Randfiguren wie Mendes-France, der „grauen Eminenz" der Sozialisten, umgeben ist, wird als wirtschaftspolitisch kompetent akzeptiert. Bislang stand die französische Volksfront mehr als irgendeine Linke anderswo in dem Ruf,



das Land aus einer ökonomischen und sozialen Krise „retten" zu können. Das Odium, die Linke könne die Beseitigung sozialer Ungleichheit nur auf Kosten der Ruinierung einer „intakten" Volkswirtschaft erreichen und damit sehr schnell verspielt haben, ist gewaltig durchlöchert. Die französische Volksfront erscheint nolens volens nach einem immer mehr in den Bereich des Möglichen rückenden Wahlsieg als potentielle Retterin des ererbten kapitalistischen Systems. Auf diese paradoxe Situation muß sie eine Antwort finden, und sie muß auf diesem widersprüchlichen Terrain vorerst ihre Chancen ausspielen. Oder auch verspielen: der Bevölkerungsanteil, der Sozialisten und Kommunisten für ökonomisch kompetenter erachtet als Giscard d'Estaing, schwindet nach einer jüngsten Umfrage des Sofres-Meinungsforschungsinstituts bereits beträchtlich, während gleichzeitig der Vertrauensschwund in ein von welcher Seite auch immer kommendes Krisenmanagement beständig zunimmt.

Zu fragen ist damit zunächst nach Charakter und Ausmaß der ökonomischen Krise. Die französische Entwicklung vollzieht sich natürlich nicht abgekoppelt von der weltwirtschaftlich hervortretenden Rezession, d. h. die Probleme sind zwar nicht identisch, aber ähnlich. In eine strukturelle Krise, die sich in drängenden Absatzproblemen äußert, sind wie auch in anderen westeuropäischen Ländern und den USA die Automobil-, Textil- und Baubranche geraten, wozu noch einige Sektoren der primären Metallverarbeitung und der chemischen Industrie kommen (also Zulieferindustrien zur Autoindustrie). Nachdem zu Beginn dieses Jahres noch ein vergleichsweise dickes Auftragspolster (mit hoher Nachfrage nach Arbeitskraft) die französische Industrie zu schützen schien, gingen bereits im 3. Trimester 1974 die Produktionen der erwähnten Branchen des Konsumgütersektors stark und mit zunehmender Tendenz zurück: die Autoherstellung verlangsamte sich schon im 2. Trimester um 15 vH. Hier greifen gegenwärtig auch die ersten massiven staatsinterventionistischen Stützungsversuche mit einem Kreditvolumen (Anfang Dezember) von etwa 1,4 Milliarden Francs (1). Ebenfalls betroffen (ein spezifisch französisches Problem) ist die Flugzeugindustrie mit gegenwärtig 108 000 Beschäftigten; in der Bau-, Leder- und Textilindustrie findet man gegenwärtig Auftragsrückgänge und Produktionsbeschränkungen bis zu 40 vH. In den genannten Branchen gingen zwischen Juni 1973 und Juli 1974 etwa 10 000 vor allem kleinere und kleinste Betriebe bankrott. In der Bauwirtschaft sind dagegen auch echte „Giganten" betroffen, vor allem, nachdem Giscard die von Pompidou geplanten ehrgeizigen Hoch- und Tiefbauprojekte in Paris gestoppt hat.

Andere Branchen dagegen prosperieren vorläufig noch: vor allem mechanische, stahlverarbeitende und elektronische Industrien, in denen der höchste Konzentrationsgrad vorliegt.

Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse

Aus den genannten Engpässen resultiert eine primäre Verschlechterung der Lage der französischen Arbeiterklasse: die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende September bereits über 650 000 und für das Frühjahr 1975 prognostizieren die Gewerkschaften mind. 800 000, womit der prozentuale Anteil an der gesamten Beschäftigtenzahl höher als in der BRD liegt. Die Inkubationsphase der Rezession war in Frankreich damit kürzer. Die Relation von Arbeitslosen und Beschäftigten betrug gegen Ende Herbst 1:17; zwischen September 1973 und September 1974 erhöhte sich die Nachfrage nach Arbeitsplätzen um 27,5 vH. Regional sind vor allem die klassischen Industriezonen und die strukturschwachen Regionen betroffen; generationsmäßig vor allem die Jugendlichen, von denen jährlich etwa 400 000 neu auf den Arbeitsmarkt drängen. Unter ihnen erreicht die Zahl der Arbeitslosen – bezogen auf die Gesamtheit der zum ersten Mal Arbeitssuchenden – bereits 40 vH. Gleichzeitig hat sich die Kurzarbeit in den genannten Branchen generalisiert; vor allem im Dezember 1974 lagen einzelne Industriezweige für drei Wochen total still.

Die spektakulärsten Massenentlassungen, die gesamtnationale Resonanz fanden, bedrohten gegen Ende Herbst 1974 Citroen, Titan-Coder sowie zahlreiche „Baulöwen" und das staatliche Flugzeugwerk, die „Concorde"-Herstellerin S. N. I. A. S. Die Zahl der Beschäftigten in der Automobilindustrie wird um etwa 2–4 vH., in der Baubranche um 40 000 zurückgehen.

Die zweite Lageverschlechterung resultiert aus der beständigen, bei

fast 18 vH. angelangten Inflationsrate: „la vie chère", „das teure Leben", als Ergebnis zunehmender Reallohnverluste. Die monatlichen Preissteigerungsraten lagen in den letzten beiden Jahren bei durchschnittlich einem Prozent; für einige Grundnahrungsmittel lag die Inflationsrate weit über 20 vH. Betroffen sind davon vor allem die kleinen Budgets, d. h. Familieneinkommen von unter 1250 Francs, womit nach einer Enquête des „Nouvel Observateur" immer noch ein Drittel (!) der französischen Haushalte auskommen müssen. Zwei Drittel aller Arbeiterfamilien verdienen noch unter 2800 Francs.

Diese ohnehin schon prekäre Situation wird durch ein strukturelles Krisenmoment verschärft: wenngleich Frankreich den immer noch höchsten Anteil von „mallogés" (d. h. im Klartext: Bewohner von Slums und unbewohnbaren Altbauvierteln) in Westeuropa hat und die Hälfte der „jungen" Haushalte offiziell als „unkomfortabel" bzw. „überbelegt" eingestuft wird, werden in Zukunft aufgrund der restriktiven Haushaltspolitik Giscards/Fourcades nicht mehr, sondern erheblich weniger Sozialwohnungen gebaut werden, d. h. der reale „Sozialiohn" weiter absinken. Durch die Fixierung restriktiver Plandaten wirkt sich in allen möglichen Bereichen jeder inflatorische Anstieg als Beschneidung von Sozialleistungen des bürgerlichen Staates aus.

Das Konsumniveau ist damit entsprechend der deflationistischen Politik der Regierung kräftig abgesunken: im 4. Trimester 1974 waren auch die Umsätze von industriellen Konsumgütern (vor allem Radiogeräte, Fernseher, elektrische Haushaltsgeräte usw.) zurückgegangen; bei den Nahrungsmitteln verlangsamte sich die Zunahme fast zur Stagnation. Ersparnisse aus diesen Sektoren wie aus der Bekleidung wurden in die private Energieversorgung, die sich 1974 um fast 40 vH. verteuert hat, gesteckt. Diese Absatzflaute wirkt dann im Krisenzusammenhang wieder auf die Produktionsbedingungen zurück: sowohl dauerhafte Konsumgüter als auch Nahrungsmittel werden zukünftig weniger produziert. Die Neuzulassung von Kraftfahrzeugen sank im 3. Trimester 1974 um 9,3 vH. Die Rückverwandlung des Warenkapitals in Geldkapital wird unter diesen Bedingungen immer problematischer.

Zunehmende Probleme im Außenhandel

Neben dieser internen Marktverengung steht Frankreich nach einem wahren Exportrausch schon wieder vor akuten Außenhandelsproblemen (die unter dem Stichwort „relative Autarkie" sowohl von der Rechten wie auch von der Linken noch weitgehend verkannt werden; wirklich „autark" ist Frankreich nur in der Nahrungsmittelproduktion, die 1973 mit einer Milliarde Francs überschüssig war). Die internationale Abhängigkeit der französischen Volkswirtschaft hat sich seit den 60er Jahren rapide erhöht. Vor allem steht Frankreich vor realen Energieversorgungsproblemen, den wohl größten unter allen westeuropäischen Ländern. Der 6. staatliche Orientierungsplan (VI. Plan) geht für 1980 von einem Gesamt-Energie-Verbrauch von 345–375 Millionen Tonnen aus, wovon 175–210 Mill. Tonnen in Form von Erdöl importiert werden müßten. Frankreichs internationale energiepolitische Linie, die sich schon im hartnäckigen Widerstand des damaligen Außenministers Jobert gegen das von Kissinger intendierte Konsumentenkartell herauskristal-

lisierte, und die sich bisher in kostspieligen bilateralen Kontrakten mit OAPEC-Ländern konkretisierte, scheint auf eher schwachen Füßen zu stehen: das vielbeschworene „Prestige Frankreichs in der arabischen Welt" dürfte angesichts der gegenwärtig beinahe 70prozentigen Erdölabhängigkeit und einer 76prozentigen Importabhängigkeit von arabischen Ländern nicht viel bedeuten. Auch die geplanten, auf autoritäre Energiesparmaßnahmen setzenden Planreduktionen ändern nicht viel daran, daß Frankreichs Position in der interimperialistischen Konkurrenz durch die Achillesferse Energieversorgung am schwersten gehandikapt ist. Zudem haben die jüngsten „Erdölskandale" in Frankreich gezeigt, daß das Land trotz zweier „unabhängiger" staatlicher oder quasi-staatlicher Erdölkonzerne den Manipulationen der 7 großen Erdölmonopole genauso ausgesetzt ist wie jedes andere westeuropäische Land auch.

Das Zahlungsbilanzdefizit beläuft sich 1974 auf schätzungsweise 30–35 Milliarden Francs. Um den für die Aufrechterhaltung der bisherigen Wachstumsrate (zu Anfang der 70er Jahre mit 5 vH. die höchste in ganz Westeuropa war) notwendigen Energiekonsum finanzieren zu können, ist Frankreich damit auf eine weitere erhebliche Expansion seiner Exporte angewiesen. Doch schon 1974 wurde der außerordentliche Exportanstieg von 40,6 vH. (BRD: 30,4 vH.) durch einen noch größeren Importzuwachs zunichtegemacht (59,5 vH.). Angesichts der rezessiven Entwicklung der Haupthandelspartner, vor allem der BRD, erscheint es überdies fragwürdig, ob die von den Planern projektierte Exportzuwachsrate von 10 vH. 1975 überhaupt zu realisieren sein wird: seit Mitte 1974 sinken die Exporte, von denen auch Frankreich aufgrund seines Aufschwunges mittlerweile abhängiger geworden ist als es noch vor einigen Jahren war. Auf der Fehleinschätzung dieser Empfindlichkeit gegenüber weltwirtschaftlichen Konjunkturabschwüngen beruht – immanent beurteilt – das Scheitern der Wirtschaftspolitik Giscards, die auf der Konstanthaltung billiger Importe bei steigenden Exporterlösen basierte.

Andererseits bleibt zur Korrektur der „Unterindustrialisierung" die Importabhängigkeit von der BRD bestehen, die 1973 gegenüber Frankreich einen Überschuß von 6,8 Millarden Francs erzielte; 39 vH. der französischen Importe aus der BRD bestehen aus Maschinenausrüstung. Wenn also, wie seit Juli 1974, die Importe stocken (zunächst vor allem für Rohstoffe und Halbfertigwaren), bedeutet dies ebenfalls eine Stockung im Produktionsbereich.

Konzentration und Internationalisierung des Kapitals

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung ist damit vor allem auf die Reduktion des Handelsbilanzdefizites angelegt. Auch die Vorstellungen der Linken zielen darauf ab, wenngleich mit stärkerer Betonung import-substituierender Industriestrategien. Kernelemente der Regierungspolitik sind: a) Die rigide Verteuerung der Kredite (15 Prozent mindestens), die gegenwärtig die kleinen und mittleren Unternehmen in schwere Bedrängnis bringt, den großen und multinational operierenden Gesellschaften indessen nützt, da diese auf den internationalen Kapitalmarkt bzw. die international verflochtenen französischen Banken ausweichen können. Insbesondere das Baugewerbe wird von dieser Hochzinzpolitik in Mitleidenschaft gezogen. b) Die restriktive Haushaltspolitik, die (bisher erfolglos) die Inflationsrate exemplarisch niedrig halten sollte und auf indirekte Konjunkturspritzen (etwa durch den Bau von Sozialwohnungen) verzichtet. Diese Politik steht durchaus – und damit kommt man zum Charakter der gegenwärtigen ökonomischen Krise – in der wirtschaftspolitischen Tradition der V. Republik seit Pompidou, die zu einer beträchtlichen Erhöhung des Akkumulationstempos sowie zu einer starken Konzentrationsbewegung und insgesamt zur „Modernisierung" des französischen Kapitalismus führte. 1966 bis 1972 wurden 1430 „opérations" (der Konzentration) mit transferierten Vermögenswerten in Höhe von etwa 41 Milliarden Francs getätigt.

0,15 vH. der Betriebe realisieren gegenwärtig 42,2 vH. des Totalumsatzes. Die gesamte Bewegung vollzog sich unter zunehmender Verschränkung von Industrie- und Bankkapital, d. h. der Anteil der Selbstfinanzierung der Unternehmen verringert sich seit 1968 beständig. Diese hier nur kurz dargestellte Konzentrationsbewegung setzt sich gegenwärtig unter verschärften, „leviathanisch" anmutenden Bedingungen und mit staatlicher Unterstützung fort. Überleben sollen nur die „gesunden" mittleren und kleinen Unternehmen, deren Selektion durch Département-Kommissionen unter Federführung der Banken durchgeführt wird. Antrieb dieser Verschärfung ist die sinkende Profitrate auch in der französischen Industrie. Der offiziell angegebene „Rentabilitätsgrad des fixen Kapitals, netto" verringerte sich von 1969 14,4 vH. auf 1972 12,8 vH. und 12,6 vH. 1973. Dem wirken die Großkonzerne gegenwärtig durch die inflationäre Ausdehnung ihrer Profitmasse entgegen: die Stahlfabrik Usinor steigerte ihre Nettoprofite von 1972 auf 1973 um 68,5 vH., Thomson-Brandt (elektronische Industrie) um 62,5 vH., der Chemiekonzern Rhône-Poulenc um 92,5 vH., sein Konkurrent Roussel-Uclaf um 70 vH. Ursache der Inflation ist damit die Aktivität der Großkonzerne, deren Profite weder durch die Verteuerung ihres Energieverbrauches noch durch die zum Teil beträchtlichen, bei etwa 11 vH. liegenden Lohnerhöhungen in den ersten sechs Monaten begrenzt wurden, da sie ihre Verkaufspreise gewaltig nach oben schraubten. Stärker als jemals zuvor ist die Konzentration mit der aktiven und passiven Internationalisierung der französischen Industrie verbunden. Die „Großen" spielen schon seit Ende der 60er Jahre eine beträchtliche Rolle auf dem Weltmarkt; z. B. sind Saint-Gobain/Pont-a-Mousson und B.S.N. führend auf dem europäischen Glasmarkt mit Filialen in der BRD, Belgien und Italien, C.F.P. und Elf-E.R.A.P. sind die führenden kartellunabhängigen Erdölgesellschaften, Pechiney-Ugine-Kuhlmann und Penarroya-Nickel (Rothschild) sind führende NE-Metall-Verarbeiter, Renault ist die Nr. 3 der europäischen Automobilpro-

zuschrift [redacted]

Warum wir Frauen uns nicht zum philosophischen Prinzip degradieren lassen oder — traue keinem Mann!

Leider sehen wir Frauen uns gezwungen, zu der Veröffentlichung des Marcuse-Artikels und Interviews und zum Artikel selbst Stellung zu nehmen, da er allerortens im Gespräch ist, im traurigen Gegensatz zu anderen guten, sehr viel weniger abstrakten theoretischen Artikeln von Frauen.

Wir halten es auch für keinen Zufall, daß eine Zeitung wie „links" erst da Artikel über Feminismus und Frauenbewegnug veröffentlicht, wo durch einen anerkannten Theoriekopf der Feminismus im linken Politverständnis salonfähig gemacht wird und die Auszeichnung politisch/sozialistisch erhält.

Es mutet als Ironie an, der Frauenbewegung ein Prinzip (von These - Antithese - Synthese) anzubieten, eine ... „unsichere Verbindung zwischen Utopie und Realität" ..., einen ... „harte(n) Kern des Traums" ..., welches weder unsere Probleme der tagtäglichen Praxis lösen kann, noch ein Theorieverständnis zuläßt, diese Praxis immer wieder neu zu überprüfen und zu bestimmen.

Als erstes zum Verhältnis Mann zur feministischen Bewegung: Es geht nicht darum, von vornherein die Augen zu verschließen vor allem und jedem, was von Männern geschrieben wird, doch sollte uns eines klar vor Augen sein, und die Praxis (dieses Geschriebenen) beweist uns das aufs Neue:

Kein Mann kann uns als Frauen vertreten! In der praktischen Konsequenz würde das nämlich heißen, das Ende ihrer Privilegien uns gegenüber. Die theoretische Konsequenz für Marcuse stellt sich folgendermaßen dar: Er fühlt sich scheinbar auf der Seite der Frauen, denn in der Frauenbewegung hat er eine neue Möglichkeit gefunden, die Lücke zu schließen und den Bogen zu spannen zwischen erotischem Prinzip und destruktiver Aggressivität vermittelt in der neuen Gesellschaft, in dem weiblichen Sozialismus. Die Frauenbewegung wird somit zum Objekt seiner theoretischen Auseinandersetzungen. Wir behaupten, daß ein Mann, der einen ehrlichen Versuch unternimmt im Zusammenhang mit der Frauenunterdrückung sich zu engagieren, nur eines machen kann, wenn er glaubwürdig sein will: über Männer und ihre Art Frauen zu unterdrücken, ihre Unfähigkeit, außer unter Druck eine Selbstveränderung zu unterziehen, zu schreiben — aber nicht über Frauenkampf und Feminismus. Wieviel mehr Angriffsflächen seitens seiner Geschlechtsgenossen hätten sich geboten, wenn Marcuse Stellung bezogen hätte z. B. zu:

— männlicher Sexualität, die im Schein einer Liberalisierung immer noch auf Kosten der Frauen ausgetragen wird;

— männlichen Verhaltensweisen und Ansprüchen, die uns zwar als emanzipierte Theorie, jedoch in Wahrheit als repressive Praxis entgegentritt.

Wie können es Männer jemals wagen, die Frauenbewegung zu werten, wenn sie sich selber nicht beurteilen und hinterfragen. Marcuse als natürliche, anerkannte Autorität äußert sich zu einem Problem, was ihm scheinbar das Recht gibt, objektiv ein Prinzip zu verfolgen und uns überzustülpen, was nichts mit unseren Problemen und unserer Praxis gemein hat. Ganz abgesehen von Marcuses Herrschaftssprache, die seiner theoretischen Fragestellung nicht im entferntesten entspricht, sonst hätte er seine „repressive Produktivität" zugunsten einer „kreativen Rezeptivität" eintauschen müssen.

Gehen wir jetzt ins Einzelne. Von welchem Erkenntnisinteresse ist Marcuses Schrift getragen? Der Feminismus dient Marcuse als Vehikel nach all seinen theoretischen Versuchen, zwischen der Psychologie und dem Marxismus die Synthese zu finden, eine Synthese im androgynen Menschen, wo all das miteinbezogen wird, was die psychische Struktur der Frau positiv verkörpert: Sensibilität, Kreativität, Zärtlichkeit etc. All das zusammengefügt in der neuen Gesellschaft, dem „weiblichen Sozialismus".

Wie wenig es Marcuse darum geht, sich in die Frauenbewegung, in die Probleme des Kampfes einzudenken, wie wenig er dazu in der Lage ist, zeigt sich daran, daß er abstrakt positive weibliche Fähigkeiten wie größere Emotionalität, größere Sensibilität usw., die unseren Blick für Unterdrückung klarer prägen, zur Geltung kommen lassen will in einer neuen Gesellschaft. Daß aber genau diese Eigenschaften noch lange nicht den Weg und die Mittel des Kampfes der Frauen beschreiben, es sei denn, man will uns wieder in die Rolle des Kampfes mit „weiblichen" Waffen drängen, also in die Pazifistinnenrolle; daß diese größere Sensibilität und Emotionalität gleichzeitig die Eigenschaften sind, die uns in jeder Auseinandersetzung in der Gesellschaft und mit Männern in die Defensive bringen, uns teilweise kampfunfähig machen — das alles sieht Marcuse nicht und kann es auch nicht sehen — denn er ist ein Mann. Er bleibt unmaterialistisch und undialektisch in seiner Denkweise, weil er die Wechselbeziehung nicht erkennt: Unsere positiven Eigenschaften sind zur Solidarität und Stärkung innerhalb der Frauenbewegung da, sie halten uns zusammen. Sie sind aber keine Waffe im Kampf nach außen, dort sind sie ein Hemmschuh. So bleibt die Frage offen, die auch eine der wichtigsten in der Frauenbewegung ist, wie und welche Kampfformen sind zu suchen, die uns den Kampf ermöglichen, uns nicht männliche Kampfformen aufdrängen und gleichzeitig unsere positiven Fähigkeiten erhalten. All diese Fragen liegen aber außerhalb von Utopia und abstrakten Prinzipien. Marcuse sollte — und das gilt auch für alle die, die glauben, sich vermittels der Frauenbewegung theoretisch sanieren zu können oder aus ihrer theoretischen Sackgasse herauszukommen — sowohl Kopf als auch Schwanz etwas tiefer und bescheidener tragen und sich seiner Kampffront zuwenden, nämlich an der Selbstveränderung der Männer ansetzen. Auf alles andere können wir verzichten!

Weiterhin befürchten wir, daß Marcuse den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Frauenunterdrückung prinzipiell gründlich mißverstanden hat, wobei uns fernliegt, dem Altmeister zu unterstellen, er hangele mit einem Bein im Reformismus. Marcuse spricht davon, daß eine ökonomische, soziale und kulturelle Gleichheit der Frau immerhin in einem „stark modifizierten" Kapitalismus denkbar sei. Damit kann er wohl nur meinen, daß die Frau quasi sozial, kulturell und ökonomisch auf die qualitativ gleiche Stufe wie alle Unterdrückten gehoben wird. Marcuse begreift nicht, daß es ein kapitalistisches Prinzip ist, innerhalb der Unterdrückten die Ungleichheit zu bewahren, denn diese ist gerade ein wesentlicher Bestandteil einer Klassenpolitik, der Klassenspaltung. Er müßte schon die Frage beantworten, wieso sich dies ändern sollte im „modifizierten" Kapitalismus. Wie wenig er von frauenspezifischer Unterdrückung versteht, zeigt sich daran, daß er meint, allein als Arbeiterin besitzt die Frau eine Form von repressiver Gleichheit mit dem Mann. Es hat sich bis zu ihm offensichtlich nicht herumgesprochen, daß auch die Arbeiterin auf eine frauenspezifische Weise ausgebeutet wird, durch die Art ihrer Arbeit, die Fähigkeiten, die ihr abverlangt werden, die Art, wie sie als arbeitende Frau Unterdrückung im Betrieb erfährt. Sachlich falsch ist, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen insgesamt ständig zunimmt. Sie hat nicht insgesamt über eine längere Periode betrachtet zugenommen, sondern ist von Nation zu Nation verschieden und hängt eng von politischen und ökonomischen Krisen ab. Was real gestiegen ist in den letzten Jahren, ist die Erwerbstätigkeit von Müttern. Baut man dann wie Marcuse darauf, daß Erwerbsarbeit wesentlich für die Teilnahme der Frauen am Befreiungskampf ist, quasi objektive Voraussetzung, kann man nicht weiter kommen als die alten und neuen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, die mit der These seit mehr als hundert Jahren relativ erfolglos versuchen, „Frauenmessen" zu mobilisieren und zu organisieren. Wesentlich ist weiterhin, daß Marcuse übersieht, daß die frauenspezifische Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Unterdrückten einen ökonomischen Bestand im Kapitalismus hat. Er vergißt, daß die Reproduktionsarbeit, die die Frauen ohne Bezahlung seit ewig leisten und an der sich prinzipiell bis heute — trotz allen technischen Fortschritts — nichts geändert hat, fester Bestandteil der kapitalistischen Ökonomie ist. Auf welchem Hintergrund kann Marcuses Satz verstanden werden: „die Befreiung der Frau beginnt zu Hause", wenn er die ökonomische Funktion der Reproduktionsarbeit der Frau gar nicht erkennt und somit auch nicht als Kampfmoment meinen kann. Wir empfehlen ihm, sich einmal mit den Schriften über Lohn für Hausarbeit zu befassen.

Kommen wir zum letzten Punkt. In dem Interview mit Marcuse kommt zum Schluß das, was kommen mußte, nämlich seine eigentliche Angst vor der Frauenbewegung und sein völliges Unverständnis gegenüber ihren Inhalten. Dort, wo er auf die vielgelobte Privatheit zu sprechen kommt (denn diese ist ihm heilig), da hört der Spaß auf, der Klassenkampf, überhaupt der Zusammenhang zwischen der Art einer Gesellschaftsform und „menschlichen Problemen". Konflikte um Liebesbeziehungen haben auf einmal nichts mehr mit der Gesellschaft zu tun. Marcuse redet auf einmal in Begriffen wie „anständige Gesellschaft", die die Privatheit zu schützen hat. Er meint hier die Privatheit, die immer nur den Männern genützt hat — die Privatheit der Beziehungen und Auseinandersetzungen. Gerade diese Privatheit aufzubrechen, in der die Frau immer den Kürzeren gezogen hat, ist eines der größten Verdienste der Frauenbewegung. Die Frauen aus dem Gefühl des individuellen Versagens, der Unfähigkeit herauszubringen, was nur durch die kollektive Diskussion möglich; ihren Freund oder Mann zur Änderung zu bringen — wenn überhaupt —, war meistens nur durch den kollektiven Druck oder das Kollektiv als Bedrohung im Hintergrund möglich. Das sind die Realitäten und nicht die Angstsyndrome, die Marcuse an die Wand malt, die Frauenbewegung reproduziere das Tauschverhältnis in dieser Frage. Er erhebt die Privatheit in die Sphäre des allgemeinen Lebensraumes des Individuums und glaubt, wir bleiben davor ehrfürchtig hocken wie vor dem goldenen Kalb. Er begreift selber nichts, wenn er davon spricht, daß der Kampf der Frauen zu Hause beginnen muß — meint er damit liebevolle Überzeugungsarbeit, Sensibilität, Emotionalität, Erotik, ohne destruktive Agressivität? Wenn ja, wissen wir, daß Marcuse uns auch nur zu dem machen will, wie so viele Männer vor ihm; zum friedlichen Prinzip des Weiblichen, das wie ein idealistischer Gläubiger darauf baut, daß die Priviligierten dadurch zu Einsicht und Änderung gebracht werden können, daß man ihnen andere Verhaltensqualitäten vorlebt. Darauf können wir verzichten.

FRAUEN AUS DEM FRAUENZENTRUM BERLIN

international

Das Fest der Junta

Bericht eines Genossen aus Santiago de Chile

„Junge Nationalisten! Zukunft des Vaterlandes, Reserven des Nationalismus, frische und reine Geister, in eurer Vorstellung gibt es nur eine Aufgabe: die Größe Chiles zu erreichen, koste was es wolle! (...) In dem nationalistischen Konzept unserer jetzigen Regierung gibt es für unsere Jugend Arbeit und eine spezielle Aufgabe: sie von den falschen, verirrten politischen Konzeptionen abzubringen, denen sie lange verhaftet waren. Sie abzubringen davon durch das Mittel der Arbeit, die Geist und Körper wieder gesunden läßt ..."

Dieses Zitat stammt aus der September-Ausgabe des von Militärkreisen ins Leben gerufenen Wochenblattes mit dem prätentiösen Namen „Vanguardia de los trabajadores" (Avantgarde der Arbeiter). Es ist der primitive Ausdruck des sonst mehr verbrämten Versuchs der (gleichgeschalteten) Publikationsorgane, eine nationalistische Bewegung zur Unterstützung der Junta auf die Beine zu bringen. Der 11. September ist hier der Ansatzhebel, um auf breiter Ebene ideologische Arbeit zu entfesseln.

Das Ziel ihrer Kampagne in diesen Wochen um den 11. September ist nicht nur die Mobilisierung möglichst vieler Gruppen und Organisationen zu einer großen Sympathiekundgebung für die Gorilla-Diktatur. Gleichzeitig wird versucht, die in den letzten Jahren erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse, die nicht wegzuleugnende, eindeutige Verbesserung der Lebenssituation breiter Teile des Volkes während der UP-Zeit als pure Demagogie herunterzuspielen, um die Wirklichkeit heute, die ständig sich verschlechternde Lage größter Teile des Volkes, zu verdecken. Die Hauptpunkte dieser ideologischen Offensive sind folgende:

– die UP und die Linke insgesamt für das jedem sichtbare Elend, die Arbeitslosigkeit etc. heute verantwortlich zu machen;

– die Arbeiter und Bauern, den „kleinen Mann", zu demoralisieren, indem ihnen jede Fähigkeit für Leitungsaufgaben oder auch nur zur Teilnahme daran abgesprochen und ihre Aufgabe als die definiert wird, zu arbeiten, den Mund zu halten und „den Gürtel enger zu schnallen";

Demonstration für die Junta (Aufschrift auf den Schildern: „Chile hat Zukunft" und „Chile ist wieder frei")

Auszug aus einem Interview mit einem Bauarbeiter und einer Arbeiterin einer Textilfabrik in einer Poblacion

Frage: „Compañero, was hälst du von der Kundgebung gestern, zum 11. September?"

„Unsere Kollegen aus den Fabriken oder, wie ich erfahren habe, auch aus dem öffentlichen Bauministerium, wurden gestern verpflichtet, teilzunehmen. Man übergab die Arbeitsausweise (um an die Arbeitsplätze zu kommen) den Kollegen erst auf der Kundgebung selbst, so daß sie gezwungen waren, teilzunehmen, wenn sie am nächsten Morgen zur Arbeit wollten... Im Fernsehen sahen wir einige Genossen – wir schauten nur zu, um zu sehen, ob sie mit ihren Arbeitshelmen gekommen waren. Um zu sehen, ob es wie bei den Kundgebungen für unsere Regierung unter Genossen Allende war, wo wir alle in Arbeitsanzügen und unseren Arbeitshelmen auf die Straße gingen. Das war nicht Eitelkeit oder irgendeine Nebensache, das war, um zu zeigen, daß die Arbeiterklasse für die Regierung des Genossen Allende war. Nun, und gestern: gestern am 11., am Jahrestag zahlloser Morde der faschistischen Junta, da sahen wir keinen einzigen Helm auf dem Platz!"

Frage: „Wie war es in Eurer Población: gab es viele, die zur Kundgebung gegangen sind?"

„Hier kamen etwa 20 Lastwagen an, um Leute mitzunehmen. Sie fuhren alle leer wieder weg. Sie stellten überall Busse an die wichtigen Kreuzungen. Von den 10 Bussen, die normalerweise den Verkehr zur Innenstadt machen, liefen 3. Sie fuhren los mit 6 Leuten oder so. Die haben gedacht, sie könnten uns wie Schafe dorthin karren, aber da haben sie sich geirrt. Die einzigen, die in den Lastwagen fuhren, waren die Fahrer selbst. Das war der größte Reinfall für sie, den man sich vorstellen kann."

Frage: „Genossin, du sagtest, daß hier viele in Schwarz gegangen sind?"

„Ja, gestern zogen wir alle, die politisches Bewußtsein haben und gegen die Faschisten sind, hier bei uns in der Población Trauerkleidung an. Vor allem wir Frauen. Hier der Genosse, der eben gesprochen hat, kann z. B. bestätigen, daß man mich gestern den ganzen Tag lang nur in Schwarz sah, nicht wahr companero? (er bestätigt). Für uns war es ein trauriger Tag, ein bitterer Tag, an dem diese ... unseren Präsidenten ermordet haben, und nicht nur ihn, sondern tausende von uns. Viele von uns weinten gestern. Zu wissen, wie diese Faschisten den Tod unserer Genossen mit Champagner feiern und wir, wir haben kaum was zu essen ... aber wir haben unser Bewußtsein, daß wir für unser Chile kämpfen, für ein neues Chile, auch wenn wir im Augenblick so schlecht dran sind. Und wir sind schlechter dran als schlecht. Meinen Mann haben sie von der Arbeit mit zur Kundgebung genommen, er mußte hin, wenn nicht, wäre er auf der Stelle entlassen worden. Sie nahmen ihm seinen Arbeitsausweis ab und gaben ihn erst auf der Kundgebung zurück. – Viele von uns Frauen sagten: daß es heute regnet, wußten wir, es sind die Tränen unserer gefallenen Genossen ... aber für uns hier hieß dieser Tag die Verpflichtung, neuen Mut und neue Kraft zu sammeln und mit neuem Kampfgeist voranzugehen. Und deswegen, Genosse, bitte ich dich, sag allen Arbeitern, allen Frauen, allen Studenten, sag allen draußen in den anderen Ländern, daß wir bereit sind! Und, daß wir ihre Unterstützung, ihre Hilfe – nicht nur in Geld, sondern mit hartem Druck aller arbeitenden Menschen dieser Welt, brauchen, um gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeit, diese faschistische Junta zu kämpfen. Und wir werden siegen!"

– das Unternehmerbild zu restaurieren; den Unternehmer mit der Ideologie vom „freien Wettbewerb" wieder zum Grundpfeiler der Gesellschaftsordnung zu machen;
– zu versuchen, das Bild einer massenhaften Unterstützung der Junta zu schaffen, um das schwer angeschlagene Image aufzubessern.

Je näher der 11. heranrückt, desto klarer wird, wer die Urheber dieser ideologischen Offensive sind, und welche Gruppen und Verbände zumindest nach außen die Junta noch uneingeschränkt unterstützen.

Da tauchen immer wieder dieselben „Gremien" mit ihren bekanntberüchtigten ultrarechten „Führern" auf, die schon Vorarbeit für den Putsch geleistet haben und nun die Gelegenheit beim Schopf ergreifen, den „Jahrestag der Befreiung vom Marxismus" zu einer Tribüne ihrer Interessenskundgebung zu machen: Unternehmerverbände aus Handel und Industrie, der Verband der Lastwagenbesitzer, der „Poder Feminino" („Frauenmacht", eine Organisation, in der alle Gattungen von Mumien vertreten sind, hauptsächlich Mitglieder und Sympathisanten der rechten Christdemokratie, der Nationalpartei und von „Vaterland und Freiheit") und schließlich ständische Berufsorganisationen von Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten, Ingenieuren etc. sowie gewisse Teile der Schüler und Studenten.

Diese Gremien, die sich, als „comando multigremial" seit 1972 eine einheitliche Führung schufen, haben sich im Klassenkampf in den letzten Jahren derart radikalisiert, daß in ihren Reihen offen faschistische Tendenzen auftreten. Sie betrachten die Regierung als die ihre, weil von ihnen „erkämpft". Die Organisation der Kundgebung zum 11. wird fast ausschließlich von ihnen in Zusammenarbeit mit der Presse durchgeführt. Die Grorillaregierung hat sich nach außen hin gezielt zurückgehalten, um dem 11. den Anstrich einer spontanen Unterstützungsdemonstration zu geben. Zwei Pressezitate mögen belegen, von welcher Seite die Aktivitäten zum 11. Sept. kommen:

„Begeisterung bei den Vorsitzenden der Gremien: Mit einem Karneval auf der Plaza Italia wird der 11. begangen werden! ... Wie alle befragten Funktionäre der Gremien mitteilten, soll dies das Ziel haben, daß die Welt in diesem Tag die Freude erfährt, welche das chilenische Volk empfindet ..." (La Tercera vom 27. August).

„Lastwagenbesitzer sagen: Der 11. muß Nationalfeiertag sein (...) Die Lastwagenbesitzer stellen fest: wir sind uns bewußt, daß wir nicht nur die Tatsache zu feiern haben, der langen und dunklen Nacht entronnen zu sein, welche die „Unregierung" der UP bedeutete, sondern wir müssen zum Jahrestag der verehrten Militärjunta all die Errungenschaften hervorheben und feiern, welche in so kurzer Zeit erreicht wurden und unser geliebtes Vaterland auf eine Ebene nationaler und internationaler Würde gehoben haben." (La Segunda 23. 8.).

Doch trotz der Pressekampagne, des deutlichen Drucks durch die Militärs und die Interessenverbände konnte ihr Ziel nicht erreicht werden, das Bild einer einmütigen Unterstützung der Junta durch das chilenische Volk nach außen zu tragen. Gerade durch die immense Pressekampagne wurde überdeutlich, daß keine (oder nur ganz vereinzelte Ausnahmen) Arbeitnehmerorganisationen an den Feiern zum 11. teilnimmt.

Im Gegenteil: die erträumte Harmonie ist empfindlich getrübt. Die einzelnen Kirchen haben in offiziellen Kommuniques lakonisch erklärt, daß zum 11. keine religiösen Akte vorgesehen sind. Angesichts der überdeutlichen Aufforderungen durch Presse und die genannten Verbände „Dankgottesdienste" zu feiern, stellt das konsequente Verhalten der Kirchen einen offenen Affront dar. Doch nicht genug damit, die Repräsentanten der Kirchen legten Pinochet in einem offiziellen Brief die Aufhebung des Kriegszustandes und die Überprüfung der Situation der Kriegsgefangenen sowie die Revision der bereits gefällten Kriegsgerichtsurteile nahe. Das Wutgeheul auf dieses konsequente Verhalten der Kirchen war unbeschreiblich. So stellte die „Segunda" Kardinal Henriquez politisch mit Altamirano auf eine Stufe, (Schlagzeile: „‚La Payita', Raul Silva Henriquez und Altamirano feiern nicht mit") beschimpften und verunglimpften ihn auf die unverschämteste Weise. Diese Reaktion der Rechten wird nur auf dem Hintergrund des ungeheuren Einflusses und der herausragenden Bedeutung der Kirchen (vor allem der katholischen) in Chile verständlich.

Ein weiterer bedeutender Mißerfolg der Faschisten ist die Erklärung der christdemokratischen Jugend, sich ebenfalls nicht an den Feiern zum 11. zu beteiligen.

Im Zentrum ist der 11. September ein Tag wie jeder andere. Bis drei Uhr nachmittags muß gearbeitet werden, verlangt die Junta. Die Geschäfte sind geöffnet, ebenso Banken, Büros etc. In den meisten Geschäften sieht man die chilenische Flagge und die Junta auf Glanzbildchen. Die Dekorationen tragen surrealistische Züge: die Generäle zwischen Trauerkränzen und Torten, zwischen Goulasch und Schweineköpfen, zwischen Büstenhaltern und Slips ...

Gegen Mittag kommen Schulklassen in die Innenstadt und beginnen kleine Sprechchöre und Marschgruppen zu formieren – alles sehr sporadisch und etwas kläglich. Sie werden von Taxifahrern und anderen Autofahrern unterstützt, die mit Hupkonzerten und auf die Fensterscheiben gemalten Parolen ihre Verbundenheit mit der Junta ausdrücken.

Auf einer kurzen Fahrt durch das Reichenviertel und einige Elendssiedlungen in den Außenbezirken stellen wir fest: jeder Palast, jede Villa, jedes Apartmenthaus – kurzum, jedes Haus, das nach Geld aussieht, hat geflaggt. In den Vorortssiedlungen sieht es anders aus: mit Ausnahme einer Población, die fast vollständig geflaggt hat, sieht man die chilenische Flagge hier selten. Dies trotz der Anordnung der Militärs und dem Druck der Allanwesenheit der Militärs am heutigen Tage.

Die Kundgebung im Park Bustamante

Überall, wo man hinsieht, auf den Dächern, vor den Häusern, in den Eingängen – der ganze Platz ist umstellt von zivilen „Sicherheitskräften" der DINA. Auf dem Platz verteilen sich Carabineros nach Schwerpunkten: von oben zahlreich etwa 10 ihrer Busse. Sie versuchen, möglichst unauffällig sich zu verstreuen, doch an allen Ecken sieht man von oben Rudel von braunen Uniformen. Sie schreiten auch gegen Passanten und Zuschauer ein. Z. B. direkt vor dem Haus führen drei Carabineros eine Frau ab, die in Schwarz gekleidet ist. Auf diese Form des Protestes gegen den Festakt der Junta sind die Militärs vorher in einer internen Anweisung aufmerksam gemacht worden. Für diese Fälle des „passiven Widerstandes" schreibt sie sofortiges Eingreifen der Sicherheitskräfte und Entfernung vom Kundgebungsplatz vor.

Trotz des Dauerregens sind Zigtausend Chilenen versammelt. Die Gesichter der Menge: die Großzahl Jugendliche, vor allem Mädchen zwischen 12 und 20 Jahren und Frauen in großen Gruppen. Doch es sind nicht nur Gesichter aus dem Barrio alto. Immer wieder Gesichter, wie wir sie aus den Elendssiedlungen kennen, die die Kampfschreie der Rechten mitschreien. „Vorwärts Pinochet, der Marxismus ist besiegt" (freie Übersetzung von „Adelante Pinochet, el Marxismo ya se fus"). In der Hauptsache sind Leute der Mittelschichten und Schüler versammelt. Z. B. entdecke ich die Transparente der Lastwagenbesitzer, die der Groß- und Kleinhandelsverbände, die mit einem großen Kontingent an Leuten vertreten sind. Es treffen Busse ein aus den Poblaciones: Leute, die singen, die spontan Slogans mitrufen. Von den Fabriken wird berichtet, daß die Arbeiter oft verpflichtet wurden, nach Arbeitsschluß zur Kundgebung zu gehen. Doch die Mehrheit der Anwesenden ist freiwillig mit Enthusiasmus dabei. Die Quincheros, die in Frankfurt ihre Sachen (was davon übrig war) unverrichteter Dinge wieder packen mußten, haben hier ihren großen Tag. Die Masse singt begeistert den zum Symbol der ideologischen Verbrämung der Junta gewordenen Hit: „mi pais es en libertad" („Mein Land ist frei"). Gegen 17.30 Uhr treffen die 4 Obergorillas ein: Der Empfang ist ein ohrenbetäubendes „viva la junta, viva Chile".

Dies ist die erste umfassende, kritische Analyse innerparteilicher Opposition in der BRD. Repression und Integration verändern die SPD-Linke mehr als diese die Partei verändert. Die Dynamik der systemüberwindenden Perspektive scheint im Marsch durch die sozialdemokratische Institution verlorenzugehen

Joachim Raschke

Innerparteiliche Opposition

Die Linke in der Berliner SPD

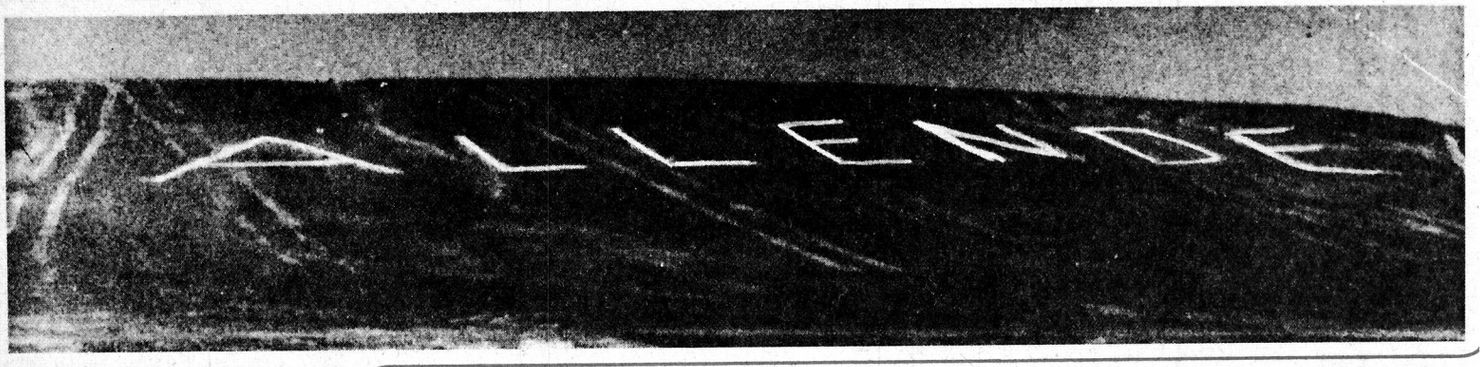
"Hier wird zum erstenmal eine theoretisch sorgfältig abgeleitete und empirisch fundierte Analyse zur innerparteilichen Oppositionsbildung in der Bundesrepublik vorgelegt."
Süddeutsche Zeitung

Reihe "Kritische Wissenschaft"
448 Seiten, DM 34,-

Hoffmann und Campe

Bevor Pinochet zu seinem Volk spricht, eine an die NS-Zeit erinnernde Szene; der Treueschwur vor der Junta:
Text: „Chilenen, legen wir vor der ehrenwerten Junta de Gobierno folgenden Schwur ab. Bürger, angesichts der Tatsache, daß das hier versammelte chilenische Volk vor der Welt seinen festen Willen bekunden will, eine freie und souveräne Nation zu bleiben (...); daß es angesichts der ausländischen Agression seine Entscheidung zu bestätigen wünscht, das bedrohte Vaterland zu verteidigen, wenn es auch ihr Leben kosten sollte (...) daß das hier versammelte chilenische Volk mit einer Schwurverpflichtung vor dem vaterländischen Wappen zu antworten gewillt ist und deshalb Gesichter zur Fahne erhoben, die Geschichte von Euch verlangt:
Schwöret vor Gott, dem Vaterland und der Gerechtigkeit, die Freiheit, die Ordnung und den sozialen Frieden zu erhalten, für den Wiederaufbau der Nation, diese vor inneren und äußeren Feinden zu verteidigen, selbst wenn es Leben kosten sollte! Ich schwöre es!"
Danach die Rede Pinochets, die er im Kasernenhofstil über den Platz brüllt, für die er dennoch großen Beifall erntet. Die großen Ankündigungen Pinochets von umwälzenden Änderungen der innenpolitischen Situation sind – wie befürchtet – hohle Worte. Die Beendigung des „Inneren Kriegszustandes" durch Umwandlung in „Ausnahmezustand der Inneren Verteidigung" ist ein Wechsel des Namens ohne jegliche Bedeutung. Die Ausnahme„rechte" der Gorillas bleiben bestehen: Kriegsgerichte, willkürliche Verhaftungsmöglichkeiten, Ausgangssperre etc. ... Das einzige von tatsächlicher Bedeutung ist, daß der Ausnahmezustand für weitere 6 Monate erklärt wurde. Was die Kriegsgefangenen angeht, so kündigt Pinochet die Ausstellung von salvo conductos an für diejenigen, die das Land für immer verlassen wollen, mit Ausnahme „einiger Fälle besonderer Gerechtigkeit". So weit so vage. Die Sache hat jedoch noch einen infamen Trick: diese Ankündigung soll nur dann in die Tat umgesetzt werden, wenn Cuba und die Sowjetunion die gleiche Anzahl von den angeblich „Zehntausenden von politischen Gefangenen" aus ihren Ländern ausreisen lassen. Schließlich kündigt er (schon längst fällige) Lohnerhöhungen für Oktober an in Höhe von 23,5 %, was indessen die seit der letzten Lohnerhöhung im Juli auf über 50 % gestiegene Inflation (offizielle Angabe) nur zur Hälfte auffängt. Die Bilanz seiner großen Worte: Das einzig Konkrete ist die Verlängerung des Ausnahmezustandes um ein halbes Jahr und die um die Hälfte zu geringe Lohnerhöhung für Oktober. Zum Abschluß ein Hubschrauber, dessen Unterseite von einer großen Chilefahne bedeckt ist, welcher minutenlang über der begeistert jubelnden Menge verharrt, beleuchtet von zwei riesigen Flakscheinwerfern. Ein Feuerwek beendet das Schauspiel.
Zusammenfassend läßt sich sagen: ein Festakt der Verbände, der Sektoren der Mittelschichten, u. d. Subproletariats aber: ein Tag ohne die Arbeiterklasse. Für uns und alle Genossen war dies ein ernstzunehmendes Schauspiel. Nicht wegen der Anzahl (wohl über 100 000 Leute – die Zeitungen hier reden haushoch übertrieben von 750 000). Nach der Kampagne, nach der vorhergehenden Einschätzung war klar, daß viele kommen würden. Das Wichtige ist die (nicht neue) Feststellung, daß die Gorillas nicht nur die Gewalt, sondern auch noch die bedingungslose Unterstützung von Teilen der Bevölkerung, ja sogar der Jugend, auf ihrer Seite haben, die nicht zu den Bewohnern des Oberviertels (barrio alto) gehören. Allgemein wird aus der Verschlechterung der Lebensverhältnisse, dem Elend und dem Terror der Schluß gezogen, daß die Junta ihre Unterstützungsbasis bei den Mittelschichten und dem Subproletariat verloren habe. Doch ein Tag wie heute beweist, daß dies so nicht richtig ist und es keinen Automatismus zwischen Unterstützungsbasis der Junta und Verschlechterung der allgemeinen Lebenssituation gibt. In Wirklichkeit zeigen die Reaktionen zwei widersprüchliche Tendenzen auf: während die einen sich von der Junta abwenden, setzen sich andere noch stärker für sie ein, denn „gerade große Schwierigkeiten verlangen große Opfer". Die Opfertheorie findet deswegen Anklang, weil die kräftemäßig bedeutende, im Klassenkampf radikalisierte Opposition gegen die UP, welche die Bourgeoisie, Teile der Mittelschichten und des Subproletariats umfaßte, bis heute keine reale Alternative zur Junta sieht.

In der Wüste im Norden Chiles: Tausende Steine bilden ein Symbol des Widerstandes



IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche Egbert Jahn, Roland Roth (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Eva Senghaas-Knobloch, Gert Schäfer ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041–604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Verlagsprospekt „Herbst 1974" des Verlag 2000 GmbH + Sozialistisches Büro; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospektkarte „links" + „express"; Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; „links"-Extrablatt ● Veröffentlichung aufgrund des hessischen Pressegesetzes: Verleger und Vertreiber der Sozialistischen Zeitung „links" ist Verlag 2000 GmbH, Offenbach; Verlagsgeschäftsführer sind Christel Beilmann, Bochum, und Klaus Vack, Offenbach.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1975 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das Jahr 1975 DM 21,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift